

Umwelt, Freizeit und Sport

Umweltschutz

Der Wirkungsbereich der Abteilung besteht darin, daß erstens Verordnungs- und Gesetzesentwürfe sämtlicher Angelegenheiten, die Auswirkungen auf die Umwelt haben könnten, ausgearbeitet sowie begutachtet werden. Zweitens wird mit Universitäten, Ziviltechnikern, Bundes- und Landesdienststellen zusammengearbeitet, um Beurteilungsgrundlagen zu schaffen. Drittens fungieren Mitarbeiter als Amtssachverständige für Begutachtungen in allen Bereichen des Umweltschutzes.

Im Bereich der Legistik wurde 1990 der Entwurf einer Verordnung betreffend die Erklärung von Teilen des 22. Wiener Gemeindebezirkes zum Landschaftsschutzgebiet (Landschaftsschutzgebiet Donaustadt) ausgearbeitet und dem Naturschutzbeirat vorgelegt. Die Erarbeitung einer Verordnung des Landeshauptmannes über einen Smogalarmplan für Wien wurde abgeschlossen. Diese ist mittlerweile (1. Februar 1991) in Kraft getreten. Die 1989 ausgearbeitete Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zur Vorbereitung der Schaffung eines Auen-Nationalparks zwischen dem Bund, dem Land Niederösterreich und dem Land Wien wurde 1990 von den Landeshauptmännern von Wien und Niederösterreich und der Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie unterzeichnet. In den Sitzungen der Nationalparkvorbereitungskommission ist die Abteilung eingebunden. Die Arbeiten an der Novellierung des Wiener Müllabfuhrgesetzes wurden fortgesetzt und stehen nun kurz vor dem Abschluß. Ferner wurde der Beitritt Wiens zum Klimabündnis der europäischen Städte mit den indianischen Völkern Amazoniens vorbereitet.

Die Abteilung war in zahlreichen Begutachtungsverfahren zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen des Bundes tätig, so z. B. zu

Verordnungen zum Abfallwirtschaftsgesetz:

- Kennzeichnung, Rücknahme und Pfanderhebung von bestimmten Lampen, BGBl. Nr. 512/1990 i. d. F. BGBl. Nr. 2/1991
- Rücknahme und Pfanderhebung von wiederbefüllbaren Getränkeverpackungen aus Kunststoffen, BGBl. Nr. 513/1990
- Rücknahme und Schadstoffbegrenzung von Batterien und Akkumulatoren, BGBl. Nr. 514/1990 i. d. F. BGBl. Nr. 3/1991
- Aufbringung von Etiketten auf Verpackungen für Lebensmittel, BGBl. Nr. 515/1990
- Festsetzung von Zielen zur Vermeidung, Verringerung und Verwertung von Abfällen aus Getränkeverpackungen, BGBl. Nr. 516/1990
- Bestimmung von Problemstoffen, BGBl. Nr. 771/1990
- Verbot bestimmter Schmiermittelzusätze und Verwendung von Kettensägeölen, BGBl. Nr. 647/1990
- Verordnung über die Nachweispflicht für Abfälle (Altöle), (Abfallnachweisverordnung), BGBl. Nr. 65/1991
- Verordnung über die Kennzeichnung von Verpackungen aus Kunststoffen
- Verordnung über die Trennung von bei Bautätigkeiten anfallenden Materialien
- Verordnung über die Verringerung von Umweltbelastungen durch Kühlgeräte
- Verordnung über die Verringerung von Umweltbelastungen durch Reifen
- Verordnung über biogene (kompostierbare) Abfälle
- Verordnung über getrennte Sammlung von Altpapier, Altglas, Kunststoffolien und Altmittel
- Verordnung über die Rücknahme von Verpackungen durch den Selbstbedienungshandel

Verordnungen zum Chemikaliengesetz:

- Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie vom 17. Mai 1990 über Verbote und Beschränkungen der Verwendung, des Herstellens und Inverkehrsetzens von vollhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffen
- Verbote und Beschränkungen von organischen Lösungsmitteln in Farben, Lacken, Anstrichmitteln und Klebstoffen
- Änderung der Giftliste — Nachmeldeverordnung
- Verbot von Pentachlorphenol (PCP)
- Verbot bestimmter Pflanzenschutzmittel, Vorratsschutzmittel und Schädlingsbekämpfungsmittel und die Begasung mit Giften

sowie folgende Gesetze und Verordnungen:

- Verkehr mit Futtermitteln (Futtermittelgesetz 1990)
- Verbot bestimmter gefährlicher Stoffe in Pflanzenschutzmitteln
- Durchführung des Weingesetzes 1985 (Weinverordnung)
- Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Umweltkontrollgesetz geändert wird.

Seit Mitte 1990 wurden das Sonderabfall- und das Altölgesetz durch das Abfallwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 325/1990, ersetzt. Für die Abteilung entstand dadurch ein bedeutender Mehraufwand in bezug auf administrative Tätigkeiten sowie Kontrollen und Überprüfungen vor Ort. Deshalb wurde das Referat 6 — Abfallwirtschaft und EDV-Koordinierung geschaffen und personell aufgestockt.

Etwa 900 Meldungen gemäß § 4 der Sonderabfallnachweisverordnung wurden entgegengenommen und EDV-mäßig bearbeitet. Auch wurden etwa 40.000 Sonderabfall-Begleitscheine erfaßt, bearbeitet und ausgewertet. Bei Verhandlungen der magistratischen Bezirksämter bzw. der MA 36 wurde die Sonderabfallgebarung von mehreren hundert Firmen überprüft. Außerdem wurde weiterhin an dem vom Umweltbundesamt zu erstellenden Datenverbund intensiv mitgearbeitet.

Im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes konnten 1990 die Arbeiten an drei wichtigen Vorhaben durch die Erlassung der entsprechenden Verordnungen durch die Wiener Landesregierung abgeschlossen werden. Es waren das:

das Landschaftsschutzgebiet Liesing (Verordnung der Wiener Landesregierung vom 30. Jänner 1990, LGBl. für Wien Nr. 20);

das Landschaftsschutzgebiet Döbling (Verordnung der Wiener Landesregierung vom 20. Februar 1990, LGBl. für Wien Nr. 21); und das

Landschaftsschutzgebiet Prater (Verordnung der Wiener Landesregierung vom 4. September 1990, LGBl. für Wien Nr. 56).

Die Bedeutung der Verordnung von Landschaftsschutzgebieten besteht darin, daß nach den Bestimmungen des Wiener Naturschutzgesetzes 1984 Gebiete, die eine besondere landschaftliche Schönheit aufweisen und die im Zusammenwirken mit Bauwerken als charakteristische Kulturlandschaft für die Erholung der Bevölkerung oder für den Fremdenverkehr bedeutsam sind, zur Wahrung des Landschaftsbildes, des Landschaftshaushaltes (Geländeform, Gestein, Boden, Klima, Wasser, Pflanzendecke, Tierleben) oder der Bedeutung für die Erholung und den Fremdenverkehr durch Verordnung der Landesregierung zum Landschaftsschutzgebiet erklärt werden können. Außerdem sind Grundflächen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Wiener Naturschutzgesetzes 1984 (1. März 1985) nach der Bauordnung für Wien als Parkschutzgebiet oder Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel gewidmet waren, ex lege Landschaftsschutzgebiete. Wenn die Bedeutung dieser Bestimmung auch vor allem in ihrer Schutzwirkung für derartige Flächen bis zur Durchführung eines Verfahrens zur Erlassung einer Verordnung besteht, in dem eine Überprüfung nach den eben erwähnten Kriterien, aber auch eine gesellschaftliche Interessenabwägung stattfindet, kommt es doch auch zu kuriosen Situationen. So sind beispielsweise der Wilhelm-Kienzl-Park gegenüber dem Ringturm oder sogar die Grünfläche im Bereich des Friedrich-Schmidt-Platzes Landschaftsschutzgebiete. Daraus wird klar, daß erst die genaue Erfassung der landschaftsgestaltenden Faktoren und darauf aufbauend die Erarbeitung der Schutzziele und die räumliche Abgrenzung, wie sie im Rahmen eines Verfahrens zur Erlassung einer Verordnung erfolgt, wirksamen und sinnvollen Landschaftsschutz ermöglichen. So wurden in den Landschaftsschutzgebieten Liesing und Döbling als Ziele insbesondere die Erhaltung charakteristischer Waldgesellschaften und Kulturgattungen (Ackerbau, Mähwiese, Weinbau) definiert, während im Landschaftsschutzgebiet Prater vorwiegend in die Erholungsnutzung eingegriffen wurde. Einen besonders wichtigen, aber auch sensiblen Bereich stellen in allen Landschaftsschutzgebieten die Übergänge von der bebauten zur unbebauten Landschaft dar, in denen einerseits dem hemmungslosen Siedlungsdruck entgegenzuwirken ist, andererseits aber eine behutsame und landschaftskonforme Entwicklung insbesondere im gestalterischen Sinne möglich sein soll. Da in Landschaftsschutzgebieten für Neubauten grundsätzlich eine rechtskräftige naturschutzbehördliche Genehmigung vor der Erteilung einer Baubewilligung vorliegen muß, werden hier auch neue Modelle für eine effiziente und bürgerfreundliche Abwicklung der Verwaltungsverfahren zu erstellen sein.

Ein weiteres Vorhaben zur Erklärung eines Landschaftsschutzgebietes wurde im Jahre 1990 in Angriff genommen. Im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 30 vom 26. Juli 1990 wurde die Auflage des Entwurfes einer Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend die Erklärung von Teilen des 22. Wiener Gemeindebezirkes zum Landschaftsschutzgebiet (Landschaftsschutzgebiet Donaustadt) verlautbart. Da gerade hier sehr kontroverse Nutzungsinteressen bestehen, werden bis zu einem Abschluß des Verfahrens noch umfangreiche Erhebungen und Kontakte mit der betroffenen Bevölkerung und den Interessenvertretern erforderlich sein. Besonders wichtig ist jedoch der Umstand, daß die Naturschutzbehörde bereits jetzt lenkend in die Entwicklung dieses Gebietes eingreifen kann, da mit der Bekanntgabe der Auflage des Verordnungsentwurfes zur allgemeinen Einsicht Maßnahmen, die geeignet sind, den Schutzzweck zu beeinträchtigen, unzulässig sind.

Die Vorarbeiten für einen künftigen Nationalpark im Bereich der Donauauen in Wien und östlich von Wien führten im Juni 1990 zum Abschluß einer Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich und Wien gemäß Art. 15a B-VG. Mit der Durchführung der Prüfungs- und Planungsarbeiten für die Schaffung eines Auen-Nationalparks wurde die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal betraut.

Einen besonderen Schwerpunkt bildete die Ausstellung „BLUBB“ (BLUBB stand stellvertretend für die Worte „Biotope, Landschaften, Utopien, Bewußt, Beleben“), die im April 1990 im Bereich der Feststiege II des

Rathaus veranstaltet wurde. 1979 wurde der Entschluß gefaßt, als Arbeitsbehelf für die Entscheidungsfindung eine Biotopkartierung (Erfassung der schutzwürdigen und entwicklungsfähigen Landschaftsteile) durchzuführen. Der Bearbeitungszeitraum fiel in die Jahre 1981 bis 1988. Im Jahre 1989 erfolgten die Abschlußarbeiten. Die Biotopkartierung Wien stellt insofern eine „Pionierarbeit“ dar, als man sich bereits im Planungsstadium in einer Zeit, als es kaum internationale Vorbilder für ein derartiges Projekt gab, entschloß, die Kartierung in für die EDV-Auswertung gerechter Form aufzubauen. Die Vorteile einer computerunterstützten Datenbank, die im magistrats-eigenen Rechenzentrum von einem Mitarbeiter der Abteilung aufgebaut wurde und nunmehr im Naturschutzreferat integriert ist, haben sich in der Praxis längst erwiesen und den Erhebungsaufwand gerechtfertigt. Karten können in beliebigem Maßstab, von jedem Ausschnitt von Wien, mit jeder erhobenen Thematik der Biotopkartierung gezeichnet und mit Daten anderer Sachgebiete, wie Nutzungen, Schutzgebiete oder Bodengüte, verknüpft werden. Durch die Auswahl der relevanten Kriterien können somit übersichtliche und für die jeweilige Fragestellung aussagekräftige Karten erstellt werden, die als fundierte Grundlagen für Sachverständige dienen.

Nach dem Abschluß der Erhebungen wurde der politische Entschluß gefaßt, die Ergebnisse der Biotopkartierung einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Ausstellung „BLUBB“ sollte in Form eines komplexen medialen Systems die wesentlichen Inhalte der Biotopkartierung vermitteln. Zu dem „Aktionspaket“ gehörten ein wissenschaftliches Symposium, Einzelvorträge, Kinder- und Jugendveranstaltungen, Biotopwanderungen und die Ausstellung in der Feststiege II des Rathauses. Neben der wissenschaftlichen Information war es ein besonderes Anliegen der Ausstellung, die Sinne des Menschen als das „Fenster zur Umwelt“ anzusprechen. Rund 20.000 Besucher und eine fast einhellige positive Beurteilung ließen die Ausstellung zu einem im Hinblick auf das Ausstellungsthema kaum erwarteten Erfolg werden.

Einen wesentlichen Aufgabenbereich des behördlichen Naturschutzes stellen die aufgrund des Wiener Naturschutzgesetzes 1984 durchzuführenden Verwaltungsverfahren dar. Im Jahre 1990 wurden insgesamt 66 Verfahren abgewickelt. Davon betrafen 46 Verfahren naturschutzbehördliche Bewilligungen in Landschaftsschutzgebieten, ein Verfahren die Genehmigung eines Eingriffes in einem Naturschutzgebiet und neun Verfahren die Genehmigung zum Fangen von Tieren oder zur Entnahme von Pflanzen. Drei Naturgebilde wurden zu Naturdenkmälern erklärt, für fünf Naturgebilde wurde die Unterschutzstellung widerrufen, bei zwei Naturdenkmälern die Unterschutzstellung teilweise widerrufen.

Nach dem Wiener Jagdgesetz wurden fünf Haltegenehmigungen für Greifvögel erteilt.

Im Bereich des internationalen Artenschutzes wurden insgesamt 257 Bescheinigungen nach dem Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen ausgestellt.

Einen wichtigen Ansatzpunkt für die Berücksichtigung von Kriterien des Natur- und Landschaftsschutzes bereits in der Planungsphase stellen die Entwürfe für Plandokumente dar. 1990 wurde zu insgesamt 14 Plandokumenten eingehend Stellung genommen.

Die Forschungsprojekte

- Bodentiere im Buchenwald als sensitive Indikatoren tiefgreifender Veränderungen im Waldökosystem und
 - Bestandsaufnahme von Schmetterlingen und Käfern sowie von Vegetation und anderen Habitatfaktoren für diese Insekten auf fünfzehn Untersuchungsflächen in Wien
- wurden abgeschlossen.

Weiters wurden drei Auftragsarbeiten, und zwar

- Umgang mit der Stadtwildnis auf dem „Erdberger Kellerberg“ am ursprünglichen Donau-Prallhang in 3, Baumgasse/Schlachthausgasse/Henneberggasse,
- Bewertungsgrundlagen für die EXPO-Umweltuntersuchung unter landschaftshaushaltlichen Gesichtspunkten und
- Vorentwurf zum Projekt „Volksbotanischer Garten — Erlebnis Alltagspflanzen von gestern“

fertiggestellt und bereits teilweise als Arbeitsbehelfe und Entscheidungsgrundlagen umgesetzt. Das Forschungsprojekt „Untersuchung zu tier- und pflanzenökologischen Wechselbeziehungen zwischen agrarlandschaftlichen Strukturelementen und landwirtschaftlich genutzten Flächen unter besonderer Berücksichtigung von Hecken, Bodenschutzpflanzungen und Feldrainen im pannonischen Klimaraum Wien“ wurde im Jahre 1990 weitergeführt. Die Broschüren „Problemtiere in der Großstadt“, „Zustand der Wiener Stadtbäume“, „Waldzustandserhebung Wienerwald“ wurden veröffentlicht.

Das Referat Lärmbekämpfung und Schallschutz betreute 1990 folgende Forschungs- bzw. Untersuchungsprojekte:

- Umweltverträglichkeitsprüfung bei Stadtplanung — „Vorheruntersuchung Voralberger Allee“
Über Antrag der Bezirksvorstehung für den 23. Bezirk wurde eine Lärmmessung in 23, Vösendorfer Straße, südlich der Vösendorfer Siedlung und im Bereich der Verdisiedlung durchgeführt, um die Lärmbelastigung für die Anrainer festzustellen.

– Emissionen von Kraftfahrzeugen in Garagen:

Als Berechnungsgrundlage für Emissionen von Garagen und ihrer Umweltauswirkungen wurden der derzeitige Wissensstand und der Forschungsbedarf für Emissionsfaktoren von Kraftfahrzeugen in Garagen mit Zusammenstellung der benötigten Fahrzyklen für relevante Fahrzeugbewegungen in Garagen, in Zufahrt und Ausfahrt, bei Kaltstart und Warmstartbedingungen ermittelt.

– Umweltauswirkung von Garagen und Parkplätzen:

Angesichts der steigenden Zahl von Garagen- und Stellplatzprojekten in jeder Größenordnung wurde ein Leitfaden für die umwelttechnische Beurteilung dieser Vorhaben entwickelt. Grundlage war dabei die von der Abteilung unter anderem erstellte Grundstufe des Umweltleitfadens.

– Lärminderung durch lärm-dämmende Fahrbahnbeläge:

Im innerstädtischen Bereich wurde eine Vielzahl unterschiedlicher Fahrbahnbeläge aufgebracht. Die auf Wiener Stadtautobahnen bestehenden Fahrbahnoberflächen wurden hinsichtlich ihrer Lärmentwicklung, speziell im Bereich zwischen 30 bis 50 km/h, untersucht.

– Lärmerhebung in 20, Brigittenauer Lände:

Im Zuge der Planungen zur U 6/9 wurden an signifikanten Stellen Lärmmessungen durchgeführt, um geeignete Maßnahmen für den Lärmschutz ableiten zu können.

– Richtwerte zur Einschränkung der Lärmbelastung durch Betriebe.

Grenzwerte im Zusammenhang mit dem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan und Richtwerte zur Einschränkung der Lärmbelastung durch Betriebe wurden festgelegt. In diesem Projekt wurde eine Begrenzung der Lärmbelastung durch Betriebe, insbesondere im Hinblick auf die Festlegung entsprechender Richtwerte im Rahmen der Flächenwidmungsplanung, erarbeitet.

Im Referat für Luftreinhaltung wurden nachfolgende Projekte durchgeführt:

– Satellitenbilddaten für Luftinformationssystem:

Durch Zusammenspiel aus hochauflösenden Spotdaten und den Mehrkanal-Landsat-Daten wurde ein Datensatz generiert, der als Grundlage für die Darstellung von Schadstoffausbreitung und Schadstoffverteilung dient. Aus diesen Satellitendaten können durch Zusammenmischen der sieben Landsatkanäle entweder farbige Bilder, Falschfarbenbilder oder Infrarotbilder, die die Wärmeabstrahlung zeigen, hergestellt werden. Mit Satellitenbildern von Wien kann (mit einer Auflösung von 10 x 10 m) deutlich dargestellt werden, welche Stadtgebiete – Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, landwirtschaftlich genutzte oder wirtschaftliche genutzte Gebiete – durch Rauchfahnen von Großemittenten beeinflusst werden.

– Weiterentwicklung von Computerprogrammen für die Meßwertweiterverarbeitung auf HP 835:

Wie schon früher, hat die Abteilung 22 mit verschiedenen Hochschulinsti-tuten, Universitäten sowie sonstigen Institutionen zahlreiche Programme entwickelt. Mit dem Institut für Numerische Mathematik wurden auch im Jahre 1990 die in der Abteilung vorhandenen Computerprogramme weiterentwickelt. So wurde unter anderem das Programmpaket, das aus den Meßwerten eine Schadstoffverteilung über Wien berechnet, insofern verbessert, als z. B. die gemessenen hohen Schadstoffkonzentrationen am Hietzinger Kai als hohe Schadstoffbelastung entlang der Westeinfahrt interpretiert werden. Früher wurden aufgrund von so hohen Schadstoffkonzentrationen am Hietzinger Kai hohe Schadstoffbelastungen für den gesamten 13. Bezirk berechnet und ausgewiesen.

– Analyse von Regeninhaltsstoffen in den Niederschlagsproben aus vier Meßstellen des Regenmeßnetzes der Stadt Wien:

In den Bundesländern Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Oberösterreich und Wien werden die Proben der „Wet-only“-Sammlung vom Institut für Analytische Chemie der Technischen Universität Wien ionenchromatografisch untersucht. Die Gehalte an Schwermetallen werden vom Labor der Abteilung bestimmt, dem Institut mitgeteilt und in den Bericht aufgenommen. Diese Arbeit erlaubt Rückschlüsse auf den Schadstofftrag an den drei Meßstellen im Wiener Raum und im Quellschutzgebiet Hirschwang.

Zur Kontrolle der Luftreinhaltung wird ein Immissionsmeßnetz mit 18 stationären Meßstellen und einer Meßnetzzentrale in der Ebendorferstraße betrieben. Seit 1988 ist das Meßnetz so ausgebaut, daß alle Meßstellen mit Meßgeräten für SO₂, Staub und Stickoxiden ausgerüstet sind. An sieben Meßstellen wird Kohlenmonoxid und an vier Meßstellen Ozon gemessen. Die im Meßnetz erfaßten Luftmeßwerte werden über vielfältige Medien verbreitet.

1. Tägliche Veröffentlichungen:

1.1 Aktuelle Schwefeldioxidmeßwerte via IBS

Die Schwefeldioxid-Meßwerte werden dreimal täglich mittels elektronischer Post an das Büro des Bürgermeisters, des amtsführenden Stadtrates für Gesundheit und Spitalswesen, des amtsführenden Stadtrates für Umwelt, Freizeit und Sport und an alle 23 Bezirksvertretungen als Information über die aktuelle Luftqualität versandt.

1.2 Luftqualitätsanzeigetafeln

Die an den Zentralsparkassenfilialen Stephansplatz, Schottenring und Am Spitz angebrachten Anzeigetafeln werden zweimal täglich mit aktuellen Werten beschriftet.

1.3 Telefaxinformationen

Die Redaktionen der Tageszeitungen Kurier, Kronen Zeitung, Arbeiterzeitung, der Presse- und Informationsdienst, das Bürgermeisterbüro, das Büro der Geschäftsgruppe für Umwelt, Freizeit und Sport, das Gesundheitsamt, der Österreichische Rundfunk und die Redaktion des Rundfunksenders Radio CD erhalten zweimal täglich ein Telefax mit Informationen zur Luftqualität.

1.4 Erstellung des täglichen Luftgüteberichtes durch das Umweltbundesamt West

Dem Umweltbundesamt in Salzburg werden täglich die Meßwerte der letzten 24 Stunden zur Verfügung gestellt. Das Umweltbundesamt berechnet daraus die höchsten Dreistundenmittelwerte und veröffentlicht dann einen Vergleich der österreichischen Städte, in dem angegeben wird, wieviel Prozent des Smogalarmgrenzwertes die höchsten Dreistundenmittelwerte der Schadstoffe SO₂, SO₂ und Staub, NO₂, CO und Ozon erreicht haben.

1.5 Radio-Durchsage

Die Ergebnisse der Luftqualitätsüberwachung werden durch Mitarbeiter des Referates 5 schon seit mehreren Jahren im Hörfunk, in der Sendung das „Wiener Stadtradio auf UKW 90 und 95 MHz“, Montag bis Freitag um etwa 14.35 Uhr präsentiert und bei Bedarf, vor allem dann, wenn höhere Belastungen auftreten, eingehend interpretiert.

2. Monatliche Veröffentlichungen

2.1 Auswertung für „Unser Wien“

In der Zeitschrift „Unser Wien“ ist eine monatliche Zusammenfassung der Meßergebnisse in Form einer anschaulichen Graphik publiziert. Präsentiert werden die höchsten, mittleren und minimalen Schwefeldioxid- und Stickstoffdioxid-Tagesmittelwerte des vergangenen Monats im Vergleich zu den Vegetationsschutz- und Gesundheitsschutz-Richtwerten der Akademie der Wissenschaften sowie zu den Smogalarm-Grenzwerten.

3. Jährliche Veröffentlichung

3.1 Umweltbericht Luft

Der jährlich erscheinende Umweltbericht „Luft“ informiert über die im Zeitraum April bis März des Folgejahres gesetzten Aktivitäten auf dem Gebiet der Luftreinhaltung. Die Ausgabe 1989 befaßt sich mit den Themenschwerpunkten „Das Wiener Luftmeßnetz“, „Beurteilungskriterien für Luftmeßwerte“, „Schadstoffbelastung Wiens“, „Vergleich zwischen Meßwerten und Immissionsrichtwerten“, „Großtechnische Maßnahmen zur Verbesserung der Luftsituation in Wien“ und „KFZ-Verkehr als Hauptverursacher der Schadstoffbelastung“.

Mitte 1990 wurde der Umweltschutzabteilung die Finanzierung des Luftmeßwagens ermöglicht und in weiterer Folge die Vergabe des Auftrages und des Sachkredites genehmigt. Es ist vorgesehen, daß der Auftrag bis Mitte 1991 abgeschlossen sein wird. Danach kann der Wagen sofort zum Einsatz gebracht werden.

Der Meßwagen wird sowohl für die Durchführung von mobilen Immissionsmessungen der Komponenten Schwefeldioxid, Stickoxide, Staub, Kohlenmonoxid und Ozon als auch für Überprüfungen der Emissionskonzentrationen der Schadstoffe Schwefeldioxid, Stickoxide und Kohlenmonoxid ausgerüstet sein. Darüber hinaus wird die Möglichkeit bestehen, organische Kohlenwasserstoffe zu sammeln, anzureichern, mittels eines Gaschromatographen zu identifizieren und die Konzentrationen in der Umgebungsluft zu bestimmen.

Als Meßziele beim immissionstechnischen Einsatz des Wagens können die Erhebung zusätzlicher Belastungsgebiete und die Überprüfung von Situationen, bei denen die negative Beeinflussung der Luftqualität durch lokale Emittenten vermutet wurde, genannt werden.

Im Labor der Abteilung wurden 304 Regenproben auf je 7 Schwermetalle, 208 Staubproben auf je 6 Schwermetalle, 24 Proben mit dem Immissionsmeßgerät für Luftschadstoffe auf je 3 Parameter und 20 Pb-Kerzen auf einen Parameter untersucht, ferner 20 Proben aus Deponien auf je 11 Parameter, 27 Proben aus Altlasten auf je 6 Schwermetalle und 3 Proben aus Altlasten auf je 3 Parameter. Für die MA 45 wurden 20 Proben auf Summenkohlenwasserstoffe, für die MA 11 4 Proben auf 6 Parameter sowie auf Grund von Bürgerbeschwerden 5 Proben zur Identifikation der Substanz überprüft.

Insgesamt 7.007 neue Akten wurden protokolliert, von denen 6.969 diverse Umweltschutzangelegenheiten, 11 Berufungen nach dem Baumschutzgesetz, 27 Straferbungen sowie 257 Anträge nach dem Washingtoner Artenschutzabkommen betrafen. Weiters waren 11.919 Einladungen diverser Dienststellen zu Verhandlungen und Ortsgangbesuchen zu sichten und hinsichtlich einer Teilnahme der Abteilung zu beurteilen. In der Beschwerdestelle wurden insgesamt 8.541 Anrufe verzeichnet, knapp über 20 Prozent mehr gegenüber dem Vorjahr. Das stetige Ansteigen der Zahl an Anrufen ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß das Beschwerde- bzw. Umwelttelefon durch das sogenannte „Ozontelefon“ erweitert und von der Bevölkerung sehr rege in Anspruch genommen wurde. Zusätzlich wurden die Anliegen von 58 Mitbürgern, die in der Beschwerdestelle persönlich vorsprachen, bearbeitet.

Für die Fortbildung und den Erfahrungsaustausch waren Mitarbeiter der Abteilung im Jahre 1990 bei folgenden Veranstaltungen als Teilnehmer bzw. Vortragende vertreten: Klubtagung der sozialistischen Fraktion, Rust; „Bausteine der steirischen Abfallwirtschaft“, Graz; Kongressmesse für Umwelttechnik, UTEC 90, Linz; 1. Göch-schichtofens zur Entscheidungsfindung für die EBS für den dort dringend zur Schlammabfuhr benötigten 3. Wirbelschichtofen, USA; 5. Sitzung des Umweltausschusses des Österreichischen Städtebundes, Graz; Besichtigung der Behandlungs- und Deponierungsmöglichkeit von Rückständen auf Müllverbrennungsanlagen, Salzburg; Seminar „Zink – Beschichten von verzinkten Oberflächen“, Wien; UTEC, Berlin; Umwelttechnologieforum 1991, Berlin; Seminar „Umweltverträglichkeitsprüfung in der Raumplanung“, Mistelbach; Expertentagung „Bodenschutz – koordiniertes Vorgehen“, Innsbruck; jährliches „Gesunde-Stadt“-Symposium, Stockholm; „Informatik für den Umweltschutz“, Wien; Besichtigung von Nationalparks, Ungarn; 1. Arbeitstreffen zum Klimabündnis, Frankfurt; 2. Arbeitstreffen „Klimabündnis zum Erhalt der Erdatmosphäre“, Bremen; 5. ÖGUT-Seminar 1990 „Umweltschutz – Österreich und seine Nachbarländer“, Gmunden; Entsorgungsmesse ABSORBA, Salzburg; Seminar „Schnittstellen – und ihre Anwendungen in der PC-Welt“, Wien; Bundesländertreffen zur Vereinheitlichung der Anforderungen an chemische Reinigungsbetriebe, Salzburg; Besichtigung einer Versuchsanlage zur Verbrennung von imprägnierten alten Eisenbahnschwellen, Vaduz; Länderexpertenkonferenz der beamteten Naturschutzreferenten, Purkersdorf; Seminar „Das Österreichische Chemikaliengesetz und seine Verordnungen“, Schwechat; Tagung „Erdwissenschaftliche Aspekte des Umweltschutzes“, Wien; Arbeitsgespräch „Identität der Person – welches Maß an Vielfalt braucht und verträgt der Mensch?“, Wien; Jahresbericht der Wienerwaldkonferenz, Purkersdorf; 1. Aussprache 1990 über aktuelle Probleme der Erfassung und Bewertung luftfremder Stoffe, Seminar „Lärm“, Ossiach; Einladung der Kärntner Landesregierung zur 2. Besprechung für das Wartungs- und Bedienungspersonal für die Meßeinrichtungen zur Luftgüteüberwachung, Klagenfurt; Seminar „Erstellung von Amtsgutachten“, Ossiach; Seminar „Chemische Reinigungsanlagen“, Ossiach; 84. Sitzung ÖNORM-Ausschuß AG 138.12, 169. Sitzung Ausschuß FNA 138, Innsbruck; Sitzung des CEN/TC 211 – ACOUSTICS, Paris; 80. Sitzung ÖNORM-Ausschuß AG 138.12, 166. Sitzung Ausschuß FNA 138, Klagenfurt und Gurk; Teilnahme an der CEN/TC 22 – ACOUSTICS, Paris; 16. Tagung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Akustik, DAGA 90, Wien; Sitzung von CEN/TC 211 – ACOUSTICS, Kopenhagen; CITES-Seminar über den Handel mit Reptilienhäuten, Paris; 10. Tagung der Berner Konvention, Straßburg.

Kanalisation

Mit Verordnung des Gemeinderates vom 11. Dezember 1987, Pr. Z. 3867, wurde die Abwassergebühr mit S 9,20 je Kubikmeter festgelegt. Die Novellierung der Kanalgrenzwertverordnung wurde 1989 abgeschlossen; sie tritt mit 1. Jänner 1990 in Kraft.

Wie bereits 1989 nahm der Umfang der Kanalbauarbeiten zu, und zwar waren es Arbeiten an den Sammel- und Entlastungskanälen, für den Netzausbau sowie Kanalumbauarbeiten: Der Bau des Entlastungskanals für den Rechten Hauptsammelkanal wurde durch Inangriffnahme des neuen Bauloses zwischen Marxergasse und Verbindungsbahnbrücke fortgesetzt. Weiters konnte die Sachkreditgenehmigung für alle weiterführenden Baulose bis zur Friedensbrücke vom Gemeinderat mit einem Gesamtkostenrahmen von 1.200 Millionen erwirkt und die zugehörigen interdisziplinären Planungen (Oberfläche – Wasserbau – Abwassertechnik) in Angriff genommen werden. Im Bereich der Wienflußsammelkanäle wurde gemeinsam mit der MA 19 und der MA 45 mit der Erstellung eines Leitprojektes begonnen.

Das Netzausbauprogramm sieht die Vollkanalisierung aller Haushalte Wiens vor. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag bei der Errichtung von Sammelkanälen und Aufschließungssträngen im 11., 21. und 22. Bezirk zur Entsorgung von Stammersdorf, Bruckhausen, Eßling und Kaiserebersdorf. Diese Sammelkanäle wurden zum Großteil als Stahlbetonkastenprofil mit Trockenwetterrinne ausgeführt. Neben den genannten Sammelkanälen konnte auch eine Vielzahl von kleineren Aufschließungskanälen im 10., 12., 14., 17., 19., 21., 22. und 23. Bezirk errichtet werden.

Das Kanalumbauprogramm sieht die Sanierung des zum Teil schon über 100 Jahre alten Kanalnetzes im innerstädtischen Bereich in einer Gesamtlänge von rund 250 km bis zur Jahrtausendwende vor. Der Schwerpunkt der Maßnahmen lag 1990 im Bereich des 2., 10. und 21. Bezirkes. Darüber hinaus wurden in nahezu allen Wiener Bezirken Kanalstränge zum Teil unter schwierigsten Verhältnissen bei Aufrechterhaltung des Kanalbetriebes und Verkehrs umgebaut. Neben der Durchführung des Umbauprogrammes wurde der unterirdischen Kanalsanierung großen Augenmerk geschenkt. Zu diesem Zweck wurde in Zusammenarbeit mit interessierten Firmen ein Großversuch mit acht unterschiedlichen Verfahren und Gesamtkosten von 46 Millionen Schilling durchgeführt. Die meisten Umbauten konnten in terminlicher Abstimmung mit anderen Einbautendienststellen oder dem Straßenbau vorgenommen werden. Neben den genannten Kanalbauten konnten auch Kanalbauten zur Erschließung von Betriebs-baugebieten sowie zur Freimachung von geplanten U-Bahn-Trassen durchgeführt werden. Die Länge des Straßenkanalnetzes hat bis Ende 1990 1.779.357 m erreicht. Das Bauvolumen betrug insgesamt 45.040 m.

Der Einsatzdienst, der für die Beseitigung von Verstopfungen und ähnlichen Arbeiten zuständig ist, hat 5.341 Einsätze geleistet. Die Materialförderung aus allen Teilen des gesamten Kanalbetriebes betrug 12.693 m³. Im einzelnen wurden in diesem Zeitraum aus Schotterfängen 4.541 m³, aus den Hauptsammelkanälen 1.927 m³, aus den Straßenkanälen 2.738 m³, aus der Kläranlage Blumental 3.170 m³ und aus dem Pumpwerk Linker Donausammeler 317 m³ geräumt. Durch Hochdruckwagenräumung wurden 548.727 m Rohrkanäle und 644.476 m Profilkänel gereinigt. Die Kanalhebwerke förderten 62.711.616 m³ Abwasser und 571.150 m³ Regenwasser, die Kanalpumpwerke 13.280 m³. Mit dem Kanalfernsehaue wurden rund 40.000 m Rohrkanäle überprüft.

In der Kläranlage Blumental wurden 19.529.000 m³ Abwasser gereinigt, wofür 5.322.500 kWh Strom verbraucht wurden. Die durchschnittliche Verschmutzung im Zulauf betrug 56 mg/l BSB₅, die im geklärten Ablauf nur mehr 10 mg/l BSB₅. Der Rechengutanfall belief sich auf 4.231 m³. In der Kläranlage Blumental wurden drei neue Getriebe für die Mammutrotoren angeschafft. Weiters wurden Vorbereitungsarbeiten für den Einbau eines zweiten Feinrechens durchgeführt. Im Pumpwerk Linker Donausammelkanal waren 8.920 Schmutzwasserpumpenstunden erforderlich, um das Abwasser der linken Donauseite zur Hauptkläranlage zu pumpen. Der Energieverbrauch des Pumpwerkes des linken Donausammelkanals, der Hauptkläranlage und der Entsorgungsbetriebe Simmering belief sich auf 35.868.060 kWh. An Rechengut wurden 1.092 m³ vom Pumpwerk des linken Donausammelkanals abgeführt. Das neue dezentral ausgeführte Prozeßrechnersystem im Pumpwerk des linken Donausammelkanals ist zu 90 Prozent fertiggestellt und ermöglicht die Fernüberwachung und Steuerung aller derzeit angeschlossenen Pumpwerke Linker Donausammelkanal, Rechter Hauptsammelkanal, Linker Hauptsammelkanal und Kaiserebersdorf sowie der zugehörigen Regenauslässe. Im Pumpwerk Kaiserebersdorf wurden 2.085, Alberner Hafenzufahrtsstraße 226 sowie im Pumpwerk Rechter Hauptsammelkanal 17 Pumpenstunden benötigt. Das Pumpwerk Eßling wurde in Betrieb genommen.

Der Bestand an Senkgruben ist etwas gestiegen und machte 35.188 Stück aus. Die Zahl der Senkgrubenräumungen betrug 26.554 mit einer Gesamtaushubmenge von 159.056 m³. 2.405 Abräumungen wurden durchgeführt, wobei die Gesamtaushubmenge 4.508 m³ ausmachte.

An rund 2.327 Kleinbaustellen wurden Erhaltungsarbeiten durchgeführt, ferner 1.372 Stück Schachtabdeckungen repariert bzw. erneuert, an den Hauptsammelkanälen auf 212 Baustellen Erhaltungsarbeiten durchgeführt. Ferner wurden die Kanalumbauten im Zuge der U-Bahn-Arbeiten überwacht. In einer Reihe von Außenstellen wurden dringend notwendige Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Das Referat Chemie hat 2.972 Abwasserproben gezogen sowie an 223 Tagen Dauerkontrollen mit Hilfe von Probenahme-, pH- und Temperaturmeßgeräten durchgeführt. 208 entsprachen nicht der geforderten Abwasserqualität und wurden dem Verursacher in Rechnung gestellt. In 23 Fällen wurden zusätzliche Strafanträge erstatet. Die Einnahmen aus den verrechenbaren Abwasserkontrollen betragen 568.000 S, ein Betrag, der in dieser Höhe noch nie erreicht worden ist. Die Zahl der regelmäßig zu kontrollierenden Firmen belief sich mit Stichtag 31. Dezember 1990 auf 1.152, die Zahl der weniger gefährlichen Abwassereinleiter 2.750. Es waren 3.901 Firmen im Industrie- und Abwasserüberwachungskataster erfaßt. Neben den routinemäßigen Abwasserkontrollen nahmen die Kontrollorgane des Referates an 381 gewerberechtlichen Verhandlungen teil, erhoben in 40 Fällen Daten für die Gruppe behördliche Aufgaben (Abscheiderkontrollen) und leisteten in 69 Fällen Amtshilfe für die Magistratsdirektion — Verwaltungsrevision-Sofortmaßnahmen bzw. den Bürgerdienst. Durch die Errichtung des neuen Laborgebäudes in 23, Südrandstraße, war die Beschaffung einiger Meßgeräte sowie Inventargegenstände erforderlich. Da der ursprüngliche Termin der Inbetriebnahme des Labors mit 15. November nicht eingehalten werden konnte, ist der voraussichtliche Eröffnungstermin für Mai 1991 vorgesehen.

Zwei Hochdruckspülwagen, ein Fäkalsaugwagen sowie ein Lastkraftwagen mit Doppelkabine und Kran wurden erneuert. Die Fahrzeuge der Abteilung haben rund 1.200.000 km zurückgelegt, davon die Einsatzfahrzeuge 60.000 km, der Senkgrubenwagen 390.000 km, der Hochdruckwagen 75.000 km, die Abscheideräumfahrzeuge 80.000 km, der Verstopfungswagen 85.000 km sowie diverse andere Fahrzeuge 500.000 km. Der Fuhrpark wurde um weitere sieben Funkgeräte ausgerüstet, so daß nunmehr alle Einsatzfahrzeuge mit diesen Geräten ausgestattet sind.

In baupolizeilichen Angelegenheiten waren 4.503 neue Akte, darunter rund 5.300 Kanalbefunde sowie 6.674 Planbegutachtungen von Hauskanalanlagen zu bearbeiten. 1.449 unerledigte Aufträge für Kanalinstanzsetzungen und Anschlüsse aus früheren Jahren wurden überwacht.

Im Referat „Behördliche Aufgaben“ wurden unter anderem 396 Bescheidänderungen, die die Herabsetzung von Räumzahlen betrafen, 450 Gutachten für die Herabsetzung der Abwassergebühr, 987 Schreiben bezüglich Räumtermine und Parteiengehör verfaßt sowie 680 Überprüfungen von Bescheidaufgaben und 1.037 diverse Schriftstücke, die Selbsträumbescheide, Gutachtenerstellungen usw. enthielten, bearbeitet.

Im Jahre 1990 kam es bedauerlicherweise zu einigen größeren ungesetzlichen Einleitungen in die Kanäle, deren Verursacher ausgeforscht werden konnten.

In der Friedrichstraße wurden 48 Führungen mit 817 Personen im unterirdischen Kanalnetz durchgeführt, in der Kläranlage Blumental 6 Führungen mit 87 Personen und im Pumpwerk Linker Donausammelkanal 4 Führungen mit 26 Personen.

Trotz intensiver Schulung und Aufklärung kam es zu 50 leichten Unfällen und einem schweren Unfall.

Wasserwerke

Im Jahre 1990 wurden insgesamt 148,527.100 m³ (1989: 146,746.100 m³) Wasser aufgebracht, davon 144,434.000 m³ (1989: 140,962.700 m³) in das Wiener Rohrnetz eingespeist. 141,745.200 m³ (95,4%) der Gesamtmenge kamen aus den beiden Hochquellenleitungen, 3,515.000 m³ (2,4%) aus den Wiener Grundwasserwerken, 1,847.800 m³ (1,2%) aus dem Wientalwasserwerk sowie 413.200 m³ (0,3%) aus dem Wasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden. Der Restbetrag von rund 1,005.900 m³ Wasser ergab sich aus Veränderungen im Behältervorrat. Die Gesamtaufbringung stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,781.000 m³, das sind 1,2 Prozent. Von der bezogenen Wassermenge wurden 2,518.200 m³ an auswärtige Abnehmer und Verbundgemeinden abgegeben, 144,434.000 m³ an das Wiener Rohrnetz und 1,574.900 m³ an Überfälle und Ableitungen. Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 395.708 m³. Das Tagesmaximum wurde am 1. August mit 524.600 m³ erreicht, das Tagesminimum am 25. Dezember mit 295.900 m³. Zur Entkeimung der gesamten dem Verbrauch zugeführten Wassermenge wurden insgesamt 25.345 kg Chlorgas und 31.451 kg Natriumchlorit sowie 1.305 l Hypochlorit verwendet. Der äquivalente Chlorverbrauch betrug daher 38.553 kg, was einem durchschnittlichen Zusatz von 0,27 mg Chloräquivalent pro Liter Wasser entspricht. Von den Wasserleitungskraftwerken an den beiden Außenstrecken wurden 55,898.955 kWh an elektrischer Energie geliefert. Davon entfielen auf die Werke in Wildalpen 12,363.079 kWh, auf Hirschwang 749.882 kWh, auf Kaiserbrunn 72.900 kWh, auf Hinternaßwald 3,627.110 kWh, auf Reithof 301.920 kWh und auf das Kraftwerk Gaming 38,784.064 kWh.

Im Rahmen der Neubauten und Bauvorhaben wurde das Projekt Pfannbauernquelle fortgesetzt. So wurde das Betriebsüberwachungssystem SIMATIC S 5 in Betrieb genommen. Der Probetrieb mit 220 l/s wurde fortgesetzt und die Betriebsüberwachung im Kraftwerk Hinternaßwald mit einem 24stündigen Wechseldienst eingerichtet. Die Anlagen waren insgesamt 6.592 Stunden in Betrieb, wobei 5,162.460 m³ Quellwasser in die I. Hochquellenleitung eingeleitet wurden. Restarbeiten für Deponiebegrünungen wurden gemeinsam mit den Österreichischen Bundesforsten durchgeführt. Die hydrologische Beweissicherung für die III. Wiener Wasserleitung wurde entsprechend der Auflagen des wasserrechtlichen Verfahrens fortgesetzt. Hierzu wurden regelmäßig Wasserstands- und Temperaturmessungen in Grundwassersonden und in Gerinnen des Piesting- und Fische-Systems durchgeführt und Abflussmessungen vorgenommen. Aus den Tiefenbohrungen in Schranawand wurden monatlich aus verschiedenen Horizonten Proben zur Bestimmung des Chlorkohlenwasserstoff-Gehaltes entnommen. Sämtliche Daten wurden mit Hilfe der EDV ausgewertet. Im Behälter Unterlaa wurden die Versuche für die Entfernung der chlorierten Kohlenwasserstoffe aus dem Wasser fortgesetzt.

Die Ausgestaltung des Grundwasserwerkes Wöllersdorf wurde fortgesetzt. So wurden die elektrischen Einrichtungen der Brunnen 1 bis 5 dem Stand der Technik entsprechend erneuert und im Brunnen 2 eine neue Tauchpumpe eingebaut. 3.000 m² Wege wurden durch eine mechanisch stabilisierte Tragschicht befestigt.

Für die Generalsanierung der II. Wiener Hochquellenleitung wurden umfangreiche Vorarbeiten durchgeführt. Mit dem Bau der Umgehungsleitung Kienberg wurde am 24. September begonnen. Bis Jahresende wurde der 100 m lange Anschlußstollen ausgebrochen und das Vereinigungsbauwerk mit dem bestehenden Leitungsstollen hergestellt. Weiters wurden 250 m Rohrgraben für den Bau der Ort betonleitung hergestellt, 45 m Leitung betoniert und das Einlaufbauwerk in den bestehenden Leitungskanal ausgeführt. Durch Schlechtwetter mußten die Arbeiten im Dezember unterbrochen werden. Für die Umgehung von Scheibbs wurden im Bereich einer rund 5 km langen Ersatzstollenstrasse geologische und geotechnische Erkundungen mit vier Aufschlußbohrungen ausgeführt und Variantenstudien ausgearbeitet. An der Schadensstelle bei Zugangstollen 52 wurden Bohrungen und geologische Erkundungen durchgeführt, die die Grundlagen für eine örtliche Umgehung der Schadensstelle mit einem Ersatzstollen lieferten. Luftbilddaufnahmen der Trasse erfolgten durch die MA 41. Die Detailarbeiten für die geologisch-geotechnische Trassenaufnahme wurden mit Erkundungsbohrungen und Schürfen entlang der rutschgefährdeten Leitungsabschnitte fortgesetzt, Zustandskarten ausgearbeitet, die in ein EDV-Informationssystem über den Gesamtzustand der II. Wiener Hochquellenleitung zusammengefaßt werden. Durch 132 Kernbohrungen im Leitungskanal und Untersuchung der Funktionsfähigkeit der Drainagen wurden die Erhebungen über den Bauzustand fortgesetzt (45 Schachtaufschlüsse). Durch hydraulische Messungen und Berechnungen wurde die Erkundung der derzeitigen Leistungsfähigkeit und einer möglichen Leistungssteigerung fortgesetzt. Schließlich wurden drei Anlagen mit insgesamt 1.600 m Leitungen hergestellt. Die Anspeisung des Behälters Steinhof, von dem aus einzelne Zonen der höhergelegenen westlichen Gebiete Wiens versorgt werden, besteht aus alten Graugußleitungen mit hoher Gebrechenshäufigkeit. Die Behälteranspeisung wie auch ein DN-225-Versorgungsrohrstrang liegen zudem teilweise überbaut im Gartengebiet der Waidäckersiedlung. Die daraus entstehenden betrieblichen Schwierigkeiten konnten durch den Neubau der Leitungen überwunden werden. 1990 wurde das Bauvorhaben fertiggestellt. Als letzte Arbeit wurde die definitive Straßeninstandsetzung durchgeführt. Zur Freimachung der Trasse für den Hauptsammelkanal wurde im Jahr 1989 im Straßenzug Schmidgunstgasse — Kühgasse — Klebindergasse ein DN-400- und ein DN-150-Rohrstrang verlegt. Die Anschlüsse an das bestehende Rohrnetz wurden im Jahre 1990 durchgeführt. Zur Unterstützung der beiden bestehenden Hauptleitungen, die das Gerüst der Wasserversorgung in den westlichen und höhergelegenen südlichen Bezirken Wiens bilden, ist der Bau einer 3. Hauptleitung geplant. Diese neue Leitung wird es auch

ermöglichen, eine der beiden alten Hauptleitungen für Sanierungszwecke über längere Zeit außer Betrieb zu nehmen. Die bereits seit 1989 betriebenen Planungsarbeiten wurden 1990 abgeschlossen. Es wurde ein Projekt fertiggestellt, das bei der Wasserrechtsbehörde und beim Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds eingereicht wurde. Ebenso wurde um die eisenbahnrechtlichen und wasserrechtlichen Genehmigungen zur Querung der Westbahn, der U-Bahn, des Wienflusses und des Lainzer Baches eingereicht. Eine Klärung des Trassenverlaufes konnte im Bereich Hörndlwald – Lainz (Naturdenkmal) erreicht werden. Die Wasserwerke planen, die Versorgung der hochgelegenen Gebiete am westlichen Stadtrand, die derzeit aus vielen kleinen, einzelnen Pumpzonen bestehen, zu einer einzigen Versorgungszone mit einem neuen Wasserbehälter im Bereich der Jubiläumswarte zusammenzufassen. Im Jahre 1990 wurden die Planungsarbeiten vergeben. Für den Behälter Jubiläumswarte wurde an der Erstellung einer Studie über den Behälterstandort gemeinsam mit der MA 29 – Grundbau, die geologische Aufschlußbohrungen durchführte, weitergearbeitet. Im Bereich des Behälters Steinhof sollen die Leitungen im Hinblick auf die spätere Ringleitung West umgebaut werden. 1990 wurde die Förderung des Umbaus durch den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds erreicht. Die Bauarbeiten konnten Ende des Jahres begonnen werden. In der Kaiserebersdorfer Straße wird der alte Versorgungsrohrstrang durch eine Transportleitung DN-600 und Versorgungsleitung DN-200 ersetzt. 1990 konnte dieser Austausch von Unter der Kirche bis Florian-Hedorfer-Straße durchgeführt werden. Am Neubau des Wasserbehälters Schmelz wurden mit geringen Ausnahmen alle Betonarbeiten durchgeführt. Auf der fertigen Boden- auswechslung wurden die Sohlen für beide Kammern hergestellt, ebenso die Wände und Säulen für beide Kammern. Behälterdecken und Wände des integrierten Einlaufbauwerkes wurden zum Großteil ausgeführt. Mit einer Fertigstellung des Behälterrohbaus ist im März 1991 zu rechnen. Für den Ableitungsrohrstrang vom neuen Behälter in der Gablenzgasse wurde in den Monaten Juli und August der verkehrsmäßig schwierigste Teil, die Querung des Gürtels und die Errichtung einer Schieberkammer im Gürtelbereich, erledigt. In der Gablenzgasse selbst wurde der neue Ableitungsrohrstrang von „Auf der Schmelz“ bis Camillo-Sitte-Gasse fertigverlegt. Die in der Gablenzgasse liegenden alten Transport- und Versorgungsleitungen wurden gleichzeitig erneuert; dies geschah im Bereich zwischen Possingergasse und Camillo-Sitte-Gasse. Durch die Verlängerung der A 23 im Bereich Stadlau ist die Umlegung von verschiedenen Wasserrohrsträngen notwendig. 1990 wurde ein Rohrstrang in der Hohenfeldgasse neu verlegt. Weiters wurden Sanierungsarbeiten durchgeführt, um die Bausubstanz des Behälters Hackenberg vor eindringenden Niederschlagswässern zu schützen und diese gezielt abzuleiten. Die gesamte Behälterdecke wurde isoliert und mit einem Drainagesystem versehen. Das Schiebergebäude wurde im Einvernehmen mit dem Bundesdenkmalamt saniert. Es wurden Arbeiten wie die Fugensanierung, Deckenisolierung, Steinmetzarbeiten, Sanierung der Beckenanlage durchgeführt. Die Arbeiten machten deutlich, daß eine Innensanierung des Objektes notwendig ist. Diese wird gemeinsam mit der Errichtung der Objektschutzeinbauten 1991 erfolgen. Die Planungsarbeiten für den Umbau des Behälters Knödelhüttenstraße wurden durchgeführt und abgeschlossen. Das Projekt wurde bei der Baubehörde eingereicht und genehmigt. Die Arbeiten werden 1992 ausgeführt, zusätzlich werden Maßnahmen des Objektschutzes zur Sicherung des Archivs durchgeführt. Das notwendige Kabeltrommellager wird nach Untersuchung verschiedener Standorte auf dem Gelände des Behälters Unterlaa geplant. Die Planung wurde abgeschlossen, das Projekt bei der Baubehörde eingereicht und genehmigt. Für die Realisierung des Projektes Behälter Bisamberg wurde eine Studie erstellt, die Nutzungs- und Ausbaumöglichkeiten untersuchte. Es wurde ein Sachkredit für Vorarbeiten zum Projekt beantragt und genehmigt. Für die mögliche Nutzung von tiefliegenden, geschützten Grundwasserreserven in Not-situationen wurde von der MA 29 – Geologie eine Gutachtergruppe namhaft gemacht und dieser 1989 der Auftrag zur Ausarbeitung eines diesbezüglichen Lagerstättengutachtens erteilt. Die Auswertung der Bohrdaten der ÖMV (Prof. Weber, Leoben) läuft mit gutem Fortschritt, bei der Auswertung der Wiener Daten aus dem Baugrunderkaster (Dr. Nowy) ergaben sich Verzögerungen zufolge notwendiger Überarbeitungen. Der Endbericht wird 1991 vorliegen. Die Beweissicherungsarbeiten für das Grundwasserwerk Lobau wurden fortgesetzt. Aufgrund der Vor-untersuchungen im Bereich Ölhafen, Donau-Oder-Kanal Becken 2 sowie aus Anlaß eines vor Jahren stattgefundenen ÖMV-Tankunfalles forderte die MA 15, unverzüglich eine Sperrbrunnenreihe laut Wasserrechtsbescheid 1964 für das Grundwasserwerk Untere Lobau zu errichten (Frühjahr 1989). Es erfolgte eine weitergehende umfassende Projektbearbeitung im Zuge der wasserrechtlichen Bewilligung. Die wasserrechtlichen, naturschutzbehördlichen und forstrechtlichen Bewilligungen wurden erwirkt. Die Brunnenableitung konnte fertiggestellt werden. Die Brunnenbauarbeiten erfolgten schrittweise jeweils nach stationären Pumpversuchen entsprechend dem behördlich auferlegten Ausbau- und Versuchsprogramm. Für das Grundwasserwerk Donauinsel Nord fand ein ganzjähriger Versuchs-betrieb statt. Hydrologische Beobachtungen und Auswertungen erfolgten durch ein Zivilingenieurbüro. Laufende Qualitätsuntersuchungen an Donau, Neuer Donau und Brunnen sowie Pilotversuche am Brunnenwasser zur Entwicklung optimaler Aufbereitungstechnologien wurden durchgeführt. Auf Betreiben der MA 45 erfolgte die Errichtung einer zusätzlichen Pumpableitung in die Neue Donau. Vorarbeiten zur Projektierung der nächsten Ausbaustufe wurden in Angriff genommen. Gemäß Bescheid der Niederösterreichischen Landesregierung wird die Entsorgung der Abwässer und Schlämme des Wientalwasserwerkes dem Stand der Technik angepaßt. Es erfolgte die Projektierung eines den örtlichen Witterungsverhältnissen und den qualitativen Anforderungen zur Schlammbehandlung angepaßten Schlammräumsystems in den Vorklärbecken sowie eines Absetzbeckens und einer vakuum-unterstützten Schwerkraftentwässerungsanlage. Die Projekte wurden dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds zur Förderung vorgelegt. Die wasserrechtliche und baubehördliche Bewilligung wurde erwirkt.

Im Rahmen der Erhaltungsarbeiten wurden zur Erhaltung und Ausgestaltung der Fernleitungsanlagen fünf Abkehren mit folgenden Leistungen ausgeführt: Insgesamt wurden 215 m² Gewölbeschleifputz hergestellt, 256 m² schadhafter Gewölbeverputz und loses Mauerwerk abgeschrämt und 206 m² bewehrter Spritzbeton aufgebracht. Im Bereich Gamingerhof wurden 8 Laufmeter Sohlshalen aus Glasfaserbeton eingebaut. Der Leitungskanal wurde auf einer Länge von 10,5 km maschinell gereinigt. An Ziegelmauerwerksoberflächen der Aquädukte Baden, Mödling, Liesing und Mauer entstanden infolge Schlagregen und Frost umfangreiche Schäden, die eine Entfernung von losen Teilen von Hebebühnen aus erforderlich machten. Anschließend wurden Fehlstellen mit Mörtel ausgefüllt und zur Absicherung rostgeschütztes engmaschiges Baustahlgitter an Seitenflächen und in der Bogenleibung montiert. Die Oberseite des Aquäduktes Baden wurde auf eine Länge von 360 m mit Stahlbetonfertigteiltplatten wasserdicht abgedeckt. Im Bereich Gamingerhof wurden zur Verbesserung der Dichtheit des Leitungskanals zahlreiche Kleininjektionen durchgeführt. Im Rahmen des Frühwarn- und Sicherheitssystems wurde bei Turm 43 — Guntramsdorf — als Muster zum Ersatz der Einstiegsstürme ein neuer Einstiegschacht aus Beton mit Sicherheitsdeckel und zusätzlicher Abdeckung durch einen Betonfertigteile hergestellt. Im Zuge der Abkehren wurden die Stationierungsmarkierungen im Leitungskanal nachgemessen und, wenn notwendig, korrigiert. Im luftseitigen Teil des Schneeanpenstollens Süd wurden die durch Bergdruck zerstörten Auflager der Rohrleitung Ø 600 mm erneuert. Im Sinne des Quellschutzes erfolgte die Sanierung des Almbodens der Schnealpe. Rund 20 Dolinen wurden mit grobem Blockwerk und einer Filterschicht aus Kies und Humus verschlossen. In den Kraftwerken Kaiserbrunn und Hirschwang wurden Revisionen durchgeführt. In der Kammer B (Naßwald) wurde ein regelbarer Energievernichter in der Einlaufkammer des Kraftwerkes Hirschwang und ein ferngesteuerter Hubschütz eingebaut. An Sicherheitseinrichtungen wurden im Bereich Wasseralm, Schütterlehne, Hochsteg Sicherheitseinstiege montiert. Die Station Karlgraben wurde mit Fenstergittern versehen. Im Bereich der Ortswasserleitung Naßwald und Schliefering (Höllental) wurden rund 400 lfm Rohrleitungen ausgewechselt und auf Frosttiefe verlegt. Ein Verbruch im Wetterinstollen bei Station 3992 Ost wurde saniert. Die Brücke über den Naßbach zum Aufseherhaus Hinternaßwald wurde komplett neu errichtet und gleichzeitig ein zentraler Parkplatz für den Ausflugsverkehr in diesem sensiblen Bereich des Quellschutzes geschaffen. In Karlgraben nahm eine vollautomatische Wetterstation (Klimagarten) den Probebetrieb auf. Solche Stationen sollen im Rahmen des Frühwarnsystems im Quellgebiet auf den Bergen montiert werden. Im Rahmen der Abkehren wurden 2.850 m Stollen händisch gereinigt, auf 420 m mußte wegen der Wassermehreinleitung aus der Pfannbauernquelle die Schleifputzkannte erhöht werden. An der II. Hochquellenleitung wurden im Rahmen von vier Hauptabkehren folgende Instandsetzungs- und Instandhaltungsarbeiten ausgeführt: Es wurden 750 m² Folienauskleidung aufgebracht, 800 m² Schleifputz und 7.000 m² Dichtputz hergestellt, 60 m Sohl-Drainage durchgeführt, 16 Schützen und 4 Luftventile eingebaut, 18 Drainagen mit Ersatz von 1.320 Rohrleitungen vorgenommen, bei Ableitungen 200 m Rohrleitungen erneuert. Es wurden 200 m Stollen händisch und 8.500 m Stollen maschinell gereinigt. Als sicherheitstechnische Verbesserungen wurden 20 Stück Sicherheitsdeckel für Einstiege hergestellt, die Lüftung von 11 Kammern abgeändert und Schneidarbeiten für den Einbau von einbruchshemmenden Kammerinnentüren durchgeführt. Die Instandsetzung von Aquädukt Pfeilern mit Kunstharzinjektionen wurde fortgesetzt. An Betriebsgebäuden wurden Dachdecker-, Spengler- und Installationsarbeiten ausgeführt. Im Quellgebiet II wurde am Aufseherhaus Brunngraben eine Isolierung und Fassadenschalung aufgebracht, der Quellschutzzaun teilweise erneuert. Am Wechselboden wurde ein Teilstück der Ortswasserleitung neu verlegt, die C-Kammer für den Einbau der Beschleunigungspumpe umgebaut, Melde- und Starkstromkabel vom Höllkraftwerk bis zum Pirknerquelle-Meßschacht für Mengmessungen bei Zugang 16 (Düker) verlegt und eine Tauchpumpe im Sammelschacht Pirknerquelle eingebaut. Im Zugang 12 und 13 wurden für die Durchlauf- und Entleerungsschleusen Getriebe mit Elektroantrieb montiert und die Steuer- und Energieversorgungskabel im Stollen bis zur Schaltwarte verlegt. In Wildalpen wurden der 300-mm-Druckrohrstrang Seisenstein — N-Kammer saniert, alle 58 Muffen angeschweißt, ferner eine Ortswasserleitung vom 900-mm-Rohrstrang zur Straße verlegt, Träger-Geländehalterungen für Kläfferstege angefertigt und zwei Tauchpumpen für Trübungsmessung im Zugang 23 montiert. Die Zufahrtsbrücke zum Brunnengelände Holzäpfeltal wurde wegen Verklausungsgefahr abgetragen. Ein Brückenbau mit Absperrung und Ableitung für die gesamte Wassermenge am Imbachaquädukt wurde hergestellt, Melde- und Stromkabel zwischen P- und Q-Kammer sowie der D- über G- bis zur K-Kammer verlegt und Meß- und Anzeigeräte im neuen Dienstzimmer Winterhöhe installiert. An der Wehrbrücke des Wientalwasserwerkes wurde der Bohlenbelag erneuert, ein Antrieb für die Wehrklappe montiert und die Schieber- und Schützenfunktionen sowie die elektrischen Anlagen durch Ziviltechniker und Fachfirmen überprüft. In der Chlorstation wurden zwei Pumpen mit Anschlußleitungen erneuert.

Was die Anlagen in Wien betrifft, so wurden im Hebewerk Laaer Berg anstelle der nicht mehr ganz funktions-tüchtigen Kugelhähne der grünen und gelben Druckzone moderne Anfahrklappen eingebaut und neue Antriebsmotore aufgesetzt. Im Hebewerk Unterlaa mußten drei Pumpen, im Hebewerk Wienerberg zwei Pumpen einer Revision unterzogen werden. Im Hebewerk Krapfenwald wurde eine defekt gewordene und nicht mehr reparierbare Pumpe für die Anspeisung des Hochbehälters Kahlenberg durch eine neue ersetzt. In der A-B-Kammer des Behälters Rosenhügel mußten neue Schützenanlagen eingebaut werden, da die alten Schützen nicht mehr entsprechend funktionierten. Für diese Arbeiten waren die Entleerung der A-B-Kammer sowie ihre anschließende Reinigung und

Desinfektion erforderlich. Sämtliche Anlässe im Hebewerk Rosenhügel wurden gegen moderne Sanftanlässe getauscht. Die Desinfektionsanlage Rosenhügel wurde baulich etwas abgeändert und instand gesetzt, die verfahrenstechnischen Installationen und Anlagenteile wurden erneuert. Im Grundwasserwerk Lobau installierte man eine neue Einspeiseleitung, um den Behälter Lobau auch mit Hochquellenwasser befüllen und betreiben zu können. Infolge eines Lagerschadens mußte eine Pumpe des Hebewerkes einer Revision zugeführt werden. Beim Brunnen Gänsaufen waren alle drei Gestängepumpen schadhaft geworden und mußten gegen neue Aggregate ausgetauscht werden. Eine Kammer des Behälters Schafberg wurde einer gründlichen Reinigung unterzogen. In den Behältern Kordon I und Kordon II wurden neue Wasserstandsanzeigen eingebaut. In allen übrigen Objekten wie Behältern, Pumpwerken, Brunnenanlagen, Desinfektionsanlagen (auch UV-Anlagen an den Außenstrecken), Druckreduzieranlagen (Claytonventile) sowie Druck- und Mengenmeßstellen führte man Instandhaltungs- und Revisionsarbeiten größeren und kleineren Umfangs sowie Störungsbehebungen an den hydraulischen, elektronischen, starkstromtechnischen und fernmeldetechnischen Einrichtungen durch. Bei sämtlichen Gleichrichter- und Batterieanlagen erfolgten Wartungsarbeiten. Für die Wasserverlustanalyse wurden zahlreiche Druck- und Mengenmessungen durchgeführt. Gemeinsam mit der MA 34 wurde im Amtshaus Grabnergasse die neue Telefonanlage installiert. Die alte Telefonanlage wurde skartiert und demontiert. Im Zusammenhang mit der Errichtung der neuen Telefonanlage mußte auch die komplette Funkeinrichtung entsprechend adaptiert werden. 1990 erreichten die Kabellegungen für das betriebseigene Fernmeldekabelnetz in Wien eine Gesamtlänge von rund 17 km. Erwähnenswert wären die Kabellegungen im Bereich Behälter Schafberg—Molnargasse, Ludwiggasse—Koschatgasse—Pötzleinsdorfer Straße, Grünbeckweg—Alszeile—Leopold-Kunschak-Platz, Scheibenbergstraße, Schuhmeierplatz—Thalheimergasse—Herbststraße sowie bei den Sperrbrunnen Lobau. Im Bereich der Außenstrecken erfolgten Energie- und Fernmeldekabellegungen im Ausmaß von rund 15,5 km. Weiters mußten mehrere größere Kabelgebren geortet und behoben werden. Die Arbeiten im Rahmen des Frühwarn- und Sicherheitssystems wurden fortgesetzt. Das Forschungsvorhaben Karstquellen konnte in Angriff genommen werden. Für die Errichtung der Qualitätsmeßstationen und meteorologischen Meßstationen erfolgten die Ausschreibung und Vergabe. Die PC-mäßige Ausrüstung von Arbeitsplätzen entsprechend dem EDV-Systemierungsplan konnte fortgesetzt werden. Im Amtsgebäude in 6, Grabnergasse 4, wurden drei Räume im Zwischengeschoß für die Unterbringung der neuen Telefonzentrale und ein Raum im Kellergeschoß für die Aufstellung von EDV-Geräten ausgestaltet. An dem ehemaligen Kraftwerk- und Hebewerksgebäude Rosenhügel in 13, Rosenhügelstraße 167, wurden Vorarbeiten für die Schaffung der neuen Gärtnerunterkunft vorgenommen. Der Wasserturm Wienerberg in 10, Windtenstraße 3, konnte nach Abschluß der Renovierungsarbeiten anläßlich einer Feier am 25. April 1990 der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Neben den Bauarbeiten sind Wartungen und der Ausbau des Rohrnetzes von Bedeutung. So wurde das Projekt Druckzone Mauer, bei dem umfangreiche Rohrlegungen zum Zusammenlegen von Druckzonen und zur Vereinfachung der betrieblichen Führung des Gebietes erforderlich waren, im Jahre 1990 mit der Fortsetzung der Rohrlegung Rosenhügelstraße weitgehend abgeschlossen. Im Jahre 1991 sind nur mehr Restzahlungen erforderlich. Für die Erneuerung der vor dem Jahr 1914 verlegten, alten und größtenteils undichten Rohrstränge wurden Arbeiten mit einem Gesamterfordernis von rund 134,6 Millionen Schilling durchgeführt. Die Gesamtlänge der verlegten Rohrstränge beträgt 17.670 m. Über Antrag von Interessenten wurden, insbesondere in Fällen von nicht ausreichender Grundwasserqualität, öffentliche Rohrstränge in einer Gesamtlänge von rund 7.050 m verlegt. Im Zuge von Arbeiten in Bundesstraßen wurden Rohrstränge der Dimension 150, 200, 250, 300 und 400 mm in einer Länge von rund 1.440 m verlegt, weiters im städtischen Rohrnetz insgesamt 12.293 m Versorgungs- und Verteilungsrohrstränge neu verlegt und 49.293 m Rohrstränge ausgewechselt. Es traten 921 Gebrechen auf, das sind um 174 oder 16 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres; davon waren 501 Rohrgebren und 420 Armaturengebrechen. Die Rohrstranglänge betrug mit Stand vom 31. Dezember 1990 3,089.681 m. Zur Hilfeleistung bei Gebrechen an Wasserleitungseinrichtungen waren 1.917 Einsätze erforderlich, wobei von drei Einsatzfahrzeugen 35.012 km zurückgelegt wurden.

Ferner waren Hausanschlüsse und Wasserzähler zu betreuen. Bis Jahresende wurden 861 Abzweigungen und T-Abzweigungen neu hergestellt. Außerdem wurden 873 Wasserzähler neu eingebaut. An Abzweigungen, Spritzhydranten und Auslaufbrunnen traten 2.886 Gebrechen auf. Im Rahmen des turnusmäßigen Auswechslungsdienstes wurden 23.115 Wasserzähler ausgewechselt und in der betriebseigenen Werkstätte 23.000 Wasserzähler repariert. 92 Verstärkungen von Abzweigungen sowie 196 Ergänzungen wurden vorgenommen. Für die Neuherstellungen und Erhaltungsarbeiten wurden insgesamt 26.829 m Rohre verlegt. Schließlich wurden 1.136 Hausinstallationsanlagen überprüft, dabei 242 Gebrechen festgestellt. Durch deren Behebung wurde eine Wassermenge von 3.397 m³ pro Tag eingespart.

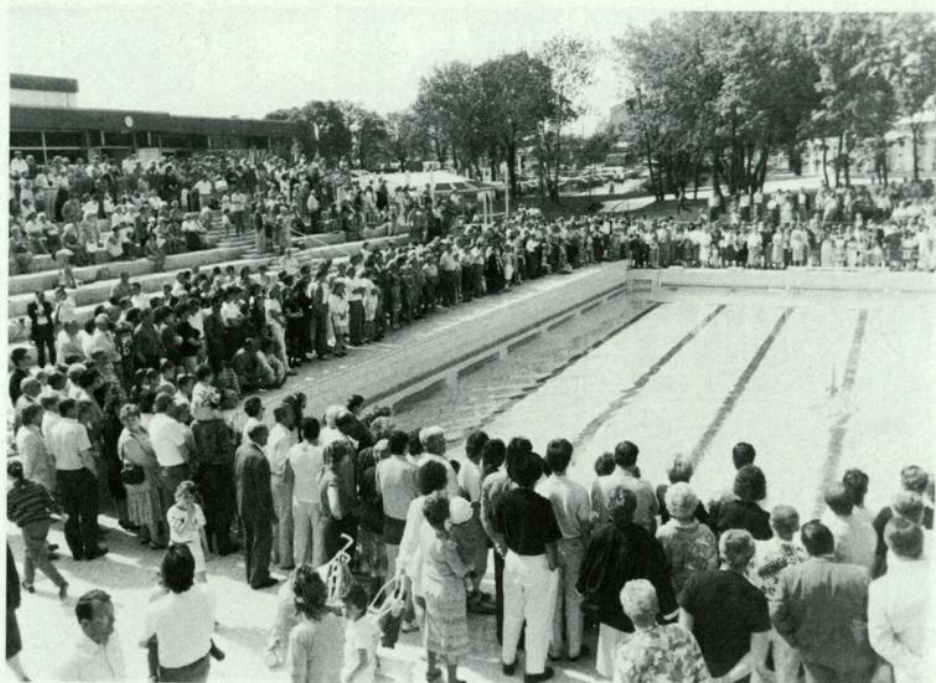
Im Jahre 1990 fanden drei Sitzungen der Wasserwirtschaftsfondskommission statt, wobei insgesamt 28 Großbauvorhaben mit 245 Baustellen in einer Länge von 53,3 km sowie Baukosten in der Höhe von 448,888.000 S eingereicht und zugesichert wurden. Davon entfielen auf Versorgungsleitungen Baukosten in der Höhe von 302,813.000 S und auf Transportleitungen Baukosten von 146,075.000 S. Zugesichert wurde dabei ein Darlehen von 268,805.000 S. Den Hauptanteil an den geförderten Bauvorhaben nahmen dabei die 17 Sammelprojekte mit einem Darlehen in der Höhe von 162,871.000 S ein, der Rest entfiel auf die 11 Einzelprojekte mit einem Darlehensbetrag von 105,934.000 S.

Zugezählt wurden Darlehen in der Höhe von 233,951.000 S. Kollaudierungen gemäß dem Wasserbautenförderungsgesetz in seiner gültigen Fassung fanden bei insgesamt 16 Bauvorhaben statt. Bei den Einzelprojekten entfielen auf die Erneuerung des alten Rohrnetzes im Bereich der Kaiserebersdorfer Straße Ausgaben in der Höhe von insgesamt 58,459.000 S. Der Schuldendienst bezüglich geförderter Projekte betrug 40,191.943 S an Tilgungen sowie 15,447.433 S an Zinsen.

Neue Gesetze und Verordnungen sind in Kraft getreten. So hat mit Verordnung vom 14. Dezember 1990, Pr. Z. 3675, der Wiener Gemeinderat die Wassergebührenordnung 1991 erlassen. Mit Wirkung vom 1. Jänner 1991 wurde die Wassergebühr von bislang 12 S/m³ auf 13,50 S/m³ einschließlich 10 Prozent Umsatzsteuer erhöht. Die Wasserzählergebühren wurden unverändert belassen. Das Wasserversorgungsgesetz 1960, LGBl. für Wien Nr. 44/1990, wurde abgeändert. Dabei werden in Artikel XVIII des letztgenannten LGBl. die im § 28 Abs. 2 des WVG 1960 enthaltenen Strafbestimmungen der allgemeinen Änderung der abgabenrechtlichen Strafbestimmungen angepaßt. Mit LGBl. für Wien Nr. 73/1990 Artikel XIX wurde der in der vorhergehenden Gesetzesänderung neu verlaubte § 28 Abs. 3 des WVG 1960 nochmals hinsichtlich der Höhe der darin genannten Geldstrafen abgeändert. Diese Novellen beinhalten im wesentlichen eine Verschärfung der Strafbestimmungen in der Höhe der Geldstrafen und der Anwendung von Freiheitsstrafen.

Eine Reihe von Rechtsgeschäften war im Jahre 1990 durchzuführen. So waren im Zusammenhang mit Wasserbauvorhaben der Abteilung die Einleitung, Abwicklung und Finalisierung von zahlreichen behördlichen Verfahren erforderlich. Zu erwähnen sind die vermehrt anfallenden eisenbahnbehördlichen Verfahren im Zusammenhang mit der Aufschließung der Gebiete jenseits der Donau und der laufenden Erneuerung des Stadtrohrnetzes sowie der 3. Hauptleitung. Für den Umbau und die Renovierungen an verschiedenen Wasserbehältern in Wien (Unterlaa, Hackenberg, Steinhof und Hebewerk Knödelhüttenstraße) waren die erforderlichen behördlichen Verfahren einzuleiten. Im Rahmen des Neubaus des Behälters auf der Schmelz waren die rechtlichen Agenden, die die Ausgestaltung zu den Nachbarliegenschaften betreffen, als auch gegenüber dem Pächter wahrzunehmen und privatrechtliche Verträge abzuschließen. Für das Projekt 3. Hauptleitung wurde mit den betroffenen grundverwaltenden Dienststellen das Einvernehmen hergestellt und erste Regelungen getroffen. Des Weiteren wurden die zahlreich erforderlichen behördlichen Verfahren eingeleitet. Für das neuerrichtete Rohrlager Laxenburg konnte die behördliche Benützungsbewilligung erwirkt werden. Was das Grundwasserwerk Donauinsel Nord betrifft, so wurden Initiativen zur Weiterführung des Projektes gesetzt. Für die auf Grund der Verschlechterung der Grundwassersituation erforderliche Sperrbrunnenreihe in der Lobau wurde mit Bescheid des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 28. Februar 1990, Zl. 15.624/07-I 5/89, die wasserrechtliche Bewilligung erwirkt. Ebenso wurden alle anderen damit im Zusammenhang stehenden behördlichen Verfahren weiter betrieben. Im Bereich der I. Wiener Hochquellenleitung wurden mehrere Verfahren für die Realisierung von Projekten durch- und weitergeführt, insbesondere Kleinprojekte im Quellenschutzgebiet sowie in den Grundwasseranlagen. Des Weiteren wurden Vorerhebungen hinsichtlich eines eventuellen Ankaufes von Quellenschutzgebieten bei der Schneealpe durchgeführt. Die Verfahren für zahlreiche Projekte der II. Wiener Hochquellenleitung wurden neu eingeleitet, weitergeführt bzw. abgeschlossen, wobei insbesondere die vielfältigen Hangentwässerungsprojekte entlang der gesamten Trasse erwähnenswert sind. Damit im Zusammenhang und auch für geologische Aufschlußbohrungen entlang der gesamten Leitungstrasse waren zahlreiche Grundbenützung- und Flurschadensverhandlungen zu führen. Für das Projekt „Umgehungsleitung beim Zugangstollen 50“ wurden nach sehr langen und schwierigen Verhandlungen die erforderlichen Servituts- und Grundbenützungsverträge abgeschlossen. Diese waren auch Grundlage für die Erwirkung der wasserrechtlichen Bewilligung mit Bescheid des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 12. Juni 1990, Zl. 15.622/10-I 5/90, sowie der übrigen für dieses Projekt noch erforderlichen behördlichen Bewilligungen. Daneben ist dieses Projekt laufend privatrechtlich und öffentlich rechtlich zu betreuen. Für die Querungen der Hochquellenleitung mit der Autobahn wurden die erforderlichen Verfahren für drei weitere Projekte eingeleitet. Im Zuge der Sanierung der Abwasserbeseitigungsanlage der Filterbecken im Wientalwasserwerk wurde mit Bescheid des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 14. Dezember 1990, Zl. III/1—6.511/28—90, die wasserrechtliche Bewilligung und auch alle anderen erforderlichen behördlichen Bewilligungen für eine neue Schlamm-beseitigungsanlage erwirkt. Gleichzeitig wurde für dieses Projekt der Pachtvertrag mit der Wiental Sammelkanal GesmbH. abgeändert, so daß die Änderung eines weiteren Betriebspachtvertrages erforderlich wurde. Aufgrund des schleppenden Fortganges des wasserrechtlichen Verfahrens für die III. Wiener Wasserleitung wurden in mehreren Fällen die anhängigen Angelegenheiten urgirt. Außerdem wurde das Detailprojekt G — Betriebsvorschrift der Wasserrechtsbehörde zur Bewilligung vorgelegt. Weiters wurde für einen Garagenbau beim Betriebsgebäude in Moosbrunn die behördliche Bewilligung erwirkt. Im Rahmen des Projektes Pfannbauernquelle wurde zur Verbesserung der Betriebsführung der Ankauf von Grünflächen im Bereich der Stollenportale eingeleitet und über die geschäftseinteilungsmäßig zuständige MA 69 weiter betrieben. Für das Stollenportalgebäude Wetterin West wurden die Widmungsbewilligung und die baubehördliche Bewilligung von der Gemeinde Gußwerk erwirkt. Weiters wurden Schritte im Rahmen der anhängigen naturschutzbehördlichen und elektrizitätsrechtlichen Verfahren gesetzt.

1990 kam es zu rund 50 Wasserrohrgebrechen, bei denen Schadenersatzforderungen zu verzeichnen waren. Die Liquidation der Schadenersatzforderungen wurde jeweils im Einvernehmen mit der Wiener Städtischen Wechsel-



Eröffnung des Simmeringer Sommerbades

Foto: Landesbildstelle

Entüllung eines Trinkwasserbrunnens

Foto: Hutterer





Amtsführender Stadtrat für Wohnbau und Stadterneuerung Rudolf Edlinger belobigt beflissene Hausbesorgerinnen

Foto: Hutterer

Benennung einer Wohnhausanlage

Foto: Rohmoser



seitigen Versicherungsanstalt vorgenommen, wobei in einigen Fällen unberechtigte Forderungen auch zurückgewiesen werden mußten. Außerdem sind vermehrt Schadensforderungen zu behandeln, die auf Grund von Verunreinigungen an der Innenanlage nach Kontrahentenarbeiten oder wegen erhöhter Wassergebühren bei Gebrechen an der Innenanlage nach Wasserzählerauswechslungen an die Abteilung gerichtet werden. Rund 400 Schadensakte konnten im Zusammenhang mit Beschädigungen von Wasserleitungsanlagen abgeschlossen werden. Die teilweise anstandslos, anderenteils im Klagewege eingebrachten Beträge lagen bei rund 3,925.000 S. Es waren abermals auch Kostenersätze für beschädigte Wasserzähler vorzuschreiben, ferner fielen mehrere Berufungen gegen Kostenvorschreibungen an, die teilweise der Berufungsbehörde vorzulegen waren; auch Berichtigungen von Abgabenbescheiden waren mehrfach erforderlich. Auf Grund von Beanstandungen durch die Wasserleitungsaufsichtsorgane kam es zur Einleitung von etwa 30 Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretung des Wasserversorgungsgesetzes. Im Zusammenhang mit der Verwaltung des Grundbesitzes sowie der Sicherung des Bestandes und Betriebes aller Wasserleitungsanlagen war es erforderlich, rund 50 Bestands-, Gestattungs- und sonstige Verträge neu abzuschließen bzw. zu adaptieren. Weiters wurden einige bestehende Wasserlieferungsverträge überarbeitet und abgeändert. Außerdem mußten alle aus bestehenden Wasserlieferungsverträgen resultierenden Wasserpreise aufgrund der Wiener Wasserpreiserhöhung angehoben werden. Hiezu kam noch die Ausstellung von 135 Fischereilizenzen für den Wienerwaldsee samt Zuflüssen. Verschiedene behördliche Verfahren, bei denen die Stadt Wien als Partei betroffen war, wurden bearbeitet, wobei durch die Teilnahme an Verhandlungen und die Verfassung entsprechender Stellungnahmen die Interessen der Abteilung rechtlich vertreten wurden. Für die im Interesse der Stadt Wien gelegenen Vorhaben Fremder wurden Kostenzuschüsse durch die verfassungsmäßig zuständigen Organe der Stadt Wien auf Antrag der Abteilung genehmigt, und zwar für die Internationale Neuberger Kultanlage 9.000 S, für die Freiwillige Feuerwehr Kapellen/Mürz 4.500 S, für die Freiwillige Feuerwehr St. Ilgen 4.500 S, für die Freiwillige Feuerwehr Ternitz-Pottschach 4.500 S, für die Freiwillige Betriebsfeuerwehr Neupack-Hirschwang 20.000 S und für den Trachtenmusikverein Kapellen 2.500 S. 124 Fälle bezüglich der Gebarung mit Hafrückklässen wurden abgewickelt. Mehrere Grundtransaktionen wurden eingeleitet und abgeschlossen. Diese Grundtransaktionen hatten sowohl den Liegenschaftsankauf zur Erweiterung und Arrondierung der Quellschutzgebiete als auch den Abverkauf von Grundflächen, die aus betrieblichen Gründen nicht mehr erforderlich waren, zum Inhalt. Es mußten auch Grundabtretungen im Zuge des Ausbaues öffentlicher Straßen im Bereich der Anlagen der I. und II. Wiener Hochquellenleitung behandelt werden. Dabei wäre im besonderen der Abschluß eines Grundtauses über größere Liegenschaften an der II. Wiener Hochquellenleitung zu erwähnen, durch die die Zufahrt zu den Leitungsanlagen wesentlich verbessert und gesichert werden konnte. Auch sind die Instandsetzung älterer Anlagenteile und die Errichtung geplanter neuer Projekte nunmehr auf Stadt Wien eigenen Grundflächen wesentlich günstiger durchzuführen. Im Zusammenhang mit der Verwaltung des Liegenschaftsvermögens im Besitze der Abteilung ist auf Grund der Hauptfeststellung zum 1. Jänner 1988 betreffend die Einheitswerte des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens die Bearbeitung von Einheitswerterklärungen vor allem der Quellschutzgebiete noch anhängig. Gleichzeitig wurde die Neugestaltung der Grundsteuerevidenz der Liegenschaften der Abteilung fortgesetzt. Neben den sonstigen Rechtsbehelfen war die Aufarbeitung von 28 Lieferungen "Österreichisches Recht", von 23 Lieferungen des „Landesgesetzblattes für Niederösterreich“ und einer Lieferung der „Wiener Rechtsvorschriften“ erforderlich.

Stadtgartenamt

Die Tätigkeit des Stadtgartenamtes umfaßt die Erhaltung und Errichtung von öffentlichen Grünanlagen. Es ist bemüht, das Angebot an Naherholungsbereichen im Stadtgebiet durch die Schaffung neuer Grünflächen zu erweitern und durch die Verbesserung und Umgestaltung bestehender Anlagen attraktiver zu gestalten. Im Jahre 1990 wurden 2.460 öffentliche Gartenanlagen mit einer Gesamtfläche von 17,496.370 m², darunter 21 Lagerwiesen mit 896.281 m² und der „grüne Prater“ mit 6,143.984 m² gepflegt und erhalten. Ebenso wurden 249 Schulgärten mit 632.625 m², 13 öffentliche Grünflächen in Siedlungen mit 253.474 m², 243 Grünanlagen in Kindergärten und Horten mit 464.951 m², 15 Jugendspielflächen mit 82.250 m² sowie 4 Grünflächen in Kinderfreibädern mit 2.584 m² gärtnerisch betreut.

Die Sicherung und Erweiterung des Baumbestandes ist eine der vordringlichsten Aufgaben. An den 77.723 im Straßensbereich stockenden Bäumen wurden zur Verbesserung der Standortsituation verschiedene Maßnahmen durchgeführt. Ferner wurden neue Methoden erprobt, neue Produkte zur Verbesserung der Standortbedingungen geprüft, Baumpflanzungen durchgeführt, neue Alleen angelegt, bestehende Alleen durch Standortverbesserung saniert, der Oberboden ausgetauscht und Bewässerungsanlagen eingebaut.

Das Referat Planung erstellte Entwurfs-, Detail- und Bepflanzungspläne für öffentliche Grünanlagen, Kinderspielflächen, Erholungsflächen, Straßengrün und Wohnhausanlagen. Ferner wurde bei der Erstellung von Grünkonzepten für strukturverändernde städtebauliche Projekte mitgewirkt; dies erfolgte besonders im Hinblick auf die Schaffung von Grün- und Erholungsräumen, aber auch in bezug auf den Schutz und die Erholung von bestehenden Grün- und Erholungsräumen. Im Jahre 1990 waren dies unter anderem die Projekte „Donaukanal“, „Gürtel, West- und Süd-

einfahrt“, „Wiental“, „Liesingbereich“, „A 23-Verlängerung“ und der „Donauraum“. Schließlich wurde an der Erstellung von Bezirksentwicklungsplänen, im Zuge von Gebietsbetreuungen und beim Viertelkonzept Erdberg usw. mitgearbeitet.

Eine Reihe von Gartenanlagen wurde neu hergestellt, umgestaltet und instand gesetzt: Im 1. Bezirk wurde die Ringstraßensanierung im Bereich Börsegasse — Franz-Josefs-Kai durch standortverbessernde Maßnahmen für die Alleebäume fortgesetzt. Es wurde ein Bodenaustausch vorgenommen, Bewässerungsanlagen eingebaut, Baumsanierungen durchgeführt, Einfassungen instand gesetzt bzw. erneuert und Rasenflächen neu angelegt. Im 10. Bezirk wurde am Wienerberg das Straßenbegleitgrün fertiggestellt, Grünflächen im Bereich der Aufschließungsstraßen der Wohnhausanlagen ausgestattet sowie Sträucher, Bodendecker und Bäume gepflanzt.

Im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau U 3 und U 6 wurden folgende Grün- und Parkanlagen umgestaltet bzw. neu hergestellt: So wurden im Bereich Dr.-Karl-Lueger-Platz—Ring—Weißkirchnerstraße—Stadtpark die Grünflächen instand gesetzt und umgestaltet, wobei Bäume, Sträucher, Rosen und Bodendecker gepflanzt wurden. Im Bereich Volksgarten—Bellaria—Messeplatz wurden die Grünflächen bei den U-Bahn-Aufgängen hergestellt. Beim Bahnhof Erdberg wurden rund 30.000 m² Grünanlagen ausgestattet, am Kardinal-Nagl-Platz eine Parkanlage neugestaltet. Es sind Bereiche zur Kommunikation, ruhige Sitzbereiche sowie ein großzügiger Spielplatz vorgesehen. Nach der Errichtung des Entlastungskanals am rechten Donaukanalufer wurde mit der Ausgestaltung des Abschnittes 3. Bezirk, der Erdberger Lände des Leitprojektes Donaukanal, begonnen. Vorgesehen ist die Errichtung von Kinderspielplätzen, Sitzplätzen, Bewässerungsanlagen und einer entsprechenden Beleuchtung.

Im Rahmen der Dezentralisierung wurden aus Mitteln der Bezirke folgende Projekte durchgeführt bzw. begonnen: Auf der Jesuitenwiese im 2. Bezirk wurde mit der Erneuerung des Spielplatzes begonnen. Die Parkanlage auf dem Bacherplatz im 5. Bezirk wurde generell umgestaltet, die Spielplätze erweitert, neue Sitzplätze geschaffen sowie eine Hundezone erweitert und eingezäunt. Im Willy-Frank-Park wurde ein großer Kinderspielplatz errichtet (2. Bauteil). Im 6. Bezirk wurde im Fritz-Imhoff-Park ein Spielplatz entfernt und ein Ruheplatz ausgestattet, im 11. Bezirk der Hans-Paulus-Park aufgeschlossen und die Bepflanzung fertiggestellt. Im 12. Bezirk wurde in der Arndtstraße eine Parkanlage mit zentralem Sitzplatz und Kleinkinderspielplatz errichtet. In der Kleingartenanlage Schmelz im 15. Bezirk wurden die Durchgangswege gärtnerisch ausgestattet, wodurch für die Bewohner der angrenzenden, dichtverbauten Bezirksteile ein Naherholungsgebiet geschaffen werden konnte. Auf dem Lorenz-Bayer-Platz im 17. Bezirk wurde die Parkanlage generell umgestaltet (1. Bauabschnitt) und ein Jugendspielplatz angelegt. Im 20. Bezirk wurde in der Pappenheimgasse mit der Umgestaltung des Spielplatzes begonnen.

In den Bezirken wurden die Standortbedingungen von Alleebäumen verbessert, im Zuge der Errichtung von verkehrsberuhigten Zonen und Wohnstraßen sowie nach Straßenumbauten Grünflächen angelegt und Baumpflanzungen durchgeführt, so in 2, Ausstellungsstraße, 3, Fiakerplatz und Hainburgerstraße, 7, Kenyongasse, 10, Ettenreichgasse und am Wienerberg, in 13, Maxingasse und Speisinger Straße, 14, Hütteldorfer Straße, Goldschlagstraße, 15, Loeschenkohlstraße (Areal III), 16, Wilhelminenstraße, Julius-Meisl-Gasse, 17, Alzeile und Hernalser Hauptstraße (1. Bauteil), 19, Döblinger Hauptstraße, 20, Engerthstraße, 22, Schüttaustraße, 23, Vizianigasse und Rodauner Straße.

Von den Organen des amtlichen Pflanzenschutzdienstes wurden 2.890 Gartenbegehungen in den Klein-, Siedler- und Privatgärten vorgenommen. Zur Schulung der Gartenbesitzer wurden vier Vorträge, ein Lichtbildervortrag und drei Baumschnittkurse veranstaltet. Weitere Kurzinformationen wurden anlässlich des Besuches von 32 Fachberatertagungen und 22 Vereinsversammlungen bekanntgegeben. Auf Grund der Pflanzeneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 236/54, wurden 4.983 Sendungen, nach der phytosanitären Ausfuhrkontrolle 22.883 Sendungen und entsprechend den Verordnungen nach dem Qualitätsklassengesetz, BGBl. Nr. 161/1967, 5.772 Sendungen kontrolliert.

Bäder

Der Betriebsumfang der Abteilung umfaßte 1990 die Verwaltung von insgesamt 58 städtischen Bädern, und zwar von 5 Volksbädern, 10 Sauna- und Warmbädern (eines davon mit Sonnenbad), 12 Hallenbädern (davon 7 mit angeschlossener Sommerbad), 11 Sommerbädern und 20 Kinderfreibädern. Die Arbeit war 1990 gekennzeichnet von der kontinuierlichen Fortsetzung baulicher und betrieblicher Veränderungen sowie neuer Akzente für die künftigen Aufgabenbereiche durch die Bestellung eines neuen Abteilungsleiters (25. April 1990).

Die Bauarbeiten für den Zubau eines Sommerbades zum bestehenden Hallenbad Simmering wurden fristgerecht im Mai 1990 abgeschlossen, das Bad dem Betrieb übergeben. Ausständige Restarbeiten, wie die Errichtung eines Rutschturmes, einer Wasserrutsche, Modellierung des Geländes usw., werden im Rahmen der Bauarbeiten 1991 fristgerecht vor Saisonbeginn fertiggestellt werden. Im Hallenbad Floridsdorf wurden Baulichkeiten und Installationen instand gesetzt, im Theresienbad die elektrischen Anlagen erneuert, im Laaerbergbad die 1. Bauphase zur Sanierung der Dächer abgeschlossen, im Gänsehäufel Dächer, Gebäude und Installationen instand gesetzt, im Strandbad Stadlau ein Dusch- und WC-Objekt errichtet und in verschiedenen Kinderfreibädern diverse Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

In den Vorjahren begonnene Aktivitäten auf dem betrieblichen Sektor wurden 1991 fortgeführt, wie die Chlorkommission, Energieeinsparung, Schulung des Personals usw. Außer den üblichen Erste-Hilfe-Kursen fand im Frühjahr 1990 ein sicherheitstechnisches Seminar für alle Betriebsleiter, Betriebsbeamten, Maschinisten und Facharbeiter statt. Eine interne Weisung über den Umgang mit Chlorgas und chlorhaltigen Präparaten wurde in Zusammenarbeit mit den MA 15, 36 und 68, dem Arbeitsinspektorat und der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt erstellt. In weiteren fünf Bädern (Amalienbad, Hallen- und Sommerbad Döbling, Laaerbergbad, Kongressbad, Krapfenwaldbad) wurden Fernanzeigen für Chlorgehalt und pH-Wert der Beckenwasser eingebaut. Im Laaerbergbad wurde eine Chlorgasdosieranlage, im Penzinger Bad ein Schwimmbadcomputer, im Amalienbad eine Chlorgas- und pH-Wert-Regelung für die Kinderbecken, die Saunawarmbecken und die Schwimmbecken installiert, im Krapfenwaldbad die Filteranlage für die Edelstahlbecken saniert, im Hietzinger Bad Duschwassermengenbegrenzer eingebaut, womit der Brausewasserverbrauch auf unter 30 Liter/Badegast gesenkt werden konnte. In der Folge wurden alle sechs Bezirkshallenbäder mit diesen Durchflußmengenbegrenzern ausgestattet. Diese Aktion wird 1991 fortgesetzt. Schließlich wurde das Hietzinger Bad von bisher vollelektrischer Heizung auf Fernwärmeheizung umgestellt. Im Jahr 1990 wurden in allen städtischen Bädern insgesamt 2,217.069 m³ Wasser, 17.063 MWh Strom, 575.490 l Heizöl (dem entsprechen 6.508 MWh), 1,481.286 m³ Gas (dem entsprechen 14.811 MWh) und 120.600 kg Koks verbraucht. In der Saison 1990 besuchten die städtischen Bäder 4,635.165 Personen. Verglichen mit 1989 waren dies um 390.758 oder 9,2 Prozent mehr. Auf die Schwimmhallen entfielen 1,308.768 (28,2%), auf die Saunabäder 604.934 (13,1%), auf die Brausebäder 514.386 (11,1%), auf die Wannenbäder 49.171 (1,1%) und auf die Sonnenbäder 5.688 (0,1%) Besucher. In die Sommerbäder kamen 2,052.564 (44,3%) und in die Kinderfreibäder 99.654 (2,1%) Badegäste.

Mit der Bestellung des neuen Abteilungsleiters wurden für den künftigen Arbeitsbereich der Abteilung neue Akzente gesetzt: Es wurde ein 5-Jahres-Konzept für notwendige Erhaltungsmaßnahmen für sämtliche Wiener Bäder erstellt, eine strukturelle, organisatorische und personelle Neuordnung vorgenommen sowie korrekte und transparente Verwaltungsabläufe unter Einbeziehung zulässiger kommerzieller Überlegungen mit dem Ziel einer optimierten Einnahmen-/Ausgabenrechnung vorgegeben. Weiters wurde die künftige Bäderpolitik unter strikter Wahrung der kommunalen Aufgaben im Bereich des Bäderwesens festgelegt und eine wissenschaftliche Untersuchung gemeinsam mit der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation in Auftrag gegeben, um die Zielvorgaben der Bäderpolitik in den nächsten Jahren festhalten und als Diskussionsgrundlage der politischen Ebene vorlegen zu können. Die Untersuchung soll klare Zielvorgaben und praktikable Vorgangsweisen aufzeigen und Realisierungshorizonte nennen.

Wasserbau

1990 wurden die in den Gruppen Allgemeines und Wasserwirtschaftliche Planung enthaltenen Agenden in bezug auf die Erkundung, Sanierung, Absicherung und Nachsorge von Altlasten der neu geschaffenen Gruppe Altlasten zugeordnet. Im März wurde mit der Absicherung der Altlast Hasswelligasse im 21. Bezirk begonnen. Diese Altlast ist eine ehemalige Kiesgrube, die von den Wiener Stadtwerken-Gaswerken als Deponie für die Rückstände bei der Gasproduktion verwendet wurde und zu einer Kontamination des Grundwasserfeldes führte. Die Absicherungsmaßnahmen bestehen aus der Umschließung des kontaminierten Bereiches mittels einer Schmalwand im Großkammersystem, aus der Wasserhaltung mit Ableitung in den bestehenden Kanal und aus einer Horizontalabdichtung. Die Bauarbeiten wurden im Dezember abgeschlossen. Im Mai wurde mit dem zweiten Teil zur Absicherung der Altlast Wienerberg-West, der Verlängerung der Dichtwand zur Absicherung gegen Gasmigrationen, begonnen und im Juni fertiggestellt. Im Anschluß daran wurden die Vorbereitungsarbeiten zur baulichen Realisierung des dritten Bauteiles, Horizontalabdichtung, Sickerwasserfassung und Ableitung, Vertikalentgasung und Rekultivierung, soweit fertiggestellt, daß mit den Bauarbeiten im Jänner 1991 begonnen werden kann. Weiters wurde im Juni mit der Absicherung der Altlast Lackenjöchel im 22. Bezirk begonnen. Diese Altlast ist eine ehemalige Kiesgrube, die von der Stadt Wien als Hausmülldeponie verwendet wurde und zu einer Kontamination des Grundwasserfeldes führte. Die Absicherungsmaßnahmen bestehen aus der Umschließung des kontaminierten Bereiches mittels einer Schmalwand im Großkammersystem, der Wasserhaltung mit Ableitung in den bestehenden Kanal und der Errichtung eines Grundwasserausgleichsystems. Die Bauarbeiten werden Mitte 1991 abgeschlossen sein.

Am 3. Dezember 1990 wurde im 22. Bezirk mit den Altlastabbauarbeiten für die EXPO 95 begonnen. Der Abbaubereich ist durch die A 22 – Wagrainer Straße – UNO-City und die Zufahrt zur IAKW begrenzt. Die Arbeiten umfassen den Abbruch der Donauparkhalle und der Verwaltungs- und Betriebsgebäude, den Aushub von 630.000 m³ bzw. 965.000 t Bauschutt und Hausmüll sowie die Herstellung eines Rohplanums für die Errichtung eines Basisbauwerkes. Das Aushubmaterial wird mittels einer Vorsortierungsanlage nach Deponieklassen aufgetrennt und durch Einblasen eines Luft-Sauerstoffgemisches (Turbo-Buster-Verfahren) geruchsstabilisiert. Der erste Materialabtransport erfolgte am 17. Dezember 1990. Die Abbauarbeiten werden im Juli 1991 fertiggestellt sein.

Auf dem Sektor der Altlastenerkundung und Projektierung von Absicherungsmaßnahmen wurden zahlreiche Untersuchungen und Planungen durchgeführt. Auf der Altlast Bitterlichstraße—Löwygrube im 10. Bezirk wurde, nachdem hier durch Methangasbildungen Gefahr in Verzug gegeben war, ein umfangreiches Bohr- und Erkundungsprogramm durchgeführt. Die Ergebnisse zeigten, daß eine Absicherung der Altlast und eine Absiedlung der darauf befindlichen Kleingartenanlage unbedingt erforderlich sind. Mit den Planungsarbeiten wurde sofort begonnen, so daß Mitte 1991 die bauliche Realisierung durchgeführt werden kann. Die Detailuntersuchung der Altlast Rudolf-Zeller-Gasse im 23. Bezirk wurde im Juni 1990 begonnen. Bei dieser Altlast handelt es sich um eine alte Müllschüttung der Stadt Wien, die in den ehemaligen Sandsteinbrüchen angelegt worden ist.

Im Herbst 1990 wurde mit einem umfangreichen Bohrprogramm begonnen, das Ende 1990 abgeschlossen werden konnte. Im Frühjahr 1991 wird die erforderliche Gefährdungsabschätzung vorliegen, auf Grund der die weitere Vorgangsweise festgelegt werden wird.

Im Oktober 1990 wurde mit den Planungsarbeiten zur Absicherung der Altlast Spitzau im 22. Bezirk begonnen. Die Planung sieht eine Umschließung mittels Dichtwänden nach dem System Rautenweg und die Errichtung einer Umlagerungsfläche für Aushubmaterial von anderen in Sanierung befindlichen Altlasten vor. Im Zuge der Schüttung soll eine Geländemodellierung gemäß dem Landschaftsrahmenplan der MA 18 durchgeführt werden. Mit der baulichen Realisierung soll Anfang 1991 begonnen werden.

Die Untersuchungen und Projektierungen für die Absicherung der Altlast Donaupark-Bruckhausen sind weitestgehend abgeschlossen. Das Projekt sieht die Errichtung von Sperrbrunnen, eine Reinigung des Wassers in einem Schönungsteich (Iris See) und die Ableitung dieses Wassers in die Donau vor. Im Zuge der geplanten Neugestaltung eines Teilbereiches müssen und mußten geringfügige Adaptierungen durchgeführt werden. Das Projekt soll im Spätherbst 1991 ausgeführt werden. Neben diesen Projekten wurden weiters bei verschiedenen anderen Altlasten Erkundungsarbeiten wie Luftbildauswertungen, Aufschlußbohrungen, Grundwasseranalysen usw. und Vorarbeiten für die erforderlichen Projektierungen durchgeführt.

Die Erfassung der Verdachtsflächen im gesamten Stadtgebiet von Wien wurde weitergeführt und die Neuauflage einer Altlastenkarte vorbereitet. Im Zusammenhang mit dem Altlastensanierungsgesetz wurden 30 Verdachtsflächen an das Bundesministerium gemeldet, damit sie in den Altlastenkatalog aufgenommen werden.

Zwölf Projekte bzw. Planungsvorhaben wurden beim Wasserwirtschaftsfonds zur Förderung eingereicht, wovon bisher zehn Projekte positiv beurteilt wurden.

Im Bereich der Gruppe Amtssachverständige wurde neben der laufenden Arbeit, die unter anderem die Prüfung genehmigungsfähiger Projekte nach dem Wasserrechtsgesetz und die Kollaudierung wasserrechtlich genehmigter Anlagen beinhaltet, an 249 wasserrechtlichen, 222 gewerberechtlichen, 29 schiffahrtsrechtlichen und an 88 sonstigen Verhandlungen teilgenommen. Zusätzlich wurden 218 Ortsaugenscheine, Erhebungen bzw. Überprüfungen durchgeführt sowie 86 wasserbautechnische Stellungnahmen abgegeben.

Laut Schiffahrtsgesetz 1990, BGBl. Nr. 87, vom 14. Feber 1989 wurden vom Amtssachverständigen 14 Großschiffe, 352 Sportboote sowie 431 Mietboote überprüft. Außerdem wurden die Schiffahrtsanlagen, die zur Verheftung der Mietboote dienen, begutachtet.

Im Rahmen des Donauhochwasserschutzes wurden am rechten Donauufer die Bauarbeiten für den Rechten Donaudamm, Abschnitt 2 c+d-Innstraße bis DDSG, weitergeführt. Das Projekt, das die Ergebnisse des Wettbewerbes „Chancen für den Donaauraum“ berücksichtigt, sieht eine Vorschüttung in die Donau und die Errichtung einer Ufermauer im Bereich der Reichsbrücke vor und trägt damit der Bedeutung dieses Bereiches für die Schifffahrt Rechnung. Der Bereich des reinen Erddammes zwischen Innstraße und Haussteinstraße konnte bis auf straßenbauliche Restarbeiten fertiggestellt werden. Im 750 m langen Kaimauerbereich zwischen Haussteinstraße und DDSG-Gebäude wurden bereits mehr als ein Drittel der Gründungsbohrpfähle, der Bodenplatte und der aufgehenden Mauer errichtet. Planungsarbeiten bezogen sich auf die Ausführungsplanung und die Projektierung weiterer Abschnitte des Rechten Donaudammes. Am linken Donauufer konnten am Baulos 2 des Entlastungsgerinnes, das sich vom Einlaufbauwerk Langenzersdorf bis zum Wehr 1 über eine Länge von rund 12 km erstreckt, die Ausbauarbeiten zur Gänze abgeschlossen werden. Beim Baulos 1 wurden die Restarbeiten im Bereich stromauf des Wehres 1 fertiggestellt. Im Bereich stromab der Steinspornbrücke wurden die im Zuge der zweiten Ausbaustufe vorgesehenen Böschungsadaptierungen durchgeführt und zum größten Teil fertiggestellt. Die Arbeiten am Steg über den Toten Grund wurden abgeschlossen. Die für die Ruder- und Kanu-Weltmeisterschaft notwendigen Einrichtungen wurden fertiggestellt und bei Proberegatten getestet.

Planungsarbeiten betrafen den weiteren Ausbau des Donauhochwasserschutzes im Bereich der Lobau, die Bestandsdokumentation und die Erarbeitung von Betriebsordnungen. Die Erhaltung der fertiggestellten Teile der Neuen Donau und der Donauinsel erforderte neben einer Vielzahl von kleineren Arbeiten das mehrmalige Mähen von 160 ha Uferböschungen und die Reinigung von 36 km Badestränden. Ein Teil der Erhaltungsarbeiten umfaßte auch die fertiggestellten Teile des Rechten Donaudammes, insbesondere auch den durch Osttouristen stark frequentierten Busparkplatz stromab der Ostbahnbrücke. Mit dem Mähboot der Stadt Wien wurde, wie in den vergangenen Jahren, der Unterwasseraufwuchs sowohl im Bereich des Südtails der Neuen Donau auf einer Fläche von rund 100 ha als auch im Bereich der Alten Donau (10 ha) fachgerecht zurückgeschnitten. Insgesamt wurden 10.000 m³ Wasser-

pflanzen entfernt. Zur Flächenreinigung und Entleerung von Müllbehältern wurde der 1988 angeschaffte „Inselstaubsauger“ erfolgreich eingesetzt.

Auf dem Gebiet der Gewässeraufsicht wurden neben der laufenden Arbeit unter anderem Anzeigen hinsichtlich der Gewässergefährdung nach 58 Schadstoff- bzw. Ölunfällen überprüft. Im Hinblick auf die komplizierten Sanierungsmaßnahmen war in 53 Fällen der Einsatz der Amtssachverständigen vonnöten. Weiters erfolgte die Teilnahme an insgesamt 23 wasserrechtlichen, 465 gewerberechtlichen (davon 253 Nachüberprüfungen), 13 baubehördlichen sowie an 78 sonstigen Verhandlungen bzw. Besprechungen. Überdies wurden 1.272 Erhebungen und Überprüfungen durchgeführt, 157 Senkgruben, 197 Kläranlagen und 9 Benzinabscheider durch Augenschein auf ihren Zustand überprüft. Im Kleinlabor der Abteilung wurden 55 Wasserproben, die Kläranlagen entnommen worden sind, untersucht und ausgewertet. Konnten Mißstände festgestellt werden, erfolgte die Einleitung der erforderlichen Maßnahmen. Ferner fanden 166 Kontrollen an Schottergruben und Planien statt. Im gleichen Zeitraum mußten 122 Brunnen hinsichtlich ihres Zustandes und der Einhaltung des wasserrechtlichen Konsens und in 165 Fällen Feuerlöschbrunnen überprüft werden. Im Zuge der Altlasterbehebungen wurden weitere 22 6"-Sonden abgeteuft und 189 Wasserproben entnommen und der MA 15, Institut für Umweltmedizin, zur Überprüfung übergeben. 14 Fließgewässer und stehende Gewässer wurden einer turnusweisen Überprüfung unterzogen. Es wurde in drei Fällen Fischsterben anher gemeldet, 13 Strafanzeigen wurden erstattet und sechs Strafen verhängt. Im Einzugsgebiet des Liesingbaches wurden zahlreiche Betriebsanlagen auf grundwasser- und niederschlagswassergefährdende Produkte und Lagerungen untersucht. Die Ausbreitung der Borverunreinigung, die vom Betriebsgelände der Cheka HandelsgesmbH in 22, Gotramgasse 11, ihren Ausgang nahm, wurde in zweimonatigen Abständen weiterhin beobachtet. In diesem Zusammenhang wurden 294 Wasserproben gezogen. Zur Feststellung der Ausbreitung von chlorierten Kohlenwasserstoffen (ClKW) im Untergrund wurden insgesamt 176 Bodenluftmessungen durchgeführt. In den Gebieten 10, Absberggasse, und 16, Herbststraße, in denen man ClKW im Grundwasser feststellte, wurden weitere Sonden niedergebracht, um die Stelle, an der die Verunreinigung erfolgte, zu lokalisieren. In der Umgebung einer Brauerei in Ottakring wurden erhöhte ClKW-Werte festgestellt. Es wurden aus den Brunnen der Umgebung sowie aus den bereits vorhandenen U-Bahn- und HBW-Sonden Wasserproben gezogen. Für die Verunreinigung mit ClKW im Bereich 2, Handelskai 385, wurde von einem Zivilingenieurbüro ein Sanierungsprojekt vorgelegt. Als erste Maßnahme sind derzeit Bodenluftabsaugungen im Gange. Die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verunreinigung des Bodens im Ortskern von Aspern konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Am Handelskai im 20. Bezirk wurden im Bereich der Brigittenauer Brücke erhöhte Chlorwerte im Grundwasser festgestellt. Es wurden aus vorhandenen Brunnen sowie neu errichteten Sonden weitere Proben gezogen, um die Ursache der Kontamination festzustellen. Bei einer Mineralölfirma in 22, Breitenleer Straße, wurden neben einer vorhandenen Altlast Verunreinigungen durch leichtflüchtige Kohlenwasserstoffe festgestellt. Ein Projekt zur Sanierung wurde ausgearbeitet und mit den Sofortmaßnahmen begonnen.

Die Gruppe Hydrologie hat im Rahmen des Hydrographiegesetzes rund 160 Grundwasser-, Oberflächenwasser- und meteorologische Meßstationen beobachtet und entsprechend den Richtlinien ausgewertet. An den Hauptgerinnen Wiens (ausgenommen die Donau) erfolgten die Durchführung und Auswertung zahlreicher Durchflußmessungen. Das gesamte Meßnetz umfaßte rund 1.100 Grundwassermeßstellen, 35 meteorologische Meßstellen und 25 Pegel an Oberflächengewässern. Die Grundwassertemperaturmessungen wurden weitergeführt, die Ausrüstung mehrerer meteorologischer Meßstellen mit Datensammlern wurde begonnen bzw. weitergeführt. Fortgesetzt wurden weiters die Wasserqualitätsuntersuchungen an der Neuen Donau sowie das qualitative bzw. quantitative Beweissicherungsprogramm zur Dotation der Lobau. Eine Arbeit über die Bodenaufschlüsse im Prater wurde fertiggestellt und die Revitalisierungsuntersuchung für dieses Gebiet weitergeführt. Ebenso wurden die Wasser- und Schlammuntersuchungen an der Neuen Donau im Hinblick auf ein Kraftwerk Freudenau durch die Akademie der Wissenschaften fortgesetzt. Für die Neue Donau wurde die Wasserbilanz simuliert und die Beeinflussung des Nährstoffgehaltes und der Badwasserqualität durch das Hochwasser 1990 dokumentiert. Eine hydrographische Darstellung Donau — Alte Donau — Neue Donau konnte in Auftrag gegeben werden.

Die Gruppe Schutzwasserbau-Neubau war mit Planungsarbeiten, der Verbesserung des Hochwasserschutzes, Maßnahmen zur Landschaftsgestaltung und vielfältigen Baumaßnahmen hinsichtlich der Bäche und Gerinne befaßt. Die Verbesserung der Abflußverhältnisse im Reumanngerinne im 19. Bezirk wurde durchgeführt und abgeschlossen. Hierbei wurden mehrere Einlaufschächte hergestellt und die bestehende Verrohrung abschnittsweise erneuert. Die landschaftsgerechte Gestaltung eines Abschnittes am linken Ufer der unteren Alten Donau südlich der Großen Buchtstraße konnte ebenfalls fertiggestellt werden. Die angestrebten naturnah gestalteten Uferzonen mit Erholungsfunktion werden durch bepflanzte Flachwasserzonen und darauf abgestimmte Holzkonstruktionen zur Freizeitnutzung (Terrassen, Stege, Schwimmflöße) erreicht. Nach Abschluß der Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes der Liesing mit integrierter Landschaftsgestaltung (Hochwasserrückhalteanlagen) soll ein Grundsatzkonzept zur Revitalisierung des gesamten Bachlaufes im Sinne des Stadtentwicklungsplanes erstellt werden. Dessen Ziel, einen naturnahen Zustand der Liesing unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse des Hochwasserschutzes zu erreichen, soll auf drei parallelen Wegen verwirklicht werden, und zwar durch Verbesserung der Wassergüte, durch ökologisch wirksame, kleinräumige Maßnahmen sowie durch großräumig naturnahe Umgestal-

tung des Baches und des Talraumes. Die Beauftragung eines kompetenten Planungsteams wurde in die Wege geleitet. Für die bereits fertiggestellte Regulierung der Schwechat im Unterlauf („Bauabschnitt Wien“) wurde die Herstellung der Grundbuchordnung weitergeführt. Die Detailprojektierung für das Vorhaben „Dotation der Lobau“, das eine Grundwasseranreicherung der Lobau über das bestehende Altarmsystem der Donau mit Uferfiltrat aus der Neuen Donau vorsieht, wurde fortgesetzt. In diesem Zusammenhang sind die Errichtung bzw. der Umbau von Stauhaltungen sowie die Aktivierung von Altarmen in der Lobau geplant. Da die Umsetzung des Projektes schrittweise und zunächst über einen wasserwirtschaftlichen Versuch erfolgen soll, war vorerst nach Erstellung eines diesbezüglichen Projektes die hydrologische und ökologische Begleitbearbeitung weiterzuführen. Die Fertigstellung des zweiten Abschnittes der Überleitung Neue Donau — Alte Donau mit Unterquerung des linken Donausammelkanals wurde ausgeschrieben und steht vor dem Baubeginn.

Der Arbeitsbereich der Gruppe Schutzwasserbau — Erhaltung umfaßt Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an Bächen und Gerinnen in Wien, insbesondere am Liesingbach und am Wienfluß. In Zusammenarbeit mit den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetrieben wurde die Sanierung der Witterungsschäden an der Trennmauer Wienfluß — U 4 im Bereich flußab der Pilgrambrücke weitergeführt. Die Arbeiten konnten mit Erreichen der Station Kettenbrückengasse abgeschlossen werden. Mit dem neuen Bauabschnitt zwischen der Zufferbrücke und der U-Bahn Station Unter St. Veit wurde begonnen. Die Sanierungsarbeiten an der Wienfluß-Trennmauer und den Wehren in Hadersdorf wurden weitergeführt. Die Abdichtungsarbeiten an der Mauerkrone konnten arbeitsmäßig größtenteils fertiggestellt werden. Die Regulierungsarbeiten am Halterbach im Bereich Bujattigasse wurden mit den Begrünungsarbeiten abgeschlossen. Für den Bereich des Rosenbaches, flußab des Dehneparks bis zur Mündung in den Kanal der MA 30, der Schäden aufweist und bereits in Abschnitten die Böschung zur Dehnegasse gefährdet, wurde mit den Sanierungsarbeiten begonnen. Die Detailprojektierung zur Herstellung von naturnahen Rückhaltebecken unter Ausnutzung natürlicher Geländemulden und eines bestehenden Dammes im Oberlauf des Kräuterbaches wurde weitergeführt. Durch die Prüfung einer Variante auf Grund notwendig gewordenen Baugrunduntersuchungen und infolge erforderlicher Verhandlungen mit Anrainern kam es zu Unterbrechungen der Planungen. Am Colinweg, der bei Niederschlägen das Wasser aus den angrenzenden Weingärten abführt und dem Hackhofergerinne zuführt, konnten die Ausbauarbeiten zu einem Trockengerinne abgeschlossen werden. An den Sickerteichen „Laimergrube“ und „Krottenhofgasse“ wurde die Grundwasserbeweissicherung weitergeführt, die Begrünungs- und Baumschnittarbeiten konnten fertiggestellt werden. Am Mühlwasser wurden an einigen neu in Verwaltung genommenen Grundstücksflächen flußauf des Biberhaufenweges Bepflanzungsarbeiten durchgeführt, um der Bevölkerung eine optimale Freizeitnutzung dieser Uferflächen zu ermöglichen. Die naturnahe Teilregulierung der „Dürren Liesing“ im Bereich Pfitznergasse wurde fertiggestellt. Mit den Sanierungsarbeiten an der Uferstützmauer am linken Ufer der „Dürren Liesing“ entlang der Kaltenleutgebner Straße wurde begonnen. Nach Klärung der Grundstücksangelegenheiten und des Grenzverlaufes konnte im Spätherbst 1990 mit den Bauarbeiten zur Sanierung des Asenbauergrabens im 23. Bezirk, Mauer, begonnen werden.

Von den kleineren wasserbaulichen Arbeiten und Projektierungen sind die Fortsetzung der Arbeiten an der Gewässerkartei für Wien, die Fertigstellung des Modellversuches „Sohlschwellen in der Liesing“ und der Beginn der Auswertung des Modellversuches in einem Detailprojekt erwähnenswert. Als unvorhergesehene Arbeiten wurden eine naturnahe Variante zum Projekt 1986, die den Wlassakgraben betrifft, Planungsarbeiten für einen Gefahrenzonenplan am Gütenbach und das erweiterte Projekt für den Hammerschmiedgraben durchgeführt.

Die Gruppe wasserwirtschaftliche Planung konnte im Jahre 1990 eine Reihe von wasserwirtschaftlichen Planungen und Untersuchungen durchführen. Der Schwerpunkt lag auf dem Sektor Wassergütwirtschaft. So wurde die Erstellung eines Operates zur Erwirkung einer wasserwirtschaftlichen Rahmenverfügung zum Schutz tertiärer Grundwässer abgeschlossen, ein Projekt zur Errichtung eines Immissionsmeßnetzes an den Fließgewässern in Wien erstellt und die Arbeiten am Projekt WA 1c (Grundwasserbewirtschaftungsplan-Evidenz der Daten) fortgesetzt. Mit der Erstellung eines Emissionskatasters an den Fließgewässern (Kleinkläranlagen) konnte begonnen, die Erstellung einer Systemanalyse/Grundsatzstudie zur Einrichtung eines wasserwirtschaftlichen Datenbanksystems vorbereitet und mit einer Dambruchstudie und Flutwellenuntersuchung im Zusammenwirken mit der MA 31 angefangen werden. Dieses Projekt wird in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft erstellt und soll im Jahre 1991 abgeschlossen werden. Untersuchungen am Regenwasserkanal in 23, Industriegasse, über die Abflußmenge und -qualität mittels automatisch registrierender Meßstation wurden fortgeführt. Am Liesingbach und bei einigen Regenwasserkanälen wurde eine weitere automatisch arbeitende Gütemeßstation eingesetzt. Die Untersuchungen am Zwillingsee zur Reduktion der Phosphatbelastung wurden mit Unterstützung der MA 22 fortgeführt. Wie bereits in den vergangenen Jahren wurde in diversen Arbeitskreisen wie z. B. im ÖWWV-Arbeitsausschuß „Erdwärmenutzung“, Planung Wiental, Planung Abwasserentsorgung Liesingbach usw. mitgearbeitet.

Stadtreinigung und Fuhrpark

Die Abteilung ist in Stabsstellen und Betriebsabteilungen gegliedert. Die Stabsstellen werden als Referate bezeichnet und sind formell dem Abteilungsleiter zugeordnet. Die Referate sind zum Teil für zentrale Aufgaben (z. B.

Budget), zum Teil als Konsulenten für Betriebsabteilungen (z. B. Planungen) tätig. Der Abteilungsleiter und sein Büro erledigt neben den üblichen Leitungs- und Koordinierungsaufgaben auch konkrete Arbeiten zur Planung und Öffentlichkeitsarbeit. Ferner werden die Anwesenheitsevidenz leitender Mitarbeiter, die Stichwortevizenz zu den Protokollen der Leiterbesprechungen und Direktionssitzungen, die Adreßdatei über Opinionleader, Fachleute, Firmen, potentielle Kongreßteilnehmer, Fachvereinigungen und deren Mitglieder, Wettbewerbsteilnehmer und Interessenten sowie die Büroleistungen für nationale und internationale Kontakte besorgt. Durch Aufstockung des Führungspersonals und Intensivierung aller traditionellen Aufgabenbereiche sind sämtliche Tätigkeiten der Kanzlei in einem Ausmaß angewachsen, daß eine Personalvermehrung unumgänglich geworden ist. Sowohl die Bearbeitung des Postein- und auslaufes, hinzu kommen immer wieder anfallende Großaussendungen, als auch die Protokolltätigkeiten sind nicht nur umfangreicher, sondern auch durch die laufenden Kontaktaufnahmen mit Institutionen im In- und Ausland effizienter, schwieriger und auch zeitaufwendiger geworden. Die Büromaterial- und Zubehörbestellungen haben nicht nur bedarfsmäßig, sondern auch in spezifischer Hinsicht eine Steigerung erfahren. Erwähnenswert ist, daß über Ersuchen an die MA 54 erreicht wurde, daß bereits überwiegend umweltfreundliche Materialien angeliefert werden. Die Betreuung des Amtshauses und die dazugehörigen laufend anfallenden Reparaturveranlassungen und notwendigen Neuanschaffungen von Inventargegenständen ergaben einen hohen Arbeitsaufwand. Auf EDV-gerechte Arbeitsplätze wurde Bedacht genommen und Terminaltische, Konzeptionstische und Schwenkarme zur leichteren Bedienung der Geräte durch zwei Bedienstete und gleichzeitige Arbeitsplatzenerweiterung, Tischlampen zur besseren Arbeitsplatzausleuchtung sowie Pin- und Wandtafeln zur freundlicheren Vormerkungsmöglichkeit angekauft. Zahlreiche elektronische Schreibmaschinen und einige Rechenmaschinen wurden als Austausch für funktionsuntüchtige Maschinen nachgeschafft. Der in Verwendung stehende Großkopierer mit Sorter und Heftmöglichkeit, der als erstes Gerät der Stadt Wien nur mit Recyclingpapier beschickt wird, bewährt sich bestens und ist zu einem wesentlichen Hilfsfaktor für die Bewältigung des weiter gestiegenen Anfalls von Vervielfältigungsmaterial geworden. Anstatt der vorhandenen Offset-Maschine, die skartiert werden mußte, wurde ein Copy-Printer, eine Kombination traditioneller Vervielfältigung und moderner Digitaltechnik, angekauft. Neben Vorteilen, wie leichte Bedienbarkeit, hohe Druckgeschwindigkeit und geringe Servicekosten, ist besonders zu beachten, daß mit Recyclingpapier gearbeitet werden kann und keine Chemie und umweltschädigenden Materialien mehr verwendet werden müssen. Für die Einsammlung des getrennten Mülls aus den Amträumen wurde unter Berücksichtigung des Platzmangels die Anfertigung von Entsorgungswagen (mit zwei Müllsäcken) in eigener Werkstätte veranlaßt und die Einholung damit wesentlich erleichtert. Zur Unterstützung und Verbesserung der Reinigungsleistungen wurden kleine Materialwagen mit Säcken und sämtliche erforderlichen Reinigungsgeräte und Utensilien angekauft. Zahlreiche Fachliteratur (Bücher, Broschüren, Leitfäden, Normen usw.) wurde besorgt bzw. auf den neuesten Stand gebracht.

Neben der laufenden Betreuung der Projekte Materialwirtschaft, Auftragsabrechnung und Fakturierung, KFZ-Verwaltung und Personalwesen sowie der abteilungsinternen Betreuung und Schulung auf PC und IBS wurden im Referat Budget und Datenverarbeitung die Leistungszulagen im Bereich der Hoheitsverwaltung und der Garagen per 1. Jänner 1991 (Fach-Hilfsarbeiter) umgestellt, die Detailorganisation und Implementierung der neuen Datenbank (PROGRESS) für die Systemmüllabfuhr, Automatisierung der Microverfilmung durchgeführt, beim Detailkonzept für den geplanten Datenfunk und der Ausschreibungsunterlagen im Bereich der KFZ-Abschleppung mitgewirkt, weitere PC — IBS — Laserdrucker in den Referaten der Zentrale, Abfallbehandlungsanlage, Deponie Rautenweg und KFZ-Abschleppgruppe eingesetzt, die VAX-Applikation um eine VAX 3400- und eine VAX 3100-Station (für die graphische Datenverarbeitung, GIS) erweitert, die alte Olivetti-Konfiguration abgebaut und diese Tätigkeit auf VAX und PC umgestellt.

Für die Abteilungsleitung und einzelne Dienststellen sind laufend Statistiken und interne Kostenrechnungen zu erstellen, wie z. B. über den Treibstoffverbrauch pro Fahrzeug, Fahrzeuggruppe und Kilometer, die Kilometerleistung der einzelnen Fahrzeuggruppen, den Wasserverbrauch von Waschmaschinen, die Sondereinsätze von Fahrzeugen, ferner Detailauswertungen vom Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge der Stadt Wien sowie eine Kostenaufstellung über einzelne Fahrzeuge oder Fahrzeuggruppen durchzuführen.

Das Vergabereferat ist die kaufmännische Schaltstelle der Abteilung und unterstützt alle internen Aktivitäten. Öffentliche Ausschreibungen und Preiserhebungen zeigen, wie rasch sich der Markt verändert. Als besonderes Beispiel wird die Entwicklung am Treibstoffsektor angeführt. Die Erhebungsintervalle mußten von vierzehntägig auf wöchentlich verkürzt werden. Durch die weltpolitische Entwicklung sind nunmehr Bestellungen zu Tagespreisen erforderlich. Trotz Lieferschwierigkeiten und Kontingentierungen war die Treibstoffversorgung der Stadt Wien immer gesichert. Durch das Betreiben einer intensiven Marktforschung (Suche neuer Bezugsquellen und das Ansprechen eines größtmöglichen Bieterkreises) werden immer wieder neue und kostengünstigere Alternativen gefunden. Die Reifenpreise konnten z. B. seit dem Jahre 1975 auf annähernd gleichem Preisniveau gehalten werden. Die Aktualisierung von Katalogen, Prospekten, Preislisten sowie stetige Preisvergleiche stellten hierbei einen wichtigen Aufgabenbereich dar. Nachbauersatzteile für KFZ werden grundsätzlich nur in Erstausrüsterqualität mit einem Preisvorteil von rund 30 Prozent gegenüber Originalersatzteilen gekauft.

1990 wurden 37 Ausschreibungen teils öffentlich, teils beschränkt durchgeführt. Für den gesamten Magistrat wurde die winterliche Gehsteigbetreuung ausgeschrieben, für die MA 43 die winterliche Friedhofsbetreuung, die Fuhrwerksleistungen für die MA 30 usw. Neben den üblichen Transportleistungen wie Autowrackabschleppungen, Abschleppungen von PKW, Sondereinsätzen, wurden Schwerpunkte bei den Schlackentransporten, Autobusabschleppungen und der Betreuung der Busparkplätze gesetzt. Die Ausschreibungen für die getrennte Sammlung von Altpapier oder Textilsammelsäcken sind schon Routine. Besonderes Augenmerk wurde den Müllgefäßen, Müllpressen und Gefäßständern geschenkt. Für die Straßenreinigung wurden die Fahrzeuge für Verkehrsflächenreinigung und Schneeabfuhr, Container, Materialien und Werkzeuge, Splitt und Streumittel ausgeschrieben. Insgesamt wurden 3.145 Bestellungen für Lagerwaren getätigt, und zwar hauptsächlich für KFZ-Ersatzteile, Reifen, Schneeketten, Treibstoffe und Schmiermittel, Frostschutz, Batterien usw. Es wurden Preisvergleiche angestellt, die Leistungen und Lieferungen kontrolliert und die Rechnungen geprüft. Schwerpunkt beim Verkauf ist die Suche nach Abnehmern von Altstoffen, da es sich bei den meisten Produkten und insbesondere bei Altstoffen um einen schwierigen Markt handelt. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich bei der Altpapierabnahme, da die Papierindustrie einen sogenannten Entsorgungsbeitrag verlangt und bei kleineren Kommunen bereits erhält. Im Mistzelt der Abteilung wird eine zentrale Produktvermarktung durchgeführt, d. h. Altstoffe, wie Autobatterien, Aludosen, Energiehackgut, PE-Folien, Kompost, Styropor, Haushaltsschrott, Wellpappeabfälle, Kühlschränke usw., werden an die jeweiligen Höchstbieter verkauft und darüber aktuelle Preislisten erstellt. Gemeinsam mit der Betriebsabteilung III — Technik werden dreimal jährlich Fahrzeuge sowie Maschinen und Geräte skartiert. Um den Verkauf zu fördern, wurde eine Interessentenkartei aufgebaut, die 550 Abnehmer sowie 200 Gemeinden und 100 Fachbetriebe umfaßt. Im Rahmen der Preisprüfungskommission wurden insgesamt 101 Freihandvergaben und Nachtragsangebote auf Preisangemessenheit geprüft.

Das Baureferat hat 48 Objekte der Abteilung und 462 Objekte, die auf Liegenschaften der Abteilungen MA 28, MA 42, MA 45, MA 52, MA 59, Verkehrsbetriebe, E-Werke, Genossenschaften, Wasserstraßendirektion, ÖBB und Privaten errichtet sind, verwaltet. Ferner waren Übereinkommen zur Bildung von Verträgen zwischen Stadt Wien und Vertragspartnern auszuarbeiten. Weiters wurden für 142 städtische Objekte sowie für Straßenpflege-depots, Müllauflegerunterkünfte, Lagerplätze, die Abfallbehandlungsanlage usw. die Mietzinse verwaltet.

Erhaltungsarbeiten für die Betriebsabteilung — Technik bestanden darin, daß im Amtshaus der Aufzug saniert, die Fenster in der Portierloge getauscht, die Heizung im Keller umgebaut, ein Geräteraum beim Funkraum errichtet, der Teppich im Funkraum erneuert und Malerarbeiten in den Büroräumen durchgeführt wurden. In der Hauptwerkstätte 17 wurde die Portierloge saniert, die Benzin- und Ölabscheideanlage beim Motorwaschplatz erneuert, ein Sammelbecken zum Auffangen der Waschlauge bzw. Waschsubstanzen von Motorteilewaschmaschinen eingebaut sowie ein E-Rolltor bei Halle 19 eingebaut und das Flugdach bei der Reifenanlage verlängert. In der Hauptwerkstätte 19 wurde das Werkstättendach saniert, die Brandschutztür in der Schmiede und Plastikvorhänge in den Werkstätten eingebaut sowie der Stiegenaufgang erneuert. In der Garage 5 wurde die Gasleitung erneuert, der Warmwasserkessel ausgetauscht, die Lüftung im Batterieraum eingebaut, bei der Hof-Einfriedung ein 2facher Stacheldraht montiert, die Damenbrause saniert, der Brandschutzanstrich an der Untersicht der Hallendächer erneuert, Maler- und Anstreicherarbeiten in den Garagenhallen durchgeführt und Benzin- und Ölabscheider bei Waschplatz, Waschbox und Werkstätte wurden eingebaut. In der Garage 17 wurden Benzin- und Ölabscheider beim Waschplatz und Rigolen bei der Tankstelle eingebaut, das Blechdach der Garagenhalle saniert, die Wasserleitung in der Garagenhalle erneuert, zwei weitere Rolltore in den Werkstätten eingebaut und ein neues Betriebsgebäude (1. Baurate) errichtet. In der Garage 20 wurde die Portierloge saniert und der Warmwasserkessel erneuert. In der KFZ-Verwahrstelle wurde die überlastete E-Versorgung verstärkt, die Küche generalsaniert, die Heizanlage optimiert und ein WC-Container für das Fahrpersonal errichtet.

Die Erhaltungsarbeiten für die Betriebsabteilung — Müllbeseitigung bestanden darin, daß in der Müllgefäßreparaturwerkstätte in 20, Traisengasse 8, die Fassade (Seite zum Mortaraplatz) renoviert und in der Werkstatt vier pneumatisch gesteuerte Lichtkuppeln eingebaut wurden. In der Abfallbehandlungsanlage wurden Fundamente für die Müll- und Kompostanlage und eine Stiegenanlage beim Brunnen II errichtet, Fundamente sowie Stahlkonstruktion der Ballenpresse umgebaut, eine provisorische Zementmischanlage errichtet, die Nutzwasserleitung ausgebaut, die Andreaskreuz der Dachkonstruktion saniert und zwei Rolltore eingebaut. In der Erhaltung der Abteilung standen 48 Müllauflegerunterkünfte, wobei die Unterkünfte in 3, Keilgasse 1–5, 3, Marxergasse 12, 3, Markhofgasse 12–18, 5, Rechte Wienzeile 71, 7, Bernardgasse 38, 12, Meidlinger Hauptstraße 8–10, 14, Linzer Straße 22–24, 14, Hütteldorfer Straße 252, und in 18, Alseggerstraße 45–49, saniert wurden. Für die Aufstellung von Problemstoffsammlern in den Bezirken 4, 11, 16 und 23 wurden Fundamente errichtet.

Die Erhaltungsarbeiten für die Betriebsabteilung — Straßenreinigung bestanden darin, daß in einigen Straßenpflege-depots Sanierungs- und Umbauarbeiten durchgeführt wurden.

In Wien standen 231 öffentliche Bedürfnisanstalten, 27 Pissoire und 55 Trockenaborte der Öffentlichkeit zur Verfügung. Die fahrbaren Toilettenanhänger waren insgesamt an 145 Tagen eingesetzt. 1990 wurden 5 öffentliche Bedürfnisanstalten errichtet, und zwar in 2, Hafenzufahrtsstraße (Busparkplatz), 14, Am Wolfersberg (Lagerwiese), 16, Ludo-Hartmann-Platz, 22, Neue Donau Anlage 8A und 30C, einschließlich 4 Behindertenkabinen. Die Be-

dürfnisanstalten in 6, Esterhazypark, und 11, Simmeringer Hauptstraße, wurden saniert und zwei Behindertenkabinen eingebaut. Am LKW-Parkplatz (Freudenauer Hafenstraße) wurde ein angekaufter Sanitärcontainer, am Busparkplatz (Hafenzufahrtsstraße) ein WC-Container aufgestellt. Für die Bus- und LKW-Parkplätze Handelskai, Hafenzufahrtsstraße und Freudenauer Hafenstraße wurden rund 1000 m Strom- und Wasserleitungen sowie etwa 350 m Kanal verlegt. Weiters wurde mit der Generalsanierung der Markt-WC-Anlagen in 6, Linke Wienzeile ggü. 38, und 12, Meidlinger Markt, begonnen. Von der MA 38 wurde die sanierte, mit Behindertenkabine und Wickelraum ausgestattete öffentliche Bedürfnisanstalt in 1, Stephansplatz, wieder übernommen. Zahlreiche Schäden von Vandalen mußten gleichfalls behoben werden. Für die Anbringung und Aufstellung von 2 Rasierautomaten, 17 Personenwaagen und 90 Gummischutzmittelautomaten in öffentlichen Bedürfnisanstalten wurden Verträge abgeschlossen.

Neubenannt und umbenannt wurden 20 Straßen und Plätze, wofür 74 Tafeln benötigt wurden. Es wurden 601 Straßenbenennungstafeln, 17 Hinweistafeln und 1 Orientierungsnummertafel geliefert und montiert. An 1.078 Straßen, Gassen, Plätzen wurden 14.160 Reparaturen durchgeführt und 964 Stück Straßenbenennungstafeln gereinigt. Über Auftrag der MA 7-Altstadterhaltung wurden im 1. Bezirk 86 Straßenbenennungstafeln auf historisch nachgebildete ausgetauscht und ergänzt.

Als Sofortmaßnahme wurden die Busparkplätze Babenbergerstraße, Lothringerstraße und Morzinplatz kurzfristig geschaffen. Es wurden Schrankenanlagen, Stromanschlüsse und Container für das Parkplatzpersonal aufgestellt.

Die im Jahre 1989 erarbeiteten Lösungsansätze des Abfallwirtschaftskonzeptes hat das Planungsreferat kritisch überprüft und die daraus resultierenden Ergebnisse der Realisierung zugeführt. Die Biotonne wurde im westlichen Grüngelände der Stadt probeweise für etwa 80.000 Einwohner parallel zur bestehenden Altstoffsammlung eingeführt. Die Ergebnisse entsprachen mengenmäßig den Erwartungen, die Qualität der Biotonnenfraktion war ausgezeichnet und ergab einen landwirtschaftlich verwendbaren Kompost. Die Holzfraktion wird wegen der besseren Verwertbarkeit in eine Reinholzfraktion für Kompostierungszwecke oder Hackgutfeuerung und eine Restholzfraktion für Stützfeuerungen zerlegt und getrennt, allerdings wegen Absatzproblemen nicht vollständig verarbeitet. Das Problem der Verwertung von Kunststoffen wurde planerisch und in Zusammenarbeit mit der Industrie bearbeitet.

Verschiedene Gutachten und Ausarbeitungen wurden in Zusammenarbeit mit der Abteilung ausgeführt:

- Kompostuntersuchungen (TU Wien);
- Kompostuntersuchungen und wissenschaftliche Betreuung der Kompostversuche durch das Ludwig-Boltzmann-Institut;
- Entsorgung von Märkten in Wien, Istzustand und Verbesserungsvorschläge (Büro Dr. Vogel);
- Altpapier aus getrennter Sammlung, Transport und Behandlung, Kostenvergleich (Büro Dr. Vogel);
- Kompostverarbeitung — ökonomischer Variantenvergleich (Büro Dr. Vogel);
- Versuch Eigenkompostierung 13. Bezirk Friedensstadt;
- Analyse des Hausmülls (Büro Dr. Vogel);
- Die Systemelemente der getrennten Erfassung der Problemstoffe des Hausmülls in Wien (Büro Dr. Vogel);
- Untersuchung zur Pflanzenverträglichkeit von Kaliumkarbonat (Ludwig-Boltzmann-Institut);
- Einsatz von Kaliumkarbonat als Tausalz-Auswirkungen auf Kläranlagen und Oberflächenwässer (TU Wien);
- Untersuchung über die Auswirkung von Kaliumkarbonat auf Hundepfoten (Veterinäruniversität);
- Prüfbericht über die aggressive Wirkung von Natriumchlorid und Kaliumkarbonatlösungen (MA 39);
- Gutachten über die Hautverträglichkeit von Kaliumkarbonat (Universität Wien);
- Studie für eine Kompostierungsanlage (Büro Fritsch-Chiari, Büro Kucera-Partsch, Büro Novak);
- 12 Gutachten zur Deponieproblematik (DDR. Strunz).

Es wurden auch eigene Versuche und Untersuchungen durchgeführt. So wurden im Rahmen eines Großversuches die anfallenden Komposte überwacht und damit die praktisch erreichbaren Grenzwerte für die neue Kompostnorm ermittelt. Ferner wurde in einem mehrtägigen Versuch in Oberpullendorf die Verwendbarkeit von Dano-Trommeln zur Vorrotte von Biokompost überprüft. Das Ergebnis zeigte, daß solche Rotttrommeln für Kompostierzwecke ungeeignet sind. Einfache Methoden zur Bindung von übelriechenden Emissionen wurden am Beispiel Aushub auf dem Expo-Gelände entwickelt. Im Großesinsatz wurde auch Kaliumkarbonat in zwei Stufen erprobt und in der Praxis eingesetzt. Die Produktspezifikation wurde auf die praktischen Ergebnisse abgestimmt. Die Vergleichsuntersuchung für Herbizideinsatz ergab, daß die mechanische Unkrautentfernung der chemischen überlegen ist. Daher wurde die Adaption der Kehrvorichtungen für die Rasen-Traktoren vorangetrieben. Mit Ergebnissen ist 1991 zu rechnen. Für Kraftfahrzeuge wurden weniger umweltbelastende Waschmittel eingeführt. Für das Reinigen der Müllgefäße wird der Großtest Anfang 1991 abgeschlossen sein. Vorab kann gesagt werden, daß eine geringere Umweltbelastung bei besserer Reinigungswirkung erzielbar ist. Für die Sammlung und den Transport der Problemstoffe in Wien wurde ein besseres, der neuen Rechtslage entsprechendes System erarbeitet. In Zusammenarbeit mit der MA 68 wurde begonnen, das neue Problemstoffsorgungssystem auf Sicherheitsprobleme zu untersuchen, um neue Schulungsunterlagen mit der Feuerwehr für Katastrophenfälle zu erarbeiten. Gemeinsam mit den Entsorgungsbetrieben wurde

das Problem der Konsumzellenentsorgung bearbeitet. In der Altstoffverwertung wurden die vorhandenen Linien auf weitere Optimierungen untersucht. Durch Adaptionen konnte eine Steigerung der Altstoffausbeute erreicht werden. Die Kompostlinie im Zelt wurde auf Grund der neuen Vergaben adaptiert und erweitert. Die Planungsunterlagen für das Wiener Kompostwerk wurden in 7 Varianten und 3 Ausbaustufen für die Ausschreibung 1991 fertiggestellt. Die neue zentrale Problemsammelstelle neben dem Mistzelt wurde größtenteils fertiggestellt und wird im Frühjahr 1991 in Betrieb gehen. Wien verfügt damit über ein modernes und sicheres Sonderabfall-Zwischenlager. Zur Verringerung der Manipulationskosten wurde eine Verbesserung der Verladevorrichtung für Altpapier geplant. Die Realisierung wird im Jahre 1991 versucht. Eine Aufbereitungsanlage für Schlacken und Aschen aus den städtischen Müllverbrennungen und der EBS wurde geplant und mit der Realisierung 1990 begonnen. Diese Einrichtung wird im Frühjahr 1991 in Betrieb gehen. Mit der Vorplanung der neuen „Grünen Garage“ der Abteilung wurde begonnen. Ziel ist ein Raum- und Funktionsprogramm als Grundlage für ein konkretes Projekt. Der westliche Innenbereich des Autobahnknotens Simmeringer Haide der A 4 wurde für die Errichtung der Kraftfahrzeugverwahrsstelle der Abteilung zugesichert. Die notwendigen Verhandlungen und Planungsarbeiten haben begonnen.

Zusätzlich zu den Normenausschüssen 157 und 199 wird auch der Normenausschuß 120 durch einen Vertreter des Planungsreferates besetzt. Die Erarbeitung von zwei neuen Ö-Normen wurde veranlaßt und vorangetrieben. Insgesamt wurden 21 Stellungnahmen zu Gesetzen und Verordnungen ausgearbeitet. Das Planungsreferat besetzt schließlich regelmäßig die Ausschüsse 1 und 14 der ÖGUT.

Das im Jahre 1989 errichtete Labor der Abfallbehandlungsanlage (ABA) wurde 1990 vor allem zur Unterstützung der Eingangskontrollen auf der Deponie Rautenweg und der ABA sowie für die zentrale Problemstoffsammelstelle weiter ausgebaut. Im Jahre 1990 wurden aus 505 Proben aus Anlieferungen zur Deponie Rautenweg 6.117 Analysen, aus 261 Kompostproben 880 Analysen sowie für andere Bereiche der Abteilung aus 63 Proben 461 Analysen vorgenommen.

Das Planbüro hat in Zusammenarbeit mit der Straßenreinigung die Kehrbezirke, Sektionen und Kehrflächen und damit verbunden die Optimierung der Einsatzmöglichkeiten des vorhandenen Personals neu festgelegt, Pläne, die eine Übersicht über die Kehrgebiete geben und damit eine bessere Übersicht für die Aufsichtsorgane mit sich bringen, erstellt, Grenzen zu Gebieten, die von anderen Dienststellen oder privaten Nutzern gereinigt bzw. gestreut werden müssen, festgelegt, den Kehrmaschineneinsatz im Winterdienst mit dazugehöriger Adaptierung der Winterdienstpläne auf die Gegebenheiten beim Einsatz von Kehrmaschinen hinsichtlich Planlänge geplant und den Wirkungsgrad des Lenkerpersonals und des Maschinenparks verbessert.

Der Winterdienst kontrolliert sämtliche Winterdienstpläne für 16-t-Lkw und Unimogs, sowohl für private als auch gemeindeeigene Winterdienstfahrzeuge, legt die jeweiligen Räumpläne hinsichtlich Befahrbarkeit und Streckenlänge fest und paßt die Winterdienststrouen an den rasch fortschreitenden Fahrbahnrückbau bzw. an die damit verbundenen Behinderungen für große Räumgeräte an. Für den 1. Bezirk wurde der Winterdienst neu geplant, wobei die 4 Privatfahrwerke, die den Bezirk bisher betreuten, durch Fahrzeuge der Abteilung ersetzt wurden. Es wurden die vorhandenen Ressourcen an Kleinfahrzeugen, Unimogs und Lkw an die örtlich sehr beengten Gegebenheiten angepaßt, wobei damit die rasche und effektive Alarmierungsmöglichkeit durch die Funkzentrale und individuellere Einsatzmöglichkeit verbunden sind. Es wurden die Unimogpläne der Abteilung unter Einbeziehung weiterer Straßenstücke komplett überarbeitet, Routenpläne, die mit dem neuen Aufbaumittel Kaliumkarbonat bestreut werden, erstellt, die sogenannten Salzpläne neu festgelegt, die Salzrouten durch den Einsatz von Kaliumkarbonat minimiert, die Winterdienstpläne an die Erfordernisse des Busbetriebes der Wiener Verkehrsbetriebe in Übereinstimmung mit der MA 22 (Umweltschutz) angepaßt. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kehrbezirksleitern wurden Prioritäten zum optimaleren Einsatz der Winterdienstfahrzeuge der einzelnen Bezirke, insbesondere der Bezirksunimogs, festgelegt. Es wurde ein Arbeitsprogramm für kleine Winterdienstfahrzeuge mit dem Ziel erstellt, Kreuzungsplateaus, Busbuchten, Abbiegespuren und diverse Plätze im Winterdienst nachzubearbeiten. Streupläne für die Straßenarbeiter hinsichtlich Streckenlänge und Wichtigkeit der jeweiligen Straßenübergänge, Stiegenanlagen und Fußwege wurden ergänzt. 8 Winterdienstpläne wurden abgeändert, wodurch die Streckenführung optimiert und Überschneidungen mit anderen Routenplänen weitgehend vermieden werden konnten. Einige Pläne wurden durch Hereinnehmen kritischer Streckenabschnitte ausgedehnt und dadurch die Straßensicherheit im Winter besser gewährleistet. 179 B-, C-, D-Pläne wurden auf Durchführbarkeit nachkontrolliert, das heißt, die Strecken wurden mit dem jeweiligen Winterdienststräumgerät befahren. Die B-Pläne wurden an die Routen der öffentlichen Busse angepaßt und Linienänderungen eingearbeitet. C-Pläne (Straßenzüge, die mit 16-t-Lkw nach den B-Plänen bestreut werden) wurden auf Grund baulicher Verschmälerungen reduziert, D-Pläne (Schneeabfuhr mittels 16-t-Lkw nach Prioritäten der Schneeabfuhr ergänzt. 24 Unimog-Pläne waren für die Bezirksunimogs der Abteilung neu zu erstellen. Neben der Betreuung der Zufahrtsstraßen zu den wichtigsten Einrichtungen der Stadt (Spitäler, Feuerwehrdepots, Bezirkspolizeikommissariate, Märkte, Fußgeherzonen usw.) wurde auch besonderes Augenmerk auf die diversen Wienfluß- und Donaukanalbrücken gelegt, deren zuverlässige Betreuung nun im Ersteinsatz sichergestellt ist. Weiters wurden Routenpläne für die Lkw der Abteilung, die mit Kaliumkarbonat beladen sind, für die Straßenzüge entwickelt, deren Verkehrssicherheit im Winterdienst nur mit Aufbaumitteln gewährleistet werden kann und die infolge ausgedehnten Baumbewuchses nicht mit Natriumchlorid bestreut werden können. Salzpläne wurden in

Übereinstimmung mit der Umweltschutzbehörde (MA 22) und den Erfordernissen der Verkehrsbetriebe zum Teil neu erstellt. Durch die Einführung des Auftaumittels Kaliumkarbonat konnten die Salzrouten minimiert werden. Die Ausbringung von Salz auf Straßen ohne oder mit sehr geringem Baumbestand wurde auf ein Mindestmaß reduziert. Zur Installierung eines Wetterradarsystems für den Winterdienst wurden in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Zivilluftfahrt und der Flugwetterwarte Wien-Schwechat Vorarbeiten geleistet. Durch die ständige Beobachtungsmöglichkeit des Wolkenbildes und damit des kleinräumigen Wettergeschehens sind bessere Entscheidungsmöglichkeiten für die Winterdienstesätze gegeben. Schließlich wurde an 761 Verkehrsverhandlungen, 234 Projekts- und Einbautenbesprechungen, 15 Wirtschaftlichkeitsbesprechungen und 41 Bezirkskoordinationsgesprächen teilgenommen.

Im Informationsreferat sind das Misttelefon und Schneetelefon eingerichtet. Während des Winters 1987/88 wurde erstmals das Schneetelefon als Anlaufstelle für Anregungen und Beschwerden der Wiener Bevölkerung eingerichtet. Nach Beendigung des Winters wurde unter der Nummer 55 16 61 das Misttelefon installiert, das unter anderem durch großflächige Aufkleber auf den kommunalen Müllfahrzeugen beworben und von der Bevölkerung sehr gut angenommen wurde. Es konnte sich rasch als unbürokratische Auskunftsstelle etablieren. Das Misttelefon ist werktags von 9 bis 15 Uhr besetzt. Außerhalb dieser Zeit stehen zwei automatische Anrufbeantworter zur Verfügung. Bisher wurden insgesamt etwa 114.000 Anrufe entgegengenommen, hiervon 45.462 Anrufe im Jahre 1990. Die Anrufer wurden zu allen Fragen der Müllabfuhr, der getrennten Sammlung, über den Umgang mit Problemstoffen, die Eigen- und Gemeinschaftskompostierung und über die Serviceleistungen der Abteilung, wie z. B. die Mistplätze, das Abschleppen von Autowracks und den Entrümpelungsdienst, beraten. Die Mitarbeiter des Misttelefons sind bemüht, die Anrufer in Richtung Abfallvermeidung, Wiederverwertung und Abfallverringerung zu motivieren. Anfallende Beschwerden werden, soweit sie nicht selbst bearbeitet werden können, an die zuständigen Betriebsabteilungen der Abteilung weitergegeben. Bei der Beratung von Gewerbebetrieben waren die Mitarbeiter bemüht, Anregungen zum Thema „Weg von der reinen Abladementalität — hin zur Wiederverwertung“ zu geben. Das Misttelefon dient im Winter zusätzlich als Schneetelefon und ist unter derselben Telefonnummer erreichbar. Das Schneetelefon wird, bei entsprechender Wetterlage, sowohl für die Rückmeldung der über Funk alarmierten privaten Fuhrwerker als auch zur Beschwerdeentgegennahme für BürgerInnen rund um die Uhr eingesetzt. Im Jahre 1990 gab es insgesamt 456 Anrufe. Außerdem waren noch rund 120 nicht registrierte Anrufe, die Beschwerden über mangelnde Gehsteigreinigung und diesbezügliche Kompetenzunklarheiten betrafen, entgegenzunehmen.

Gemeinsam mit der MA 53 wurde eine Sondernummer von „Unser Wien“ und verschiedene Beilagen zu den Themen Kompostieren, getrennte Sammlung und Winterdienst herausgegeben. Ferner wurden breitgestreute Inseratenkampagnen durchgeführt. Themen dieser Inseratenkampagnen in den großen Tageszeitungen waren die getrennte Sammlung, die Bewerbung der Mobilten Mistplätze im April und im Oktober, weiters die Eigen- und Gemeinschaftskompostierung unter dem Motto „Mach mich zur Birne“, der Winterdienst und das Thema „Schenken ohne Verpackung“, Weihnachtsmüll (Kindergesichter) sowie die Styropor- und Christbaumsammlung. Aus aktuellen fachspezifischen Artikeln der Wiener Tages- und Wochenzeitungen wurden laufend Pressespiegel erstellt. Diese liegen genauso wie verschiedene Fachzeitschriften und themenrelevante wissenschaftliche Bücher zur allgemeinen Einsicht auf. Das Informationsreferat ist auch Anlaufstelle für Zeitungen und ORF. Es wurden bei Bedarf auch die nötigen Dreh- und Fotogenehmigungen besorgt. Weiters gibt es eine kleine Fotodokumentation, die aus Farb- und Schwarz-Weiß-Fotos, die für den Eigengebrauch in der Zentrale angefertigt wurden, besteht. 1990 wurden 2 Millionen Textilsäcke, 100.000 Folder „Mist im Griff“ (deutsch) und 40.000 Flugblätter für das Mistfest herausgegeben, ebenso Anschlagtafeln für die Problemstoffsammelstellen, Textilsäcke für die Sammlungen April und Oktober und Aufkleber für sämtliche rund 250.000 Restmüllgefäße, die auf die Bedeutung der getrennten Sammlung hinweisen. Das Referat betreute ferner 33 Gruppen und Schulklassen bei Führungen zu den Mistplätzen, in den Garagen, in der Abfallbehandlungsanlage und auf der Deponie. Das 3. Mistfest am 19. und 20. Mai 1990 gab wieder die Möglichkeiten zu Informationen über Müllvermeidung und Mülltrennung, Führungen im Zelt und auf die Deponie, Ausstellungen, Kompostberatung, Theatergruppen, einen Kinderflohmarkt, Konzerte, Biobauern, alte landwirtschaftliche Geräte und vieles andere mehr. Samstag vormittag war insbesondere für Lehrausgänge der höheren Schulen reserviert, die diese Gelegenheit auch zahlreich wahrnahmen. Das 3. Mistfest wurde von rund 20.000 Personen besucht. Während des Donauinselfestes zwischen 24. und 27. Mai 1990 wurde im Bereich der sogenannten „Gewerkschaftsinsel“ eine Informationsausstellung mit alten Müllfahrzeugen gezeigt. Die Beratungsmöglichkeiten wurden von in- und ausländischen Besuchern in Anspruch genommen.

Eine wichtige Aufgabe ist auch die Nachschulung der Platzmeister der 18 Mistplätze. Diese Schulungen umfaßten sowohl alle Bereiche der getrennten Sammlung als auch den Umgang mit Problemstoffen. Dadurch und durch die regelmäßigen Kontrollen der Mistplätze konnte ein relativ hoher Reinheitsgrad der Altstofffraktionen erreicht werden. Über Anfrage wurden insgesamt 1.903 verschiedene Unterlagen und Broschüren, z. B. zum Thema Kompost, getrennte Müllsammlung, Standorte von Mistplätzen und Problemstoffsammelstellen, sowohl für interessierte Bürgerinnen und Bürger als auch für Schulen und Organisationen versandt. Zusätzlich erfolgte die Beantwortung von unterschiedlichen Anfragen von offiziellen Stellen, wie Bezirksämtern und Bezirksvertretungen, aber auch von Gewerbebetrieben und Privatpersonen. Seit Ende August stehen für Beratungen, Vorträge in Schulen,

Informationstätigkeit bei Veranstaltungen und für interessierte Betriebe AbfallberaterInnen zur Verfügung. Die Anforderungen werden über das Referat koordiniert.

Zu den weiteren Aufgaben des Referates gehörte auch die Betreuung zweier Aufträge des Ökologie-Institutes, und zwar zu den Themen „Abfallvermeidung und -verminderung im Haushalt“ (Projekt Alt-Erlaa) und „Abfallarme Großküchen“. Daneben waren auch die Bearbeitungen im Gebiet der SAT-Siedlung, in der Siedlung Friedensstadt und in der Kongresssiedlung zur Anregung der Eigenkompostierung durch den Komposttäger sowie eine Erfassung von „Kompetenzförderungen“ in anderen Städten durch das Ökologie-Institut zu veranlassen. Im Oktober und November wurden 1.000 sogenannte „City-Comp's“ im Rahmen eines Großversuches verlost. Ziel war es, die Möglichkeiten der Eigenkompostierung auszuloten.

Als Forschungsprojekt des Ökologie-Institutes, beauftragt von der Abteilung, wurde der Recyclinghof installiert. Hier werden noch brauchbare Gegenstände des täglichen Bedarfs, die von der Bevölkerung zu den Mistplätzen gebracht werden, zu günstigen Preisen verkauft. Ab Mai 1989 wurden im Zuge des Projektes einzelne Flohmärkte, anfangs auf dem Mistplatz in 14, Zehetnergasse, und später in 22, Stadlauer Straße 41A, veranstaltet. Seit 4. September 1989 besteht ein permanenter Verkaufsbetrieb von Dienstag bis Samstag zwischen 9 und 15 Uhr, wobei sich die Besucherfrequenz auf 100 bis 200 Personen täglich beläuft. 1990 betrug die Zahl der BesucherInnen insgesamt 33.557. Die Einnahmen für die Zeit vom 8. Jänner bis 22. Dezember 1990 beliefen sich auf 1.457.453 S. Dem Recyclinghof steht täglich ein Lkw zur Verfügung, um die von den Platzmeistern der Mistplätze aussortierten Gegenstände zu transportieren. Im Aufbau befinden sich auch zwei Werkstätten für Holz und Metall, die der Hauptwerkstätte 17 untergeordnet sind und vor allem für den Eigenbedarf werken. Der Recyclinghof war anfänglich ein Sozialprojekt, in dem die Bediensteten zum Teil vom Landesarbeitsamt Wien über die Aktion 8000 zur Verfügung gestellt wurden. Zum Teil sind diese Mitarbeiter jetzt im Saisonarbeiterverhältnis bei der Abteilung beschäftigt. Das Landesarbeitsamt hat leider die Zuteilung der notwendigen Führungskräfte nicht realisiert, womit der soziale Teil des Projektes gefährdet ist.

Die Betriebsabteilung — Personal-, Rechts- und allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat im Jahre 1990 durch gezielte Postenaufwertungen in nahezu allen Subdienststellen versucht, die Dienstposten-Struktur an die neuen Aufgabenstellungen anzupassen. Die Hauptwerkstätte sowie die drei Garagenwerkstätten erhielten ein neues Zulagensystem, das durch einen starken Leistungsanreiz geprägt ist. 1990 wurde die Organisation von drei kostenpflichtigen Busparkplätzen sowie deren Betrieb geschaffen. Mit 31. Dezember 1990 waren 2.739 Dienstposten einschließlich der genehmigten Überstände systemisiert. Die Anzahl der Saisonarbeiter betrug 329, davon waren 140 Rumänen.

Die Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung, die in versicherungsrechtlichen und technischen Belangen durch die Abteilung betreut werden, waren an 1.352 Schadensfällen beteiligt. An Schadenersatzforderungen konnten von den Haltern der gegnerischen Fahrzeuge oder deren Haftpflichtversicherungen 2.194.910 S hereingebracht werden. Für die Beschädigungen von Betriebseinrichtungen (Müllgefäße, Sanddächer, Papierkörbe usw.) durch Fremde wurden in 867 Fällen insgesamt 476.614 S einbringlich gemacht. 1.136 Sondereinsätze (Reinigung nach Verkehrsunfällen, Beseitigung von Ölspuren, Einsätze im Auftrag der Feuerwehr) wurden verrechnet und daraus 391.691 S verinnahmt.

Für die Betriebsabteilung — Technik war die 28. Novelle zum KFG 1967, die mit 15. September 1989 in Kraft trat, von Bedeutung. In dieser Verordnung sind „Lärmarme Fahrzeuge“ normiert. Die Abteilung hat in der Folge ihre Fahrzeuge nur mehr in lärmarmen Ausführung angeschafft. Versuchsweise wurde ein Fahrzeug in Normalausführung auf lärmarme Ausführung umgerüstet. 1990 betrug der Stand lärmarmen Lkw 73. Ein Müllsammel-fahrzeug erhielt versuchsweise einen Rußfilter, der jeweils während der Nachtstunden mittels elektrischer Heizpatrone regeneriert wird. Zur weiteren Lärmreduktion erfolgte die Anschaffung von zwei Schlamm-saugefahrzeugen mit „Wasserringpumpen“. Beide Fahrzeuge sind wie explosionsgeschützte Fahrzeuge gebaut, aber nicht als solche zugelassen. Im Katastrophenfall können daher diese Fahrzeuge für das Aufsaugen von brennbaren Flüssigkeiten verwendet werden, da in diesen Fällen keine nach dem GGSt genehmigten Fahrzeuge notwendig sind. Von der Betriebsabteilung Technik-Zentrale wurde ferner innerhalb von drei Wochen eine provisorische Schlacken-Beton-erzeugung auf der Basis von Fahrmischern organisiert bzw. die notwendigen Einrichtungen bei der Abfall-beseitigungsanlage errichtet. Zur Verfestigung und fachgerechten Einbringung des Schlackenbetons auf der Deponie erfolgte auf Grund von praktischen Versuchen die Anschaffung eines Walzenzuges. Bei den Winterdienst-Lkw wurde die Ausrüstung mit den von der Abteilung entwickelten Anbaustreuern fortgesetzt. Es wurde auch ein Langzeit-versuch mit einem Radlader, dessen Hydraulikanlage mit einem Bio-Hydrauliköl befüllt wurde, weitergeführt. Dieser Versuch soll zeigen, ob es möglich ist, die Hydraulikanlagen der Fahrzeuge der Abteilung in Zukunft mit Bio-Hydrauliköl zu befüllen. Weiters wurde die Ausrüstung der Radlader mit Zentralschmieranlagen begonnen. Diese Zentralschmieranlagen werden mit biologisch abbaubarem Fließfett befüllt. In einer der drei Großgaragen erfolgte weiters ein Serienversuch mit editiviertem Spezialdiesel. Dieser Dieseldieselkraftstoff soll die Schadstoffemissionen der Dieselmotoren durch eine bessere Verbrennung weiter absenken. In einem Kleintraktor wurde Rapsölmethyl-ester als Treibstoff getestet und die grundsätzliche Brauchbarkeit nachgewiesen. Gemeinsam mit dem Institut „Verbrennungskraftmaschinen der Technischen Universität Wien“ wurden Versuche zur Ermittlung der schadstoff-ärmsten Rasenmäher durchgeführt und auf Grund dieser Versuchsergebnisse die Auswahl dieser Geräte getroffen.

Die Ausrüstung der Winterdienst-LKW mit Spurstreuern wurde fortgeführt. Um die Kleinfahrzeuge (Reform-Muli) noch universeller einsetzen zu können, schaffte die Abteilung für zwei Reform-Muli Schneefräsen an und testete zusätzlich Laubsauger. Die Betriebsabteilung — Technik schaffte Fahrzeuge, Maschinen und Geräte mit einem Investitionsvolumen von rund 130 Millionen Schilling an, und zwar 21 Drehtrommel-Müllwagen, 2 Preßmüllwagen 20 m³, 1 Multilift-Transport-LKW, 3 Sattelzugfahrzeuge, 5 Sattelanhänger, 1 Sattel-Tiefklade-Anhänger, 1 Walzenzug, 2 Kübeltauschfahrzeuge, 1 LKW mit Ladebordwand, 3 Großkehrmaschinen, 2 mittlere Kehrmaschinen, 1 Böschungsbagger, 2 Geländefahrzeuge, 1 8sitziger Kombi, 12 Reformmuli mit Anbaustreuern und Schneepflügen, 12 Wasch- und Hochdruckeinrichtungen für Reform-Muli, 2 Schneefräsen für Reform-Muli, 12 Rasant Kleintraktoren mit Splittanhängekehrmaschinen, Splittstreuern, Pflügen und Fräsen, 5 LKW der 1-Tonnen-Klasse, 2 Variman mit Pflug und Streuer, 3 Winterdienst-LKW, 1 Winterdienst-LKW (3achsiger für MA 48 und MA 49), 37 PKW und Kombi, 1 Abschlepp-LKW, 2 Schlamm- und Saugfahrzeuge, 1 Waschwagen, 11 LKW-Schneepflüge einschließlich Elektrokompaktanlage, 2 Pflüge für privaten Unimog, 1 Unimog einschließlich Schneepflug und Anbaustreuer, 11 Anbaustreuer für LKW, 13 Schnurlostelefone, 4 Autotelefone C-Netz, 1 Autotelefon D-Netz, 2 Telefonnebenstellenanlagen, 1 Fernschreiber, 21 Mobilfunkgeräte, diverse Prüfgeräte für Hauptwerkstätte und Garagen, 1 Espresso-Maschine, 1 Mikrofilmlesegerät, 7 Personentrufempfänger, 6 Handsprechfunkgeräte, 2 Videokameras einschließlich Monitor und 2 Telefaxgeräte. Durch die Technik-Zentrale erfolgten rund 550 KFZ An- und Abmeldungen sowie die damit zusammenhängenden Versicherungs- und Finanzamtsan- und Abmeldungen, die Bestellung von 300 Garnituren Kennzeichen und deren Verrechnung über die Hauptwerkstätte für den gesamten Magistrat der Stadt Wien, ausgenommen die MA 68. Für 197 im Winterdienst eingesetzte Fahrzeuge wurden entsprechende Ansuchen um Befreiung von der KFZ-Steuer gestellt. 33 Winterdienstfahrzeuge waren den Sommer über versicherungsmäßig abgemeldet. 51 Fahrzeuge des Magistrates wurden der zuständigen Behörde zur Erwirkung einer Einzelgenehmigung bzw. wegen technischer Änderungen vorgeführt. Für 72 Fahrzeuge des Winterdienstes wurden Routengenehmigungen gemäß § 40 (3) KFG 1967 bei der MA 46 gestellt. Für 4 Schwertransporter wurde bei den Österreichischen Bundesbahnen eine Genehmigung zum Befahren schienengleicher Eisenbahnkreuzungen gemäß § 16 der EKVO 1961 eingeholt.

Insgesamt wurden 715 Fahrzeuge, Maschinen und Geräte samt Zubehör kommissionell skartiert, 10 Fahrzeuge an andere Magistratsabteilungen zur weiteren Verwendung übergeben. 40 Fahrzeuge wurden über das Dorotheum zur öffentlichen Versteigerung gebracht, 168 Fahrzeuge und Geräte zur Eigenverwertung sowie 340 Geräte und KFZ-Zubehör zur Altschrottverwertung skartiert. 167 Fahrzeuge, Maschinen und Geräte wurden über die Abteilung direkt zum Verkauf angeboten. 720 Angebote liefen ein und mußten entsprechend bearbeitet werden. Beim Verkauf der 207 Fahrzeuge, Maschinen und Geräte wurde ein Erlös von 5,787.333 S erzielt.

In der Abteilung sind insgesamt 564 Mobilfunkgeräte, 38 Handfunkgeräte sowie die stationären Anlagen der Zentrale am Matzleinsdorfer Hochhaus, der Deponien Schafflerhof, Gerasdorf und Rautenweg, der KFZ-Verwahrstelle Eibesbrunnnergasse, die Notfunkanlage in der Zentrale und eine stationäre Personenrufanlage in der Abfallbehandlungsanlage mit 19 Personentrufempfängern vorhanden. Für alle diese Geräte wird der notwendige Ein- bzw. Ausbau in diverse Fahrzeuge der Straßenreinigung, der Müllbeseitigung, der Problemstoffbeseitigung, der Abschleppgruppe und vor allem bei 190 Winterdienst-Kontrahenten und 20 Kontrahenten der Abschleppgruppe veranlaßt. Für diese Funkgeräte wurden auch die diversen Reparaturen der Privatfirmen mit insgesamt 165 Arbeitsaufträgen und 99 Rechnungen für Reparaturen durchgeführt. In allen Funkbelangen wurde enger Kontakt mit der MA 34 gehalten. In der Abteilung werden weiters 237 Tonrufempfänger verwendet und zusätzlich 120 Tonrufempfänger jährlich an die privaten Winterdienst-Kontrahenten ausgeteilt und wieder eingesammelt. Die Reparaturen bei den diversen Privatfirmen sowie Veranlassungen bei der Postbehörde über diverse Veränderungen erfolgten in Zusammenarbeit mit der MA 34. Weiters wurden über die MA 34 die Reparaturen der gesamten Telefonanlage der Zentrale der Abteilung (138 Klappen) sowie sämtlicher Außenanschlüsse der Straßenreinigungsdeposits (103 Anschlüsse), der Deponie Rautenweg (2 Anschlüsse und 6 Nebenstellen), der Müllgefäßreparaturwerkstätte, der Garage 5, Garage 17 (13 Klappen), Garage 20 (9 Klappen) und der Hauptwerkstätte (18 Klappen) veranlaßt.

Für Fremdbteilungen bestellte die Fahrzeugleitstelle 2.640 private Fahrzeuge für Fuhrleistungen und überprüfte die Rechnungen auf deren Preisangemessenheit. 1.920 Fahrzeuge der Abteilung waren für Fremdbteilungen eingesetzt. Die Abteilung beschäftigt über Auftrag durch die Technik — Fahrzeugleitstelle für die Müllbeseitigung und Straßenreinigung 2.724 Kranwagen, 4.436 Kipper, 123 Kehrmaschinen, 1.172 Waschmaschinen, 965 Saug-LKW, 3.355 Multilift-Transporter, 4.430 Abschlepp-LKW und 165 Bob-Cat von privaten Unternehmungen. An eigenen Fahrzeugen waren 220 Kranwagen, 3.524 Kipper, 8.344 Kehrmaschinen, 2.630 Waschmaschinen, 1.160 Schlamm-sauger und 1.248 Abschleppwagen für die Müllbeseitigung und Straßenreinigung eingesetzt. Für den Schlacken-transport von der Müllverbrennungsanlage Spittelau zur Abfallbeseitigungsanlage und weiter auf die Deponie Rautenweg wurden von der Fahrzeugleitstelle 1.900 Transportmischfahrzeuge eingeteilt. Für die Mischanlage wurden 7.618 t Zement bestellt. In diesem Zusammenhang mußten 114 Rechnungen für den Schlackentransport und 180 Rechnungen für Zementlieferungen bearbeitet werden. 3 Spezialbusse beförderten täglich 52 körperbehinderte Schüler von und zur Schule bzw. bei Sonderfahrten. Zusätzlich wurde der Transport von täglich 546 körperbehinderten Kindern über ein Privatunternehmen organisiert. Die Fahrzeugleitstelle verfaßte weiters die Leistungsverzeich-

nisse, führte die technische Beurteilung der angebotenen Fahrzeuge durch und vergab die Auftragserteilung für die Schneeabfuhr, Schlammsauger, Kehr- und Waschmaschinen, Kleinlader mit Kehrbesen, Ladegeräte und Laderaupen für den Winterdienst und Katastropheneinsatz. Gemeinsam mit dem Dezernat 4 der Stadtbaudirektion wurden die Verhandlungen über „Tariferhöhungen 1990“ im Güterbeförderungsgewerbe durchgeführt. Von der Betriebsstelle erfolgte die Bestellung und Kontoführung für die von der MD-VO zusätzlich benötigten PKW für Gäste der Stadt Wien. Die Fahrzeugleitstelle organisierte alle notwendigen gemeindeeigenen Fahrzeuge sowie die Fahrzeuge von privaten Firmen für das Mistfest in der Abfallbehandlungsanlage, die mobilen Mistplätze an allen Sonntagen im April und Oktober, die CSFR-Besucher und die Rumänienhilfe.

Weiters wurden für den gesamten Magistrat die Verkehrssteuerabrechnungen, 82 Lenkererhebungen und Anonymverfügungen und 120 Sondereinsätze durchgeführt bzw. organisiert. Für 500 Bedienstete erfolgte eine Schirmbildreihenuntersuchung über aktive Lungentuberkulose. Bei der Österreichischen Staubbekämpfungsstelle wurden 4 Personen 1mal und 20 Personen 2mal jährlich auf Blei, Toluol, Xylol untersucht. 114 Bedienstete bzw. Stellungsgeber, die derzeit die Lenkerberechtigung der Gruppe C und B besitzen, mußten hinsichtlich ihrer Fahrtüchtigkeit auf LKW bzw. Kleinfahrzeuge überprüft werden. Im WIFI erfolgte die Ausbildung am Lauf-, Brücken-, Bock- und Portalkran für 7 Bedienstete, 61 Bedienstete der Abteilung und einer der MA 42 wurden in der Schweißtechnischen Zentralanstalt zum Staplerfahrer ausgebildet.

In der Hauptwerkstätte wurden 1.198 Reparaturen an abteilungseigenen Fahrzeugen, 98 Reparaturen an abteilungsfremden Fahrzeugen, 915 Stückreparaturen, 403 Sommerreparaturen an Schneepflügen, 363 Sommerreparaturen an Streugeräten, 20 Sommerreparaturen an Schneefräsen, 8 Einbauten von Fernsteuerungen in Fahrzeugen von privaten Fuhrwerken, 8 Schneepflug-Anbauten für private Fuhrwerker, 4 Schneepflug-Anbauten für die Abteilung, 289 Montagen von Schneepflügen, 302 Montagen von Streugeräten, 15 Montagen von Schneefräsen, 288 Demontagen von Schneepflügen, 300 Demontagen von Streugeräten und 13 Demontagen von Schneefräsen durchgeführt, 3 Schneefräsen komplettiert und 2 Adapterplatten angefertigt. Ferner wurden 93 Winterdienst-Reparaturen an privaten Fuhrwerken durchgeführt. 1.663 Fahrzeugüberprüfungen gemäß § 55 (1)/57/1/1 KFG erfolgten an Fahrzeugen anderer Abteilungen, weiters wurden 274 Nachüberprüfungen und 528 HW-Durchsichten vorgenommen. 611 Reparaturen an Sandboxen, 315 an Papierkörben, 44 an Mulden und 47 an Handkarren wurden durchgeführt. In 14 Depots wurden Stellagen aufgestellt, 355 Blinkerlampen repariert und 346 Zusatztafeln (Verkehrszeichen) komplettiert. Ferner wurden Radklemmen für Busse und PKW entwickelt, 50 Hinweistafeln mit Ständer angefertigt, 200 Zusatztafeln für Wien-Marathon montiert, 200 Halbschalen für Streuveruche mit Auftaumitteln und 100 lfm Verbauten (Schiebetürschränke usw.) angefertigt, Einbauarbeiten an Wohncontainer durchgeführt und 200 Betonelemente (Boxen) für die Abfallbeseitigungsanlage montiert.

In den drei Großgaragen wurden die Fahrzeuge der Müllabfuhr gewartet, und zwar 231 Müllwagen, 14 Glassammelfahrzeuge, 8 Spitalmüllfahrzeuge, 4 Multilift-Transportfahrzeuge, 19 Planier- und Ladegeräte, 22 Fahrzeuge und Geräte der Abfallbeseitigungsanlage, 12 Radlager und Gabelstapler, 3 Kranrüstwagen und Regiewagen, 7 Kübeltauschfahrzeuge, 32 Toilettenanhänger, 2 Toilettencontainer, 1 Tiefladeanhänger, 10 diverse Anhänger, 40 Kehrmaschinen und Traktore mit Kehranhänger, 9 Spezialfahrzeuge, 5 Museumsfahrzeuge, 64 PKW-Kombi- und Kastenwagen, 7 LKW für Wechselaufbau, 5 Trinkwasseraufbauten, 29 Kehraufbauten und Anhänger, 8 Traktoren (davon 2 geleast) und 17 Papierkorbsammler. Diese Fahrzeuge und Geräte benötigten 3,158.675 l Dieseldieselkraftstoff, 26.109 l Vergasertreibstoff, 37.167 l Motoröl, 6.668 l Getriebeöl, 16.213 l Hydrauliköl, 3.099 l Kühlerfrostschutzmittel, 1.256 l Bremsenrostschutzmittel, 360 l Bremsflüssigkeit und 5.380 kg Abschmierfett. Die Leistung der Fahrzeuge und Maschinen (Unternehmerbereich) betrug 1990 5,350.152 km und 48.623 Betriebsstunden. Bei einigen Fahrzeugen und Maschinengruppen wurde die Leistungserfassung von Kilometer auf Betriebsstunden umgestellt. Bedingt durch diese Änderung der Leistungsdaten bei einigen Fahrzeuggruppen ist eine Berechnung der Differenz zum Vorjahr in Prozenten nicht aussagefähig. Weiters waren in den drei Großgaragen mit Dezember 1990 Fahrzeuge und Geräte der Straßenreinigung stationiert bzw. diese für die Wartung geteilt, und zwar 61 LKW mit Schneepflugeinrichtungen, 33 Unimog mit Schneeräumgeräten, 4 Vorbaubesen (Anbaugerät für Unimog), 13 Waschmaschinen, 4 Waschaufbauten (werden im Sommer auf Winterdienst-LKW aufgebaut), 7 Schlammsauger (3 davon explosionsgeschützt), 25 Radlager, Gabelstapler und Traktoren, 3 Autobusse zur Beförderung körperbehinderter Kinder, 97 Kleinfahrzeuge (Reformmuli, Multicar, Eurocar, davon 16 Leasingfahrzeuge), 25 LKW bis 1 t Nutzlast, 283 Streuanhänger, 555 Schneepflüge (davon 63 geleast), 35 Eisbrecher und Schneefräsen (2 davon geleast), 226 Aufbaustreugeräte (davon 22 geleast), 9 Spezialabschleppanhänger für Multicar, 4 LKW für Fahrzeugabschleppung und 45 PKW-Kombi Kastenwagen (davon 5 geleast). Die Leistung der Fahrzeuge und Maschinen der Straßenreinigung (Hoheitsbereich) betrug 1990 2,100.414 km und 97.682 Betriebsstunden. Die Fahrzeuge der Straßenreinigung benötigten insgesamt 623.561 l Dieseldieselkraftstoff, 65.933 l Vergasertreibstoff, 11.909 l Motoröl, 2.043 l Getriebeöl, 3.161 l Hydrauliköl, 1.745 l Kühlerfrostschutzmittel, 354 l Bremsflüssigkeit und 298 kg Abschmierfette. Von den Garagen wurden 2.500 Sondereinsätze (Trinkwassereinsätze, Hilfeleistungen für Feuerwehreinnsätze, Beseitigung von Straßenverunreinigungen) geleistet. Ferner wurden Versuchsfahrten mit einem Solefahrzeug gefahren, um die Aufbringung einer Kalzium-Chlorid-Lösung praktisch zu erproben. In der Garage 5 erfolgte bei der Betriebs-tankstelle der Einbau von Gasrückführungsleitungen (Gaspendelleitungen).

Der Fahrzeugstand des Dienstkraftwagenbetriebes betrug mit Dezember 1990 101 Personenkraftwagen, wovon 19 an andere Abteilungen verliehen wurden, 21 Busse und Kombi, von denen 10 anderen Dienststellen zur Verfügung gestellt wurden, und 1 Büroanhänger, der beim mobilen Bürgerdienst eingesetzt war. Diese Fahrzeuge legten im Jahre 1990, ausgenommen die verliehenen Fahrzeuge, 1,279.421 km zurück. Dies ergibt gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 3,15 Prozent. An Betriebsmitteln wurden 10.527 l Dieselkraftstoff, 160.521 l Vergasertreibstoff, 1.895 l Motoröl, 67 l Getriebeöl, 41 l Hydrauliköl, 109 l Kühlerfrostschutzmittel und 36 l Bremsflüssigkeit verbraucht.

Die Abteilung schaffte für andere Abteilungen, nach vorhergehender Beratung, 496 Fahrzeuge, Maschinen und Geräte an, davon waren 33 PKW, Kombi, Kleinbusse und Kombibusse, 30 LKW bis 3,5 t Nutzlast (Kastenwagen u. Pritschen), 18 LKW über 3,5 t Nutzlast, 12 Spezialfahrzeuge (Rettung-Krankentransportwagen und dgl.), 2 Motorräder und Mopeds, 35 Traktoren und Kleintraktoren, 340 Geräte und Kleinfahrzeuge (Anhänger, selbstfahrende Arbeitsmaschinen), 1 Behindertenbus, 1 Bücherbus und 24 Fahrzeugum- bzw. -aufbauten. Für diese Fahrzeuge und Geräte wurden rund 70 Millionen Schilling an Budgetmitteln aufgewendet. Bei 350 Fahrzeugen und Geräten erfolgte die Überprüfung gemäß § 55 (1)/57 (1) KFG 1967 am Einsatzort in- und außerhalb Wiens. Es handelt sich um diejenigen Fahrzeuge und Geräte, deren Transport zur Prüfstraße der Hauptwerkstätte zu aufwendig gewesen wäre. Ferner wurden rund 2.685 Rechnungen von Fahrzeugreparaturen, Ersatzteilen, Neufahrzeugen und Geräten der Fremdbteilungen auf Preisangemessenheit überprüft. In vielen Fällen ist eine Überprüfung der Reparaturwerkstätten erforderlich. Mit den Fremdbteilungen werden intensive Kontakte wegen der Definition der Aufgabenstellung und der dafür notwendigen Fahrzeuge, Maschinen und Geräte gehalten.

Die Abschleppgruppe hat 10.081 (1989: 11.190) Fahrzeuge ohne Kennzeichen gemäß § 89 StVO 1960 von öffentlichen Verkehrsflächen entfernt. In dieser Summe sind 5.296 (1989: 6.460) Entfernungen auf Grund von Verzichtserklärungen enthalten. Durch die Veräußerung (Verkauf über Dorotheum oder Verschrottung) der ohne Kennzeichen entfernten Fahrzeuge oder Wracks konnten Einnahmen in der Höhe von rund 3,2 Millionen Schilling erzielt werden. Weiters wurden 26.383 verkehrsbehindernd abgestellte Fahrzeuge mit Kennzeichen kostenpflichtig entfernt und 480 Ortsveränderungen durchgeführt. In Summe sind dies 26.863 Entfernungen, dies entspricht gegenüber dem Vorjahr (1989: 25.872) einer Steigerung von rund 3,8 Prozent. Für die Abschleppung der Fahrzeuge mit Kennzeichen und der Fahrzeuge ohne Kennzeichen, die sich nicht in halbwegs brauchbarem Zustand befanden, waren zwei Abschleppfahrzeuge der Abteilung und 17 Fahrzeuge von Firmen kontinuierlich eingesetzt. Für die Wrackabschleppung („Hülsen“ ohne Verzichtserklärung und Fahrzeuge mit Verzichtserklärung) waren je nach Bedarf 2 bis 4 Kranfahrzeuge im Einsatz.

Die intensiven Bemühungen der Abteilungsleitung, einen neuen Abstellplatz für die Abschleppgruppe zu finden als Ersatz für den Platz in der Eibesbrunnengasse, führten 1990 zu einem Teilerfolg. Bei der in Aussicht genommenen Fläche handelt es sich um den westlichen Innenbereich der Abfahrt Simmeringer Haide der A 4. Als Übersiedlungstermin wurde Mitte 1992 ins Auge gefaßt. Da aber diese Fläche nicht dem Ausmaß der derzeitigen Verwahrstelle entspricht, ist die Abteilungsleitung auch um den östlichen Innenbereich bemüht, denn eine Teilung der Abschleppgruppe würde vor allem wirtschaftliche Nachteile mit sich bringen.

Um dem immer größer werdenden Reisebusproblem Rechnung zu tragen, wurde die Abteilung mit der Errichtung und dem Betrieb von gebührenpflichtigen Busparkplätzen betraut. Auch wurde eine spezielle Einsatzgruppe zur Entfernung verkehrsbeeinträchtigend abgestellter Reisebusse aufgestellt. Diese Gruppe hat 10.081 Wracks, 26.383 Fahrzeuge wegen Verkehrsbehinderung und 187 Busse entfernt.

Das Wiener Müllabfuhrgesetz 1965 mit seinen Novellierungen 1969, 1970, 1985 und 1990 bildet die gesetzliche Grundlage für die Müllentsorgung der Stadt Wien. Ab 1. Juli 1990 ist das Abfallwirtschaftsgesetz des Bundes in Kraft getreten, dessen Zielsetzungen in weiten Bereichen bereits durch das Wiener Abfallwirtschaftskonzept 1985 mit seiner Fortschreibung 1989 formuliert wurden. Die Zentrale mit ihren Referaten ist verantwortlich für die ordnungsgemäße Erfüllung der in diesen Gesetzen definierten Aufgabenstellungen. Insgesamt standen 2 Milliarden Schilling für die Realisierung der im Jahr 1990 geplanten Maßnahmen zur Verfügung.

Das Wiener Abfallwirtschaftskonzept 1985 stellt zusammen mit seiner Fortschreibung im Jahre 1989 die konzeptive Grundlage für die Arbeit der Abteilung, Betriebsabteilung IIb – Müllbeseitigung, dar. Die dynamische Entwicklung in einer Millionenstadt fordert auch von der kommunalen Abfallwirtschaft, offen für neueste Entwicklungen und Erkenntnisse im Interesse des Umweltschutzes zu sein. Wesentliche Teile des Abfallwirtschaftskonzeptes wurden mittlerweile verwirklicht. Dazu zählen z. B. die Ausweitung der getrennten Altstoffsammlung, die Einrichtung der Mistplätze, die Intensivierung der Problemstoffsammlung sowie anlagentechnische und bauliche Maßnahmen. Der nationale und internationale Vergleich im Rahmen des 1. Wiener Abfallwirtschaftskongresses 1989 bestätigte den eingeschlagenen Weg und brachte der Abteilung neue Impulse. Auf der Grundlage der neuen Bundeskompetenz für den Bereich der Abfallwirtschaft traten im Jahre 1990 das Abfallwirtschaftsgesetz des Bundes und einige Durchführungsverordnungen in Kraft. Die Vollziehung dieses Gesetzes ist in weiten Teilen Aufgabe der Länder. Die bereits 1985 formulierte Prioritätenfolge des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes

– Quantitative Abfallvermeidung, d. h. Abfallmengenreduktion, und qualitative Abfallvermeidung, d. h. Einflußnahme auf die Müllzusammensetzung und Reduktion der Schadstofffracht,

- Stoffliche, biologische und thermische Verwertung der Abfälle aus dem Haushalt, aus Gewerbe, Industrie und öffentlichen Einrichtungen,
- Inertisierung, umweltverträgliche Endlagerung der Reststoffe und Rückstände sowie Minimierung der Umweltbelastung durch die Abfallbehandlung selbst

ist nun auch Richtlinie im Sinne des Bundesabfallwirtschaftsgesetzes. Maßnahmen zur Abfallvermeidung in privaten Haushalten ebenso wie im Bereich des Gewerbes und der Verwaltung bekommen immer größere Bedeutung. Die mit hohem technischem und finanziellem Aufwand sanierte Deponie Rautenweg ist die einzige Einrichtung der Stadt Wien mit Deponieklasse III b und darf daher nur äußerst sparsam und verantwortungsvoll in Anspruch genommen werden. Zur Abfallvermeidung wird seit Mitte 1989 in zwei Wiener Bezirken ein Modellversuch „Abfallvermeidung im Haushalt“ durchgeführt: Er soll Antwort darauf geben, inwieweit durch umweltorientiertes Konsumverhalten die Hausmüllmenge reduziert werden kann und welcher Bedarf an umweltfreundlichen und abfallarmen Produktalternativen im Handel besteht. Die Ergebnisse der hochmotivierten Versuchshaushalte geben allen Anlaß zum Optimismus, durch Information und Motivation auch beim gegenwärtigen Warenangebot die Hausmüllmenge zu reduzieren. Es wird aber ebenso deutlich, daß nur durch eine Kombination von Vermeidungs-, Verwertungs- und Entsorgungsaktivitäten eine umweltgerechte Abfallwirtschaft betrieben werden kann. In den Wochen vor Weihnachten wurde eine vielbeachtete Plakat- und Inseratenaktion zur Abfallvermeidung „Mehr Verpackung als Geschenke?“ gestartet, um in der Zeit des höchsten Müllaufkommens auf bewußtes Konsumentenverhalten hinzuweisen. Nach den Weihnachtsfeiertagen wurden an über 200 Christbaumverkaufsstellen in Wien 40.100 alte Weihnachtsbäume oder 112,35 t zur Kompostierung gesammelt. Für die individuelle Information zur Abfallvermeidung in Haushalt und Betrieb stehen das Inforeferat der Abteilung, das Misttelefon (Telefon 55 16 61) und die ausgebildeten Abfallberater zur Verfügung. Die Zielsetzungen der Abfallverwertung werden durch die Einrichtung geeigneter Sammel- und Verwertungssysteme für verschiedene Altstoffe, Problemstoffe und Kompostrohmaterial, durch angepaßte Gebührenordnungen — etwa bei der Abfallbehandlungsanlage ABA und der Deponie Rautenweg —, durch technische Umweltschutzeinrichtungen bei den Müllverbrennungsanlagen und auf der Deponie sowie durch verstärkte Information der Öffentlichkeit und Zusammenarbeit mit der Wirtschaft verwirklicht. Im Jahre 1990 wurde die Umstellung der Altstoffsammlung auf das Behältersystem der Abteilung vollständig abgeschlossen. Alle Bezirke sind nun mit den bekannten grünen Kunststoffsammelbehältern ausgestattet. Als nächster Schritt der getrennten Sammlung wurde 1990 auf der Grundlage des zweijährigen Modellversuchs mit der flächendeckenden Einführung des Systems Biotonne für kompostierbare Grün- und Gartenabfälle begonnen. In drei Bezirken wurden die Biotonnen bereits aufgestellt, bis Ende 1991 ist die Umstellung von weiteren neun Bezirken des Grüngürtels vorgesehen. Parallel mit dem Aufbau der Sammelorganisation wurden die Vorbereitungen für die Behandlung und Kompostierung des Sammelmaterials getroffen. Für die dichtverbauten Stadtteile wurden im Rahmen der Aktion City-Komposter 1.000 Komposter für die Verwertung von Küchen- und Grünabfällen im Hof von der Abteilung zur Verfügung gestellt. Die mit großem Echo von der Bevölkerung angenommene Einrichtung der 18 Mistplätze wurde durch die Aktion der mobilen Mistplätze an Wochenenden im Frühjahr und Herbst verstärkt. Ergänzend zur Alttextilensammlung bei den Problemstoffsammelstellen wurde 1990 im Frühsommer und Herbst eine Straßensammlung mit Säcken von der Abteilung durchgeführt.

Weitere Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für die Arbeit der Abteilung werden durch eine einjährige Systemmüll- und Altstoffanalyse geschaffen, die Mitte 1990 begonnen wurde. Diese Untersuchung wird vor allem Auskunft über Vermeidungs- und Wertungspotentiale und sozioökonomische Einflußfaktoren auf Müllaufkommen und Zusammensetzung in einer Großstadt geben. Das Prinzip der getrennten Sammlung wurde konsequent auch auf Bereiche außerhalb des Hausmülls angewendet. So wurde die getrennte Sammlung von hausmüllähnlichem und infektiösem Spitalmüll eingeführt und mit der getrennten Sammlung von Marktabfällen begonnen, die nach Untersuchungen ein hohes Verwertungspotential beinhalten. Die getrennte Erfassung von kompostierbaren Friedhofsabfällen und Müll wurde auf dem Wiener Zentralfriedhof mit guten Ergebnissen eingeführt. Aus der Sicht der Entsorgung trat für die Abfallwirtschaft in Wien im Jahre 1990 durch die Wiederinbetriebnahme der Müllverbrennungsanlage II — Spittelau nach dem zweieinhalbjährigen brandbedingten Stillstand eine spürbare Entlastung ein. Im Dezember 1989 konnte der Probetrieb aufgenommen werden, wodurch große Mengen Hausmüll nicht mehr direkt und ohne thermische Verwertung deponiert werden mußten. Durch die Inertisierung der Reststoffe soll gewährleistet werden, daß abgelagerte Abfälle auch in der Zukunft kein Umweltgefährdungspotential darstellen. Diesem Ziel dienen neben den weiteren baulichen Maßnahmen auf der Deponie Rautenweg insbesondere die Inbetriebnahme einer provisorischen Behandlungsanlage für Aschen und Schlacken aus der Müllverbrennungsanlage II — Spittelau und die Errichtung einer definitiven Aufbereitungsanlage für 200.000 t/a Schlacke und Asche aus beiden Wiener Müllverbrennungsanlagen und den Entsorgungsbetrieben Simmering. Die Entwicklung der Müll- und Altstoffmengen in Wien zeigen deutlich, daß im Bereich der privaten Haushalte der richtige Weg beschritten wird. Das Systemmüllaufkommen ist stabilisiert bis rückläufig, die Sammelergebnisse der Altstoffsammlung sind stark steigend, die Biotonne und Problemstoffsammlung finden hohe Akzeptanz. Künftige Schwerpunkte werden daher darin liegen, von einer Stabilisierung des Aufkommens und einer Entsorgung durch Trennung und Verwertung zu einer meßbaren Abfallvermeidung und zu einer Verringerung der abfallwirtschaftlichen Massenströme



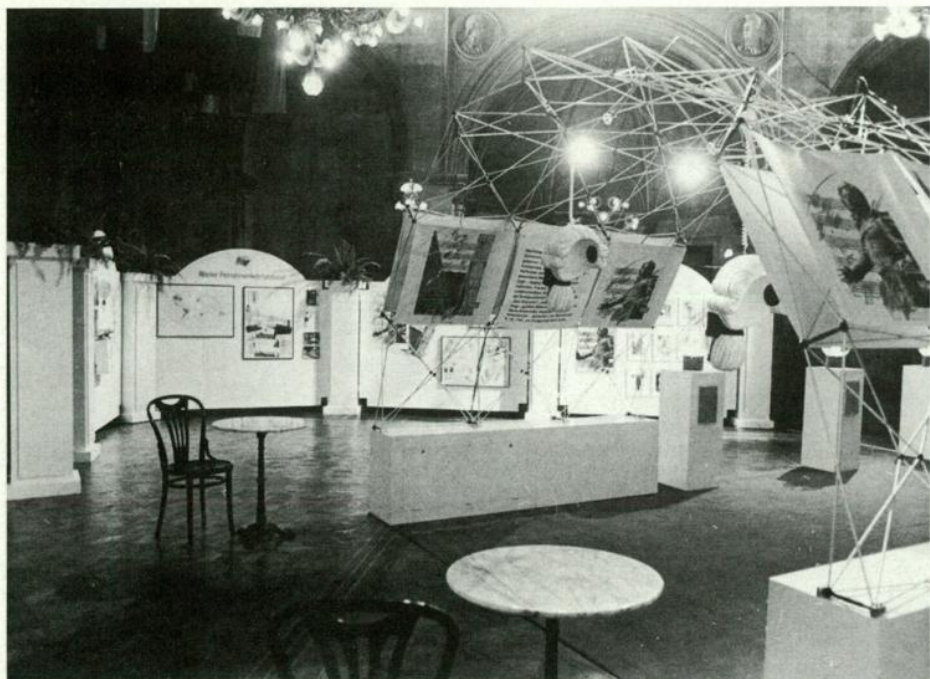
Erste Baumsetzung für die Allee in der Hernalser Hauptstraße

Foto: Landesbildstelle

Erholungsgebiet „Wienerberg“

Foto: Mikes





Mozart-Ausstellung am Tag der offenen Tür

Foto: PID

Neues Chemielabor der MA 30

Foto: Landesbildstelle



zu gelangen. Eine zentrale Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem Industrie- und Gewerbemüll zu. Ein umfangreiches Serviceangebot für das Gewerbe, differenzierte Tarifregelungen mit starken Verwertungs- und Vermeidungsanreizen und intensive Kundenberatung sollen dabei zum verantwortungsvollen und bewußten Umgang mit Abfällen beitragen.

Die Sammelleistung der Abteilung betrug 1990 662.974 t gegenüber 634.759 t im Jahre 1989 und lag damit um 4,4 Prozent über dem Vorjahr. Die Steigerung lag praktisch ausschließlich im Bereich der getrennt gesammelten Altstoffe (99.382 t oder +37%), während die gesammelte Müllmenge mit 563.592 t nahezu unverändert blieb. Berücksichtigt man auch die direkten Anlieferungen zu den kommunalen Abfallbehandlungsanlagen, zeigt sich, daß sowohl das Müllaufkommen als auch die Altstoffmenge im Jahr 1990 zunahm. Das Abfallaufkommen stieg unter Einbeziehung dieser Mengen um 4,5 Prozent auf 767.843 t (1989: 733.036 t). Davon konnten 125.992 t (115.511 t durch getrennte Erfassung und 10.481 t durch nachträgliche Aussortierung) oder 16 Prozent verwertet werden.

Herkunft der Müllmenge	Müll (t)	Alt- und Problemstoffe (t)
Systemmüllsamm lung (120-l- bis 4.400-l-Behälter)	468.606	
Muldenabfuhr (9-m ³ -24-m ³ -Container)		
Gewerbemüll, Marktabfälle usw.	41.498	
Rest- und Sperrmüll von Mistplätzen	26.139	
Bauschutt von Mistplätzen	15.665	
Sperrmüllsamm lung (Lkw-Abfuhr)	4.900	
Spitalmüllabfuhr	6.784	
Getrennte Altstoffsamm lung		78.689
Kompostmaterial Biotonne		4.265
Altstoffsamm lung auf Mistplätzen		8.098
Kompostmaterial von Mistplätzen		6.892
Problemstoffsamm lung		1.438
Zwischensumme I — Samm lung	563.592	99.382
Sammelleistung der MA 48-II b		662.974 t
Fremdanlieferungen zur ABA — Müll	8.674	
Fremdanlieferungen zur ABA — Kompost		4.708
Fremdanlieferungen zur MVA I	4.088	
Fremdanlieferungen zur Deponie	75.978	
AREC — Altstoffe		11.421
Zwischensumme II — Anlieferung	652.332	115.511
Summe Müll und Altstoffe		767.843 t

Art der Behandlung	1989		1990	
	abs.	rel.	abs.	rel.
Müllverbrennungsanlage I	110.648 t	15,1	84.429 t	11,0
Müllverbrennungsanlage II	9.383 t	1,3	216.056 t	28,1
EBS	6.804 t	0,9	147 t	0,0
Abfallbehandlungsanlage	16.929 t	2,3	10.752 t	1,4
Deponie Rautenweg	494.519 t	67,5	340.948 t	44,4
Summe Müllbehandlung	638.283 t	87,1	652.332 t	84,9
Altstoffverwertung (direkt)	74.072 t	10,1	70.736 t	9,3
Altstoffverwertung (über ABA)	8.217 t	1,1	26.742 t	3,5
Altstoff und Kompost ohne Verwertung	3.087 t	0,4	1.676 t	0,2
Kompostierung (ABA)	8.140 t	1,1	14.919 t	1,9
Problemstoffverwertung	375 t	0,1	547 t	0,1
Problemstoffbehandlung	862 t	0,1	891 t	0,1
Alt- und Problemstoffbehandlung	94.753 t	12,9	115.511 t	15,1
Summe	733.036 t	100,0	767.843 t	100,0

Das Gesamtaufkommen an Müll und Altstoffen von 767.843 t wurde zu 39,1 Prozent in der Müllverbrennungsanlage I-Flötzersteig, in der Müllverbrennungsanlage II-Spittelau und in der Sonderabfall-Verbrennungsanlage EBS verbrannt. Der überwiegende Teil von 44,4 Prozent (Müll und nicht verwertete Altstoffe und Kompost) wurde auf der Deponie Rautenweg geordnet abgelagert. Im Jahr zuvor betrug der direkt deponierte Anteil wegen des Stillstandes der Müllverbrennungsanlage II noch 67,5 Prozent. Ein kleiner Teil von 1,4 Prozent gelangte in die Abfallbehandlungsanlage ABA am Rautenweg, 15,1 Prozent wurden als Altstoffe verwertet, kompostiert oder der Problemstoffentsorgung zugeführt.

Mit der Systemmüllabfuhr in 120-l- bis 4.400-l-Behältern wurden 468.606 t oder um 1,7 Prozent weniger als im Vorjahr gesammelt (1989: 476.850 t). Daraus ergibt sich eine spezifische Systemmüllmenge für Wien von 303,3 kg/Einwohner und Jahr oder ein Rückgang des Pro-Kopf-Aufkommens um 2,6 Prozent im Vergleich zu 1989: 311,5 kg/Einwohner und Jahr. Folgende Schüttungssysteme waren im Einsatz:

Behälterart	Anteil am Müllvolumen		Anzahl der Sammelfahrzeuge		Anzahl der Müllaufleger	
	1989	1990 in %	1989	1990	1989	1990
120/240 1—2 Mann	7,0	7,5	24	23	48	46
120/240 1—5 Mann	22,0	21,3	47	46	235	230
770/1100 l	59,7	57,9	94	95	188	190
2200/4400 l	11,3	13,3	12	14	24	28
Summe	100,0	100,0	177	178	495	494

Der Trend zu Großbehältern mit 2,2 m³ und 4,4 m³ in der Systemmüllabfuhr hält weiter an. Die Anzahl der Sammelstrecken mit dieser Schüttung stieg um 2 auf nunmehr 14 Strecken. Gleichzeitig wurden auch Gewerbebetriebe zunehmend von Containern und Mulden auf die Großbehälter der Systemmüllsammlung umgestellt.

Die neue und optimierte Form der getrennten Sammlung von Altstoffen nach dem Wiener Abfallwirtschaftskonzept wurde im Jahre 1990 abgeschlossen. Am Ende des Jahres standen die Altglassammlung und die Altpapiersammlung in allen Bezirken zur Verfügung, für die übrigen Altstoffe die bekannten Mistplätze und 470 Altstoffzentren. Insgesamt wurden durch die getrennte Altstoffsammlung der Abteilung 78.689 t Altstoffe (Altpapier, Altglas, Altmalmetalle, Alttextilien usw.), d. s. um 42 Prozent mehr als im Vorjahr, getrennt gesammelt. Als nächster Schritt zur intensivierten Abfallverwertung begann die Abteilung in drei Bezirken mit der flächendeckenden Einführung des Systems Biotonne für die getrennte Sammlung kompostierbarer Garten- und Grünabfälle. Das Sammelergebnis der Biotonne betrug 4.265 t.

Art der Altstoffe	Sammelmenge		Änderung (%)
	1989 (t)	1990 (t)	
Altpapier	36.169,3	55.620,3	+ 54
Altglas	18.056,1	20.779,7	+ 15
Alttextilien ¹⁾	73,3	746,2	+ 900
Altmalmetalle und Getränkedosen	908,2	1.344,9	+ 48
Kunststoff-Folien	9,6	175,0	+ 200
Joghurtbecher	30,4	22,4	- 27
Zwischensumme	55.316,9	78.688,5	+ 42
Biotonne	1.690,3	4.264,7	+ 152
Summe	57.007,2	82.953,2	+ 46

¹⁾ Zusätzlich wurden 1990 im Rahmen der mobilen Mistplätze 6,6 t Alttextilien gesammelt.

Durch die 18 Mistplätze konnten 8.098 t Altstoffe erfasst werden. Auch die Sammelmenge an Kompostrohmaterial auf den Mistplätzen konnte 1990 mit 6.892 t wieder erhöht werden. Unter Einbeziehung der getrennt erfassten Problemstoffe (1.438 t), der direkten Kompostmaterialanlieferung zur ABA (4.708 t), der AREC-Sammelleistung (11.421 t) sowie der durch Magnetabscheidung nach der Müllverbrennung (6.737 t) und der durch Sortierung in der Abfallbeseitigungsanlage (3.744 t) abgetrennten Alt- und Problemstoffe konnten insgesamt 125.992 t Alt- und Problemstoffe erfasst werden.

Als Ergebnis der flächendeckenden Sammlung von Problemstoffen aus Haushalten an 54 Sammelstellen (Problemstoffsammelstellen und Mistplätze) in Schulen, aus dem Handel und bei diversen lokalen Sammelaktionen konnten insgesamt 1.438 t Problemstoffe oder 16 Prozent mehr als 1989 getrennt erfasst werden. Weitere 57 t wurden in der Abfallbehandlungsanlage ABA und auf der Deponie Rautenweg aus dem angelieferten Müll aussortiert. Von der Gesamtmenge konnten 547 t, das sind rund 37 Prozent, verwertet, die übrigen Problemstoffe ordnungsgemäß entsorgt werden.

Sammelstellen für Problemstoffe	1989		1990	
	(t)	(%)	(t)	(%)
Problemstoffsammelstellen	352,9	26,9	379,7	25,4
Mistplätze	691,3	52,3	942,1	63,0
Mobile Mistplätze	44,5	3,4	31,8	2,1
Sonderaktionen	—	—	3,5	0,2
Apotheken (Altmedikamente direkt zur EBS)	65,0	4,9	20,5	1,4
Handel (Altbatterien direkt zur Abteilung)	16,8	1,3	5,5	0,4
Fremdanlieferungen	66,8	5,2	54,6	3,7
Zwischensumme	1.237,3	94,0	1.437,7	96,2
Aussortierung ABA	69,9	5,3	41,8	2,8
Aussortierung Deponie Rautenweg	9,3	0,7	15,4	1,0
Gesamtsumme	1.316,5	100,0	1.494,9	100,0

Über den Apothekenrückholdienst wurden 20,5 t Altmedikamente an die EBS und 23,7 t zu den Problemstoffsammelstellen geliefert. Die Entsorgungskosten werden von der Abteilung getragen. Im Rahmen der gemeinsamen Altbatteriensammlung der Stadt Wien und der Wiener Handelskammer wurden 28,3 t Altbatterien (+68 %) erfasst; auch deren Entsorgungskosten trug die Abteilung. In beiden Fällen trat eine deutliche Verschiebung von der Problemstoffsammlung über den Handel zu Sammeleinrichtungen der Abteilung ein. An krankenhauspezifischen Abfällen („Spitalmüll“) wurden 6.784 t bzw. 148.320 m³ gesammelt.

An Stelle der früher durchgeführten Entrümpelungsaktionen zur Reinhaltung der Stadt Wien und des Wienerwaldes wurden wieder in allen Bezirken die mobilen Mistplätze an Sonntagen im Frühjahr und Herbst eingerichtet. Dabei wurden 898,1 t Alt- und Problemstoffe, Sperrmüll und andere Abfälle gesammelt (1989: 1.167,4 t). Die laufend durchgeführte Entrümpelungsaktion auf Anforderung erfolgt gegen Bezahlung durch den Verursacher. Im Jahre 1990 wurden in 5.246 Einsätzen 4.900 t Sperrmüll mit Lkw abgeholt.

Zusätzlich zur Entrümpelungsaktion gegen Bezahlung und als Annahmestellen für Sperrmüll, Alt- und Problemstoffe aus Haushalten stehen der Wiener Bevölkerung seit 1988 als weitere Serviceleistung 18 Mistplätze sowie die mobilen Mistplätze kostenlos zur Verfügung. Dies gilt auch für Gewerbeabfälle, wenn sie mit Fahrzeugen bis maximal 1 t Nutzlast angeliefert und exakt vorsortiert abgegeben werden. Insgesamt wurden 1990 auf den Mistplätzen 57.767,8 t Müll, Alt- und Problemstoffe aller Art gesammelt; das entspricht einer Steigerung von 26,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr (1989: 45.583 t). Davon waren 8.097,5 t oder 14,0 Prozent Altstoffe, 6.891,8 t oder 12 Prozent Kompostrohstoffe, 8.441,4 t (14,6 %) Sperrmüll sowie 17.697,9 t (30,6 %) Restmüll und 15.665,3 t (27,1 %) Schutt. Weiters wurden 973,9 t (1,7 %) Problemstoffe auf den Mistplätzen gesammelt.

Im Rahmen des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes kommt der Abfallbehandlungsanlage im Mistzelt die Funktion der Behandlungsstelle für private und gewerbliche Abfälle und Altstoffe sowie die Funktion des Umschlagplatzes für getrennt gesammelte Alt- und Problemstoffe zu. Der Betrieb der Anlage verfolgt nachstehend angeführte Ziele:

- Sichtung des Industrie-, Gewerbe- und Sperrmülls (IGS- Müll) und Aussortierung von Sonderabfällen aus IGS-Müll
- Gewinnung, Zwischenlagerung und Vermarktung von verwertbaren Altstoffen und Altstoffenergieträgern
- Volumensreduktion des sperrigen Anteils und Verlängerung der Deponierestnutzungsdauer
- Anleitung der Müllproduzenten zu anderweitiger Verwertung und zu sortenreiner Anlieferung über flexible Tarife, Kontrollen und Beratung

- Statistische Erfassung der Müllmengen aus dem Gewerbe- und Industriebereich sowie des Sperrmülls und der zu deponierenden Müllmengen
- Verwertung des direkt angelieferten und des von der Abteilung getrennt gesammelten Kompostrohmaterials
- Mechanische Sortierung und Umladung von Altstoffen aus der getrennten Altstoffsammlung und von den Mistplätzen
- Übernahme, Auftrennung, Zwischenlagerung und geordneter Abtransport von Problemstoffen zu Verwertungs- und Behandlungseinrichtungen
- Behandlung von Verbrennungsrückständen, wie Schlacke und Flugasche.

Im Jahre 1990 passierten 121.412 t (1989: 112.255 t) Altstoffanlieferungen sowie Privat- und Gewerbemüllanlieferungen die Eingangskontrolle der Abfallbehandlungsanlage. Davon wurden 67.750 t altstoffarme Gewerbeabfälle und betriebsbedingt 423 t altstoffreiche Gewerbeabfälle und Altstoffe nach der Eingangskontrolle und Verwiegung zur Deponie Rautenweg verbracht. 53.239 t altstoffreiche Abfallanlieferungen und Altstoffe wurden im Mistzelt einer Behandlung unterzogen. An Altstoffen und Kompostausgangsmaterial wurden 46.207 t, an Sonderabfällen 141 t — zusammen 87,1 Prozent des Inputs — einer Verwertung bzw. umweltkonformen Endbehandlung zugeführt. An Reststoffen wurden 6.890 t auf der Deponie Rautenweg geordnet abgelagert.

51 t ausgeschiedene Müllbehälter aus Kunststoff (120-l- und 240-l-Behälter) aus dem Bereich der MA 48, die bisher deponiert bzw. in den Müllverbrennungsanlagen verbrannt werden mußten, wurden 1990 zu Mahlgut verarbeitet. Das hergestellte Mahlgut dient als Ersatz für Primärrohstoffe und wird für die Produktion neuer Müllbehälter verwendet.

Aus dem Bereich der getrennten Altstoffsammlung wurden 1.057,1 t Eisenschrott im neu errichteten Schrottwisenzwischenlager gelagert und gemeinsam mit aussortiertem Eisenschrott aus der Sortieranlage und dem getrennt angelieferten Fe-Schrott der Mistplätze vom Verwerterbetrieb abgeholt. Weitere 287,8 t Dosenschrott aus der getrennten Altstoffsammlung wurden der Sortieranlage zugeführt, um den Anteil der Aludosen und die Verunreinigungen durch Negativauslese mittels Magnetausscheider und händischer Nachsortierung abzutrennen. Von den Mistplätzen wurden 752,2 t, von Märkten 30 t Papp- und Kartonagenabfälle angeliefert, in der Sortieranlage von den Verunreinigungen befreit (bis zu 10 Masseprozent) und dadurch eine reine Wellpappefraktion gewonnen.

175 t Kunststofffolien von den Altstoffzentren und Mistplätzen gelangten in den Sortierflur der Abfallbehandlungsanlage, um von Fremdbestandteilen (bis zu 50 Masseprozent) befreit und gemeinsam mit Folien der Gewerbeanlieferung zu Ballen verpreßt zu werden.

Im Jahre 1989 wurde unter Miteinbeziehung des westlichen Teiles des Müllbunkers eine Energiehackgut-Aufbereitungsanlage mit einer Durchsatzleistung von rund 15.000 Tonnen pro Jahr errichtet. Nach ihrer Fertigstellung wurde am 31. Juli 1990 der Betrieb aufgenommen.

Im Jahre 1990 wurden an nativ-organischen Abfällen insgesamt 15.664,7 t (1989: 8.140 t), und zwar 6.742,7 t von Mistplätzen, 4.081,3 t aus dem System Biotonne, 112,5 t aus Kleingartenanlagen und 4.708,2 t durch Fremdanlieferungen, zum Kompostplatz der Abfallbehandlungsanlage angeliefert und getrennt nach Herkunft zwischenlagert. Für die Aufbereitung und Kompostierung der biogenen Stoffe stehen Radlader, mobile Zerkleinerungs- und Siebagggregate sowie ein mobiles Bewässerungsfahrzeug zur Verfügung. Nach der Aufbereitung wurden 176 t für die Erprobung naturnaher Rotteverfahren und 237 t für die Erprobung technischer Verfahren verwendet. 15.251,7 t wurden unter herkömmlicher Methodik mit Umsetzen und Bewässern einer Verrottung zugeführt. 1990 wurden rund 5.000 t Reifekompost erzeugt, wovon 2.300 t aus abgesiebttem Kompost bestanden. Der Großteil wurde verkauft, ein Restbestand lag zu Jahresende auf Lager.

1990 wurden 13.666 Kühlschränke an die Abfallbeseitigungsanlage geliefert. Bei 5.780 Stück war das Kühlsystem nach augenscheinlicher Kontrolle noch unbeschädigt, bei den übrigen 7.889 Kühlaggregaten war der Kühlmittelkreislauf bereits defekt. Insgesamt wurden 129,65 kg gasförmige Kältemittel abgesaugt.

Die Problemstoffe aus der getrennten Sammlung sollen gemeinsam mit den aus der Abfallbehandlungsanlage stammenden gefährlichen Abfällen in einer eigenen Anlage nach den verschiedenen Verwertungs- und Entsorgungsmöglichkeiten sortiert werden. Für diesen Zweck wurde 1990 ein Zentralgebäude mit Lager- und Sortierräumen (zentrale Problemstoffsammelstelle) errichtet. Damit keine Emissionen ins Grundwasser gelangen können, wurde eine Mehrbarrierendichtung angeordnet.

1990 wurde auch eine mobile Behandlungsanlage für Verbrennungsrückstände (Schlacke und Asche) aus der Müllverbrennungsanlage II-Spittelau auf dem Gelände der Abfallbehandlungsanlage installiert und am 9. April in Betrieb genommen. 52.276 t Schlacke und Asche wurden mit Zement und Wasser versetzt, vermischt und in Form einer Monodeponie auf der Deponie Rautenweg endgelagert. Für die Konditionierung der Schlacken und Aschen aller Wiener Müllverbrennungsanlagen und der Entsorgungsbetriebe Simmering wurde eine Aufbereitungsanlage für 150.000 t Schlacke und 42.000 t Asche errichtet. Die Inbetriebnahme ist für 1991 vorgesehen.

1990 standen folgende Deponien zur Verfügung:

- für Hausmüll, Bauschutt sowie Schlacke und Asche aus den Verbrennungsanlagen die Deponie Rautenweg (14 km vom Stadtzentrum),

- für Aushub die Deponie Schafflerhof (18 km vom Stadtzentrum),
- für Aushub und Bauschutt die Deponie Gerasdorf (16 km vom Stadtzentrum).

Die zur Deponie Rautenweg angelieferte Müllmenge ging durch den Vollbetrieb der Müllverbrennungsanlage II-Spittelau um über 40 Prozent gegenüber 1989 zurück. Gleichzeitig ging auch die für die Zwischenabdeckung und Randwellschüttung erforderliche Inertmaterialmenge zurück. Die gesamte deponierte Menge ging somit 1990 im Vergleich zum Vorjahr um 15 Prozent auf 1.153.600 t zurück. Dieser Rückgang entlastete vor allem die Deponie Rautenweg, auf der die Gesamtmenge um 17 Prozent zurückging. Der Anteil des Mülls an der deponierten Menge nahm von 49 auf 40 Prozent ab, gleichzeitig stieg der Anteil der abgelagerten Inertstoffe von 51 auf rund 60 Prozent.

Im Frühjahr 1990 wurde auf der Deponie Rautenweg mit der Verfüllung des nördlichen Paxteiches begonnen. Inzwischen sind der nördliche und der mittlere Paxteich zugeschüttet. Bis zur Inbetriebnahme eines Kompostwerkes wird auf einer rund 2 ha großen, entsprechend befestigten Fläche auf dem bereits geschütteten Deponiekörper der Deponie Rautenweg kompostiert. Die Ausfahrtstraße wurde im Bereich der Deponie auf einer Länge von 150 m asphaltiert, um Staubentwicklung und Straßenverschmutzung zu vermeiden.

In der städtischen Müllbehälter-Reparaturwerkstätte und Kübelwäscherei in der Traisengasse wurden insgesamt 33.886 Müllbehälter gereinigt und 15.553 repariert. Durch die Tauschzüge der Müllbehälter-Reparaturwerkstätte wurden die Müllbehälter für zwei neue Sammelstrecken mit 2,2-m³/4,4-m³-Schüttung aufgestellt und Transportleistungen für die laufende Reinigung und Instandsetzung von Behältern erbracht. Im Bereich der getrennten Altstoffsammlung wurden 26 neue Altstoffzentren eingerichtet, in fünf Bezirken die Altpapiersammlung auf das Behältersystem der Abteilung umgestellt und mit der flächendeckenden Einführung der Biotonne im 14., 16. und 19. Bezirk begonnen. Weiters wurden laufend anfallende Arbeiten für die Garagen, Deponien, fahrbaren WC-Anlagen, Problemstoffsammelstellen, ferner Wartungsarbeiten an den Müllpressen auf den Wiener Märkten und Reparaturen an Mulden durchgeführt. Im Jahre 1990 wurden 4.965 Müllbehälter, 692 Altstoffbehälter und 16 Mulden skartiert.

Die Tätigkeiten der Zentrale der Betriebsabteilung—Straßenreinigung umfassen alle kehrbezirksüberschreitenden organisatorischen Arbeiten (auch für den Winterdienst), Verrechnungen, Personalangelegenheiten und Verwaltungsarbeiten. Insgesamt gibt es 12 Kehrbezirke mit 65 Sektionen, die alle Bezirke einbeziehen, und die Nachtschicht mit zwei Schichten, die als 13. Kehrbezirk geführt wird. Im 1. Bezirk, der auf Grund der hohen Besucher- und Fußgeherfrequenz als eigener Kehrbezirk ausgewiesen wurde, ist zusätzlich zum Tagdienst, der um 14.30 Uhr endet, eine Nachmittagschicht bis 19.00 Uhr eingerichtet. Die Nachtschicht, die von 20.30 bis 5.00 Uhr früh arbeitet, ist außer im 1. Bezirk auch in Marktgebieten sowie in Einkaufsstraßen eingesetzt. Die Umstellung von Kehrstrecken auf Kehrflächen ist abgeschlossen.

Im Rahmen der Dezentralisierung ist den Bezirksvorstehern ein Verfügungsrecht über Kapazitäten der Straßenreinigung eingeräumt. So stehen jedem Kehrbezirksleiter drei Kleinfahrzeuge und fünf Mann zur Verfügung, die vordringlich die Einsatzwünsche der Bezirksvorsteher abarbeiten. Insgesamt standen 731 Mann ständiges Personal für die händische Reinigung und als Lenker der Kleinfahrzeuge der Straßenreinigung, 136 Saisonarbeiter und 57.756 Mann, die als Tagelöhner und Schneearbeiter eine Leistung von 462.048 Stunden erbracht haben, sowie 14 Platzmeister für die Betreuung der Mist- und Winterdienstplätze der Straßenreinigung zur Verfügung.

Im Stadtgebiet waren 6.814 Papierkörbe à 40 l Inhalt, 1.033 Altstadtpapierkörbe à 20 l, 37 Betonabfallbehälter mit Einsatz, 70 Lamellen mit Einsatz sowie 37 Elefantenfüße aufgestellt. Die Straßenreinigung entleerte die 7.991 Papierkörbe an exponierten Stellen bis zu dreimal täglich. Durch die Aufstellung von Altstoffsammelcontainern wurde die Anbringung von zusätzlichen Papierkörben für die anfallenden Tragtaschen usw. vermehrt erforderlich. Im 1. Bezirk wurden die gängigen Papierkörbe gegen gestaltete Gitterkörbe (Altstadtpapierkörbe) getauscht.

Bei 8.105 Einsätzen wurden von eigenen Kehrmaschinen 355.136 km, bei 115 Einsätzen von privaten Kehrmaschinen im Auftrag der Abteilung 5.175 km gefahren. Bei 1.870 Einsätzen wurden von eigenen Waschmaschinen 129.807 km, bei 1.872 Einsätzen von privaten Waschmaschinen im Auftrag der Abteilung 95.452 km gefahren. Weiters wurden von Kleinkehrmaschinen der Straßenreinigung (Traktor mit Kehranhänger) 4.825 Betriebsstunden im Kehreinsatz geleistet. 12 neuangeschaffte Waschaufbauten für die Klein-LKW der Straßenreinigung wurden ebenfalls noch zum Reinigen der Fahrbahnen eingesetzt. Seit September 1985 werden Hundereinigungssets über 11 Automaten der Bevölkerung angeboten. Im Jahre 1990 wurden 2.896 Sets verkauft. Die regelmäßige Reinigung von insgesamt 37 Brunnen in Verwaltung der MA 7 wurde veranlaßt und überprüft.

Der Journaldienst ist wochentags von 15.30 bis 6.00 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen rund um die Uhr, der Funkraum das ganze Jahr hindurch mit einem Bediensteten der Abteilung besetzt, übernimmt die Einsatzleitung des Bereitschaftsdienstes, die Fahrzeugbereitstellungen der jeweiligen Einsatzgaragen über Anforderung der Polizei, der Feuerwehr, des Permanenzingenieurs, der Straßenreinigung selbst (wie z. B. Kehrmaschinen, Waschmaschinen) und, wenn der Funkraum der Abschleppgruppe nicht besetzt ist, die Steuerung der Abschleppfahrzeuge. Im Katastrophenfall laufen ebenfalls alle Anforderungen über den Journaldienst. An Wochentagen werden von 6.00 bis 15.30 Uhr alle Agenden bis auf die Abschleppungen von der Betriebsabteilung—Straßenreinigung übernommen.

Im Winterdienst 1989/90 wurde wegen Schnees und Glatteises 17.511 t Streuriesel und 859,5 t Salz verbraucht. Die Zahl der Einsatzwagen betrug 70, die der LKW-Ausfahrten der Abteilung 1.428, von privaten Firmen 1.100, die der Streuarbeiter-Schichten 23.625. Im Winterdienst waren 232 abteilungseigene Fahrzeuge und 184 LKW von privaten Firmen mit Winterdienstgeräten der Abteilung zum Pflügen und Streuen eingesetzt. Auf Grund der Erfahrungen aus dem Winter 1989/90 wurden im Laufe des Sommers organisatorische Änderungen getroffen. Es wurden die Routenpläne überarbeitet, die Streupläne ergänzt, skartierte Klein-LKW durch winterdiensttaugliche Fahrzeuge ersetzt, die Programme für die Datenverarbeitung, die die Abrechnung des privaten Fuhrwerkes vereinfacht, überarbeitet, Auftaummittelversuche durchgeführt und die zugeordneten Winterdienstpläne im Wiener Stadtnetz mittels EDV erfaßt sowie deren Abrufmöglichkeit getestet.

Neben den notstandspolizeilichen Maßnahmen koordiniert seit 1988 der Bereitschaftsdienst alle Agenden, die außerhalb der Routinetätigkeit der Betriebsabteilungen anfallen. Der Funkraum ist jetzt rund um die Uhr besetzt, alle Einsätze wie auch der Winterdienst werden zentral gesteuert. Es erfolgten 9.286 Ausfahrten für notstandspolizeiliche Maßnahmen (Abschrankungen, Beleuchtungen usw.). Mit den drei dafür eingesetzten Fahrzeugen (VW-Kombi) wurde eine Kilometerleistung von 76.838 km erbracht. Weiters wurden 258 Sonderveranstaltungen (Reinigungen während und nach Veranstaltungen, Aufstellung von WC-Anhängern, Aufstellung und Entleerung von Müllgefäßen) koordiniert bzw. veranlaßt. Bei 167 Veranstaltungen wurde die Leistung der Abteilung ganz verrechnet, die restlichen 91 wurden ganz oder teilweise subventioniert. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine Zunahme um 12 Sonderveranstaltungen, die betreut werden mußten. Erstmals wurden auch zwei Straßensammlungen für Textilien durchgeführt. Die Aktion wurde vorwiegend mit den Klein-LKW und dem Personal der Straßenreinigung durchgeführt. Insgesamt konnten dabei 592.108 kg Textilien eingesammelt und einer Verwertung zugeführt werden.

Insgesamt stehen 14 Winterdienstlagerplätze zur Verfügung, wobei jeder Platz mit zwei Silos für Auftaummittel ausgestattet ist. Der Lagerplatz in 11, Döblerhofstraße, wurde baulich neu ausgestaltet. Ein Garagenzubau sowie der Einbau von Sozialräumen für das Personal (Bad, WC, Garderoben) ermöglichen einen besseren Einsatz im Winterdienst.

In 17 Lagerplätzen der Straßenreinigung sind Mistplätze eingerichtet, die gemeinsam mit der Müllbeseitigung betreut werden und Montag bis Samstag von 7.00 bis 19.00 Uhr geöffnet haben. Mit dem von der Müllbeseitigung allein betreuten Mistplatz in 22, Abfallbehandlungsanlage Rautenweg, gibt es nunmehr 18 Plätze, die von insgesamt 836.562 Personen frequentiert wurden, wobei alle Arten von Sperrmüll, Altstoffen und Problemstoffen aus Privathaushalten angenommen wurden. Erstmals wurde auch Styropor in die getrennte Sammlung mit einbezogen.

Seit dem Jahre 1990 werden mobile Mistplätze als Ergänzung zu den fixen Mistplätzen eingerichtet. Bei der Aktion der „mobilen Mistplätze“, die an vier Sonntagen im April 1990 stattgefunden hat, wurden von 10.954 Besuchern 511,19 t Altmaterialien und Problemstoffe gesammelt und der Wiederverwertung bzw. Deponierung oder Entsorgung zugeführt. Bei der zweiten Aktion, die im Oktober durchgeführt wurde, konnten von 12.726 Besuchern 419,14 t Altmaterialien und Problemstoffe gesammelt werden.

Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien

Die Abteilung ist mit der Verwaltung und Bewirtschaftung der stadtnahen Erholungswälder, der Quellenschutzforste in Niederösterreich und in der Steiermark, der zugeordneten Aufforstungsflächen und Nebenbetriebe und der landwirtschaftlich genutzten städtischen Ökonomien betraut. Hiezu kommen noch die Planung, Errichtung und Erhaltung diverser Erholungseinrichtungen sowie die Anlage und Erweiterung von Windschutzgürteln.

Das Ausmaß der Grünflächen, die von der Abteilung bewirtschaftet werden, betrug im Bereich des Landes Wien 8.222,1661 ha, im Bereich der Quellenschutzforste 32.220,3361 ha, insgesamt 40.442,5022 ha. Die landwirtschaftlich genutzten Flächen machen 2.330 ha aus.

Die Forstflächen wurden in bewährter Form unter Berücksichtigung ihrer spezifischen Widmung bewirtschaftet. So wurde im stadtnahen Bereich, in dem die Wälder in erster Linie der Erholung der Bevölkerung dienen, überwiegend in Form von Einzelstammnutzung vor allem in überalterte Bestände eingegriffen. Zur Förderung der natürlichen Verjüngung wurden die Altbestände aufgelichtet, um dem natürlichen Jungwuchs das für sein Überleben erforderliche Lichtangebot zu geben. Das seit einigen Jahren zu bemerkende Eichensterben hielt weiterhin an und machte intensivere Eingriffe notwendig, als dies unter normalen Umständen der Fall wäre.

Die Quellenschutzforste wurden ebenfalls in Entsprechung ihrer speziellen Widmung genutzt. Da erwiesenermaßen für die kontinuierliche Quellenschüttung ein vielschichtiger, verschiedenaltiger, möglichst geschlossener Bestandaufbau erforderlich ist, richtete die Bewirtschaftung ihr Hauptaugenmerk auf die Einleitung der Verjüngung überalterter Bestände. Die Nutzung erfolgte aus diesem Grund in zunehmendem Ausmaß in Form von Einzelstammnahme bzw. kleinstflächigen Kahlhieben.

Der Holzeinschlag im Jahre 1990 betrug:

	Blochholz fm	Schleifholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wiener Waldforste	7.395,76	4.959,60	9.099,38	21.454,74
Quellenschutzforste	28.363,91	10.467,92	6.869,31	45.701,14
zusammen	35.759,67	15.427,52	15.968,69	67.155,88
in Prozent	53,2	23,0	23,8	100,0

Gegenüber dem Jahr 1989, in dem insgesamt 71.471,79 fm geschlägert wurden, bedeutet dies einen Rückgang von 4.315,91 fm (6,4%). Diese Verminderung betrifft vor allem die Wienerwaldforste, in denen gegenüber 1989 um 2.437,45 fm Bloche, 822,66 fm Schleifholz und 1.529,37 fm Brennholz weniger geschlägert wurden. Insgesamt ist somit in den Wienerwaldforsten ein Mindereinschlag von 4.787,48 fm zu verzeichnen. In den Quellenschutzforsten wurde gegenüber dem Vorjahr eine minimale Zunahme des Gesamteinschlages um 473,57 fm erzielt. Erwähnenswert ist jedoch, daß sich beim wertvollen Blochholz eine Steigerung um 2.386,25 fm ergab, wogegen beim weniger ertragbringenden Schleifholz ein Mindereinschlag von 1.583,59 fm und beim schwer absetzbaren Brennholz eine Einschlagsverringering um 1.858,46 fm erzielt wurde. Insgesamt konnte der Anteil des wertvollen Blochholzes am Gesamteinschlag um 3 Prozent auf nunmehr 53 Prozent angehoben werden, während die Anteile an Schleifholz um 2 Prozent und an Brennholz um 1 Prozent gesenkt werden konnten.

Die Holzabgabe dient im Bereich der I. Wiener Hochquellenleitung vorrangig der Versorgung des städtischen Sägewerkes Hirschwang. In den übrigen Verwaltungen wurde das anfallende Holz der Vermarktung zugeführt. Die Holzabgabe betrug 1990 wie folgt:

Holzabgabe	Nutzholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste an Fremde	12.462,65	12.304,24	24.766,89
Quellenschutzforste an Fremde	27.393,48	7.306,52	34.700,00
an das Sägewerk Hirschwang	11.331,96	—	11.331,96
zusammen	51.188,09	19.610,76	70.798,85

Die Holzvermarktung war gekennzeichnet durch die Windwurfkatastrophe im Frühjahr, den dadurch entstandenen Schadholzanfall von rund 5 Millionen fm in Österreich sowie einen Windriß im Ausmaß von mehreren Jahreseinschlägen in Deutschland. Die Reviere, die von der Abteilung verwaltet werden, blieben glücklicherweise von größeren Sturmschäden verschont, das Aufkommen von Kalamitätsholz bewegte sich auch im Jahre 1990 im Rahmen des langjährigen Durchschnittes. Auch die in Ursachen noch nicht völlig erforschte Eichenkrankheit rief keine über das gewohnte Ausmaß hinausgehende Ausfälle hervor. Der anfänglich für den Holzmarkt prognostizierte weltweite Preisverfall blieb interessanterweise aus. Die Preise für Sägerundholz verringerten sich regional verschiedentlich lediglich um 100 bis 200 S pro Festmeter. Der für 1990 auf Grund der beträchtlichen Kapazitätsausweitung der Verarbeitungsindustrie erwartete Preisauftrieb für Schleif- und Faserholzsortimente stellte sich nicht ein. Als Gründe hierfür werden einerseits der im Jahre 1990 im Inland und Ausland voll aufnahmefähige Schnittholzmarkt, andererseits der Zeitpunkt des Windwurfes zu Beginn der Schlägerungsperiode im Nadelholz ausgeführt, wodurch zumindest den Großbetrieben ermöglicht wurde, den geplanten Jahreseinschlag rechtzeitig auf die Schadholzaufarbeitung umzustellen. Weiters werden der Umfang des Schadholzanfalles in Österreich, der ungefähr die Hälfte des Gesamtjahreseinschlages betrug, sowie die in Deutschland nur langsam anlaufende Aufarbeitung der Windwürfe als günstige Parameter für die Gebarung des Holzmarktes gewertet.

Der Absatz der vom städtischen Sägewerk aus dem Einschlag der Forstverwaltungen Hirschwang und Naßwald erzeugten Schnittware konnte auf Grund der guten Konjunktur am Bauholzmarkt und begünstigt durch die Verkehrslage des Werkes zu gegenüber dem Vorjahr erhöhten Preisen vorgenommen werden. Auf Grund der veralteten Betriebsanlagen mußte jedoch 1990 ein erheblicher Verlust bilanziert werden.

Auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen erfolgte die Produktion der Erzeugnisse zunehmend nach ökologischen Gesichtspunkten. Einerseits wurde versuchsweise die Feldbewirtschaftung mit bodenschonenden Bearbeitungsmethoden — Minimalbodenbearbeitung — erprobt, andererseits im Stadtgut Lobau im Hinblick auf die Entwicklung und Planung des Nationalparks Donau-Auen die Umstellung auf biologischen Landbau fortgesetzt. Die Umstellungsphase für dieses Projekt ist für drei Jahre anberaumt.

Der Landwirtschaftsbetrieb produzierte 1990 erstmals Brotgetreide im Rahmen der vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft festgesetzten Richtlinien für das Extensivierungsprojekt „Markenbrot“. Bei diesem Produkt ist vor allem die Stickstoffdüngung zu reduzieren, weiters sind Höchstmengen an Stickstoff pro Hektar vorgegeben. Insgesamt 717 Tonnen Weizen wurden als „Markenbrot“ erzeugt.

Im Weingut Cobenzl wurde die Erzeugung von Qualitätswein in Flaschen weiterhin forciert. Die Verleihung von zwei Gold- und vier Silbermedaillen für diverse Sorten des Jahrganges 1989 zeigt den Erfolg dieser Bemühungen.

Auf einer Bestellfläche von 1.740 ha (ohne Weinbau) wurden 1.202 ha (69,1%) Getreide, 254 ha (14,6%) Ölfrüchte, 16 ha (0,9%) Mais, 200 ha (11,5%) Hackfrüchte, 29 ha (1,7%) Körnerleguminosen, 23 ha (1,3%) Hülsenfrüchte, 3 ha (0,2%) Gemüse und 13 ha (0,7%) Futter angebaut. Die Fläche der Weingärten betrug 32 ha. Trotz kritischer Temperatur- und Niederschlagsverhältnisse während der Winterperiode bewirkten optimale Verteilungen der Klimaverhältnisse im Frühjahr eine Getreideernte, die mengen- und vor allem qualitativ die letzten Jahre bei weitem übertraf. Winter- und Sommergerste zeitigten eine sehr gute Kornausbildung und dadurch hohe Hektolitergewichte, bei Durumweizen wurde hervorragende Glasigkeit erreicht. Der Ertrag bei Zuckerrüben konnte durch den Einsatz künstlicher Bewässerung über den des Vorjahres gesteigert werden.

An landwirtschaftlichen Erzeugnissen wurden 1990 6.187 t Getreide, 150 t Mais, 281 t Raps, 8.887 t Zuckerrübe, 126 t Sonnenblume, 697 t Kartoffel, 81 t Grünerbsen, 126 t Körnererbsen, 46 t Sojabohnen, 14 t Erdbeeren,

20 t Sorghum und 1.021 hl Wein produziert.

Bei den Aufforstungsarbeiten waren infolge der trockenen Sommerperiode wieder mehr Nachbesserungen in den Kulturlächen der vergangenen Jahre notwendig. So mußten in den Quellenschutzgebieten 189.400 Pflanzen als Ersatz für abgestorbene Bäumchen versetzt werden. Dies bedeutet eine Steigerung von 48.000 Pflanzen gegenüber dem Vorjahr. Im Wiener Raum hingegen mußten lediglich 15.170 Pflanzen (gegenüber 47.500 im Jahre 1989 und 52.900 im Jahre 1988) nachgesetzt werden. Insgesamt wurden 1990 nachstehend angeführte Zahlen an Pflanzen versetzt:

	Nadelhölzer in Stück	Laubhölzer in Stück	Gesamt in Stück
Wiederaufforstungen	145.340	121.790	267.130
Nachbesserungen	132.610	71.970	204.580
Neuaufforstungen (ohne Wohlfahrtsaufforstungen)	400	10.800	11.200
Zusammen	278.350	204.560	482.910

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Abnahme von 42.090 Pflanzen. Bemerkenswert ist der hohe Anteil von Laubbäumen, sowohl insgesamt (42%), als auch in den Quellenschutzforsten. Der Anteil mit 30 Prozent bringt deutlich das Bestreben artenreicher Mischbestände zum Ausdruck. Die Schäden am Wald durch Windwurf, Insekten, Eisbruch und Lawinen überstiegen, wie in den letzten Jahren, nicht den gewohnten Rahmen. Die Stürme, die im Westen Österreichs und im Voralpengebiet verheerende Schäden an den Wäldern anrichteten, wirkten sich glücklicherweise im Verwaltungsgebiet der Abteilung nicht schadbringend aus. Im Wiener Bereich bereitet die Eichenwelke, deren Ursache noch nicht restlos geklärt ist, nach wie vor Sorge und beeinflusst die Schlägerungsaktivitäten, da es außer der Entfernung der befallenen Individuen keine Gegenmaßnahmen gibt.

Die durch Verbiß und Rindenschälung verursachten Wildschäden konnten durch intensive Kulturschutzmaßnahmen, durch weitere Errichtungen von Wintergattern und mancherorts durch konsequente Reduzierung der überhöhten Rot- und Rehwildpopulationen weiterhin vermindert werden. Die jagdwirtschaftliche Nutzung des Wildtiervorkommens erfuhr wieder eine weitere Steigerung durch Erhöhung der Einzelabschußverkäufe in den Regiejagen. Ab 1991 wird die Jagdvergabe insofern geändert werden, als keine langfristigen Jagdpachtverträge mehr abgeschlossen werden, sondern durch Abschußübereinkommen auf die Dauer von maximal zwei Jahren ersetzt werden. Auf diese Weise hat die Abteilung bessere Möglichkeiten, die Wildstandsregulierungen zur Minimierung der Wildschäden vorzunehmen.

Der Wildbestand, der auf Grund periodischer Zählungen erhoben wurde, betrug wie folgt:

Wildart	Wienerwaldforste	Quellenschutzforste
Rotwild	276	1.425
Rehwild	1.065	1.435
Gamswild	—	2.150
Muffelwild	848	10
Damwild	255	—
Schwarzwild	1.212	—
Steinwild	—	113

Der Gesamtabgang (Abschüsse und Fallwild) betrug im Jahre 1990:

Wildart	Wienerwaldforste	Quellenschutzforste	Gesamt
Rotwild	69	549	618
Rehwild	329	584	913
Gamswild	—	607	607
Muffelwild	145	9	54
Damwild	44	—	44
Schwarzwild	1.108	—	1.108
Steinwild	—	10	10

Der Forststraßenbau beschränkte sich 1990 auf die Errichtung kurzer Feinerschließungsstraßen und Stichwege sowie auf die Anlage von Rückungswegen mit minimaler Beeinträchtigung des Bodenprofils. Die Erweiterung des Wegenetzes, durchwegs in den Quellenschutzforsten, betrug insgesamt 12.607 lfm. In zunehmendem Maße erfolgt die Bringung des geschlägerten Holzes von den Schlagorten zu den Forststraßen mittels mobiler Seilkräne, um die Schäden am verbleibenden Bestand und an der Bodenmarke so gering wie möglich zu halten. Insgesamt wurden 1990 in den Quellenschutzforsten 13.800 fm Holz auf diese schonende Weise geliefert; das sind 30 Prozent des Gesamteinschlages.

Die Arbeitszeit der Forstarbeiter entfiel, auszugsweise und prozentuell, auf folgende Arbeiten (in Prozent):

	Wienerwaldforste	Quellenschutzforste
Holzgewinnung	5,28	11,67
Kulturarbeiten	11,03	4,85
Bau und Erhaltung von Bringungsanlagen	1,93	4,34
Gebäudeerhaltung	10,65	18,06
Erholungswaldmaßnahmen	9,82	0,05

Der auffallend niedrige Anteil an Holzgewinnung und Kulturarbeiten erklärt sich aus der Tatsache, daß für zeitaufwendige Tätigkeiten, wie z. B. Dickungspflege, Durchforstungen und Kulturarbeiten, Fremdfirmen herangezogen werden. Nur auf diese Weise ist es möglich, den innerhalb kürzester Zeit zu erledigenden enormen Arbeitsaufwand, z. B. des Pflanzensetzens, zu bewältigen. Andererseits werden durch den Einsatz von Fremdfirmen Leerläufe im Personaleinsatz während arbeitsärmerer Perioden vermieden.

Die Untersuchungen der neuartigen Waldschäden konzentrierten sich im stadtnahen Bereich auf die Baumart Eiche, die mit 40 Prozent den höchsten Anteil an den Laubhölzern einnimmt. Das sogenannte „Eichensterben“ oder „Eichenwelke“ stellt aus diesem Grund einen Schwerpunkt der Untersuchungen dar. Das Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau wurde beauftragt, Möglichkeiten der Messung von Ethan- und Ethylenproduktion der Eichen zu prüfen und ein Biotestverfahren für Freilanduntersuchungen zu entwickeln, da bekannt ist, daß die Bäume bei Streßeinwirkung die pflanzeneigene Ethylenproduktion zunehmend durch Ethan-erzeugung ersetzen. Das Verhältnis von Ethylen zu Ethan erlaubt daher direkte Rückschlüsse auf den Krankheitszustand der Bäume, bevor noch sichtbare Symptome auftreten. Der Auftrag wurde 1990 mit einem technischen Zwischenbericht abgeschlossen. Weitere Testmessungen sowie feinere Abstimmungen des Meßverfahrens und der Gerätekonfiguration sind zur Überprüfung der bisherigen Ergebnisse erforderlich.

Eine weitere Untersuchung an ausgewählten Eichenflächen im stadtnahen Wienerwald versuchte, den Zusammenhang zwischen den bekannten Welkeerscheinungen der Eichen und dem möglichen Auftreten von sogenannten MLO (mykoplasmenähnliche Organismen) zu ergründen. Mykoplasmen sind als pflanzentier- und humanpathogene Erreger bekannt. Die Ergebnisse dieser Arbeit lassen den Schluß zu, daß es sich bei den in kranken Eichen gefundenen Strukturen um MLO handelt. Die Organismen wurden nur in Siebelementen kranker Bäume beobachtet. Für den Charakter eines Sekundärschädling spricht, daß in schwach geschädigten Bäumen keine MLO identifiziert werden konnten. Die Bedeutung der Infektion liegt in einem weitgehend irreversiblen Krankheitsverlauf ab einem bestimmten Krankheitsstadium. Fragen nach Zusammenhängen zwischen dem einer Infektion vorausgehenden Schwächungszustand des Baumes, der Infektion selbst und vorgegebenen Standortfaktoren müssen erst über weiterführende Reihenuntersuchungen geklärt werden.

Im Bereich der Quellenschutzforste konnten die Befliegung der 2. Hochquellenwasserleitung (Hochschwab) und die nachfolgende Interpretation von Farbinfrarotbildern durchgeführt werden. Der Endbericht liegt in Kürze vor. Erste Auswertungen weisen auf ähnliche Ergebnisse wie im Rax/Schneeberg-Gebiet hin. Die Abteilung hat somit eine flächendeckende Luftbilddokumentation des gesamten Verwaltungsgebietes.

Im Verlaufe des Jahres 1990 konnten zur Erweiterung des Wald- und Wiesengürtels entsprechend dem „Aufforstungsprogramm zur Schließung des SWW-Gürtels im Norden und Süden Wiens“ weitere 4,5 Hektar aufgeforstet werden. Diese Neubewaldungsflächen lagen im 10. Bezirk (0,2 ha), 21. Bezirk (1,1 ha), 22. Bezirk (1,9 ha) und 23. Bezirk (1,3 ha). Insgesamt wurden 35.000 Bäume und Sträucher, ausschließlich Laubgehölz-Forstware, gepflanzt. Unter den genannten Neuaufforstungen befindet sich auch jene Fläche, die bei der Jungbürgerfeier am 26. Oktober 1990 im 23. Bezirk am Südrand von Inzersdorf von Jungbürgern im Rahmen einer gemeinsamen Aktion mit der MA 13 und der MA 53 bepflanzt wurde.

Am 29. September konnte das Projekt „Landschaftsgestaltung Wienerberg-Ost“ im 10. Bezirk mit einer Eröffnungsfeier unter Anwesenheit von Herrn Bürgermeister Dr. Zilk abgeschlossen werden. Damit steht der Bevölkerung ein fast 100 ha großes Erholungsgebiet zur Verfügung, das in der Zeit von 1984 bis 1990 von einer Industrieruine zum attraktiven Freizeitraum gestaltet wurde. 14 Hektar Aufforstungen, 12 Hektar Liegewiesen, 11 Hektar Naturwiesen, 9,5 km Wanderwege und Spielplätze, Sitz- und Rastplätze sind die wesentlichen Bestandteile dieser neuen Erholungslandschaft. Als weiterer Beitrag zur Landschaftsgestaltung wurden 3.500 lfm Ackerwildkrautstreifen entlang von Windschutzgürteln angelegt. Mit diesen 4 m breiten Streifen wurde der ökologisch bedeutsame Kantensaum entlang von Waldrändern geschaffen.

Auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit wurden in Zusammenarbeit mit dem Stadtschulrat, der MA 11, der MA 13, der MA 53 sowie mit Vereinen und Organisationen der Bevölkerung Wiens Informationen, die die Einflüsse des Waldes auf die Lebensqualität des Menschen betreffen, vermittelt, in Form von Lehrwanderungen und Vorträgen in Ergänzung zum Biologieunterricht in den Schulen sowie durch Abhaltung von Ferienspielen in den Revieren grundlegendes Fachwissen über Lebensvorgänge im Wald anschaulich weitergegeben. Stellvertretend für diese Veranstaltungen sei die „Woche des Waldes“ erwähnt, die insgesamt 1.200 Schulkinder erfaßte. Im Rahmen von Pflanzaktionen wurde den Bewohnern der Stadt die Möglichkeit geboten, ihre Umwelt aktiv zu gestalten. Weiters wurden in Entsprechung des regen Interesses an den Projekten der Abteilung zur Ausgestaltung der städtischen Grünräume zahlreiche Exkursionen mit in- und ausländischen Delegationen durchgeführt. In Publikationen, in Tageszeitungen und in der Fachpresse sowie im Rahmen von Radio- und TV-Interviews wurde zur aktuellen Thematik, die die Funktionalität des Waldes und den Waldzustand betreffen, klärende Stellungnahmen abgegeben und über den Stand der in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Instituten durchgeführten Forschungsvorhaben und Projektentwicklungen laufend berichtet.

Auf dem Gebiet der Forsteinrichtung, d. i. die Erhebung bestandesbezogener Grundlagen und die kurz- und mittelfristige Planung der Bewirtschaftung, wurden im Jahre 1990 folgende neue Maßnahmen getroffen:

- Erweiterung der traditionellen Forsteinrichtungen durch Einrichtung permanenter Kontrollstichproben an Probestämmen zur meßbaren Erfassung von Waldzustandsveränderungen.
- Verbesserung der bestandesweisen Taxation durch Luftbildinterpretation auf stereoskopischem Betrachtungsgerät APT-2. Vorbereiten der rechnerischen Entzerrung der Interpretationsergebnisse auf PC durch ein Monoplot-System.
- Schrittweise Automatisierung des Kostenwesens nach Einrichtung eines Grafikarbeitsplatzes (VAY-WS 3100, ARC/INFO) und dem Einsatz eines geographischen Informationssystems.
- Rationalisierung der Forsteinrichtungsauswertung durch Rechnereinsatz und Aufbau einer Forstdatenbank auf Basis dBASE IV bzw. FOX BASE.

Im Jahre 1990 wurde überdies die EDV in der Abteilung eingeführt. Diese umfaßt folgende Bereiche:

- Büroautomation mit WORD-Textverarbeitung sowie Tabellenkalkulationsprogrammen auf PC.
- Kanzleiautomation durch Nutzung der Magistratsanwendungen Büber zwei Anschlüsse an VAX-Rechner der MD ADV.
- Automatisierung der Holzeinschlagsmanipulation durch Einsatz von Latschbacher-Daten-Erfassungsgeräten in den Revieren sowie der Weiterverrechnung des Einschlags auf PC mittels Forstprogrammen in den Forstverwaltungen. Automatisierung der Lohn- und Lohnkostenrechnung durch Verwendung von RUF-Lohnprogrammen in den Forstverwaltungen.

Eingegliedert in die Abteilung ist auch das Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau, dessen Aufgabe es ist, wissenschaftliche Grundlagen für den biologischen Landbau zu erarbeiten, seinen volkswirtschaftlichen Stellenwert zu untersuchen und entsprechende Förderungsmaßnahmen einzuleiten. 1990 konnten die Forschungsprojekte hinsichtlich Kompostherstellung und -anwendung abgeschlossen werden. Die Untersuchungen der Wechselwirkung zwischen Landschaftsteilen und Produktionsflächen sowie die Erforschung ernährungsphysiologischer Produktqualitäten wurden fortgesetzt. Begonnen wurden die Praxiserprobung der biologischen Regulierung von Pilzbefall im Weinbau sowie zwei Forschungsvorhaben mit Schwerpunkt Umstellung auf biologischen Landbau. Beratend wirkte das Institut bei Maßnahmen zur Einsparung des Herbizideinsatzes bei der Stadtreinigung mit. Es betreute ferner 9 Dissertationen bzw. Diplomarbeiten; jeweils eine Arbeit wurde abgeschlossen. Die wissenschaftlichen Arbeiten dokumentieren sich in 26 Publikationen; 9 waren in Druck, 6 in Vorbereitung. Auf Einladung in- und ausländischer Veranstalter wurden 54 Referate unter anderem zu den Themen Bodenbiologie und Nahrungsmittelqualität gehalten.

Sportamt

Zu den wesentlichen Aufgaben des Sportamtes gehören die Baumaßnahmen auf dem Sportsektor und der Betrieb von Sportstätten. Das Investitionsprogramm in den von der Wiener Stadthalle-KIBA Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m. b. H. im Wege eines Geschäftsführungsauftrages betriebenen Sportanlagen der Stadt Wien wird weiterhin schrittweise verwirklicht. In einigen Fällen baut die Stadt Wien nicht selber, sondern unterstützt durch Subventionen den Neu- oder Umbau von Sportanlagen. So wurde dem ASKÖ-Landesverband Wien eine vierte Baurate in der Höhe von 2.000.000 S für den Bau einer Eishalle auf der Sportanlage „Eisring Süd“ in 10, Windtenstraße, zur Verfügung gestellt. Die UNION erhielt 1.300.000 S und der ASVÖ 400.000 S für den Ausbau ihrer Verbandssportanlagen. Die Abteilung berät auf Wunsch auch die Wiener Sportorganisationen bei der Durchführung von Bauvorhaben. Seit dem Beitritt Wiens zum Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau ergibt sich die Möglichkeit, in eine umfangreiche Sportdokumentation Einsicht zu nehmen, so daß durch Vereinheitlichung und Systemisierung bei der Errichtung von Sportbauten die Voraussetzung für eine intensive Beratung geschaffen werden konnte.

Die Gremien der Wiener Landessportorganisation (Wiener Landessportrat, Landessportpräsidium, Wiener Landessportfachrat und Fachausschuß) stellen eine geeignete Plattform für alle zur Lösung der Probleme des Wiener Sports erforderlichen Beratungen dar. Der Wiener Landessportrat verteilt die Subventionsmittel für die Fachverbände und den Leistungssport. Aus Mitteln der Leistungssportförderung wurde allen Vereinen, deren Mannschaften an in mehreren Phasen ausgetragenen gesamtösterreichischen Meisterschaften der beiden obersten Spielklassen teilnahmen, ein bestimmter Prozentsatz der Fahrtkosten rückvergütet, nämlich 800.000 S. Den Teilnehmern an Europacupbewerben wurde rund ein Drittel der Fahrtkosten ersetzt — 200.000 S, wobei die Entschädigungshöhen je nach der Entfernung gestaffelt waren. Für die Förderung der Tätigkeit von Verbandstrainern und Nachwuchssportlern sowie für die Verwaltungsförderung der Fachverbände wurden 1990 2.000.000 S aufgewendet. Es fanden drei Sitzungen des Präsidiums und vier des Landessportrates statt. Der Wiener Landessportfachrat hielt am 6. Dezember 1990 seine Vollversammlung ab, der Fachausschuß trat viermal zusammen.

Die Abteilung betrieb im Jahre 1990 16 nicht öffentliche Jugendspielplätze (davon inkludieren 7 Jugendspielplätze einen Kinderspielplatz) und 16 öffentlich zugängliche Ball- und Kleinkinderspielplätze, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen zur Benützung überlassen wurden. Die neun von der Stadt Wien verwalteten Sporthallen wurden den Dach- und Fachverbänden wochentags für Trainingszwecke und an Wochenenden für den Meisterschaftsbetrieb zur Verfügung gestellt. Weitere 7 Spielplätze und 97 Sportanlagen wurden Wiener Sportorganisationen überlassen. Die Sportanlagen in 10, Triester Straße, Laxenburger Straße—Heuberggäßchenstraße und Franz-Koci-Straße, in 16, Kenderlstraße 38 und Roterdstraße, sowie in 20, Lorenz-Müller-Gasse, werden von der Abteilung selbst geführt.

Für die 1991 in Wien stattfindende Weltmeisterschaft in Rudern und Kanu-Junioren hat die Abteilung auf der Donauinsel bei der Steinspornbrücke ein Ruder- und Kanu-Zentrum mit Bootshallen, Garderoben, Büroräumen und einem Zielrichterturm errichtet. Auch bei der Ufergestaltung wurde auf diese beiden Veranstaltungen Rücksicht genommen.

Seit 1966 betreibt die Stadt Wien einen Schlepplift mit künstlicher Schneeerzeugung in 14, Mauerbachstraße 174 (Hohe-Wand-Wiese), und auch einen Kinderspielplatz auf Naturschnee in 13, Himmelhof-Wiese, beide Anlagen wurden seit jeher von den Wintersportlern gerne benützt. Auf dem Cobenzl wird von der Stadt Wien eine Langlaufloipe betrieben, die sich immer größerer Beliebtheit erfreut. Für die Benutzer stehen Umkleidekabinen mit Kästchen sowie Brausen bereit. Der Verleih von Langlaufskiern ergänzt das Service. Auf Grund des großen Interesses am Langlaufsport hat die Stadt Wien bei Schneelage im Prater ab Ecke Hauptallee-Kaiserstraße, auf der Sophienalpe ab Parkplatz Hotel Sophienalpe, auf der Donauinsel abwärts der Steinspornbrücke, im Gelände des Böhmischen Praters in Oberlaa, auf den Steinhofgründen ab dem Eingang in das Erholungsgebiet und im Donaupark ab dem Donauturm Langlaufloipen präpariert und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Die städtischen Turnsäle, Schwimmhallen, Sporthallen und Spielplätze sowie die von der Wiener Stadthalle-KIBA Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m. b. H. verwalteten Trainings- und Wettkampfanlagen werden den Sportorganisationen zur Verfügung gestellt. Diese Organisationen werden bei der Errichtung von Baulichkeiten und der Durchführung von Sportveranstaltungen durch die Gewährung namhafter Subventionen unterstützt und erhalten weitere Beihilfen für die Durchführung von Erhaltungs- sowie für die zum Betrieb notwendigen Verwaltungsmaßnahmen.

Mit den Jugendsportaktionen „Sportplatz der offenen Tür“, „Jugendeislaufaktion“, „Fahrt zum Schnee“, „Spielschwimmen“, „Talent-Leistungsschwimmen“, „Talent-Spezial“ und „Talent-Turnen“ wird der direkte Kontakt zur Wiener Jugend gesucht. Die benötigten Anlagen hat die Stadt Wien zur Verfügung gestellt oder zu bestimmten Terminen vermietet. Weiters wurden die organisatorischen Arbeiten, wie die Anmeldung und Einteilung der Teilnehmer, vorgenommen und die Tätigkeit der eingesetzten Mitarbeiter (Sportlehrer und -studenten sowie Verbandstrainer) überwacht.

Presse- und Informationsdienst

Über das Fernschreibnetz der Austria-Press-Agentur (APA) gab die Rathaus-Korrespondenz 3.222 Meldungen durch. Die gedruckte Ausgabe der Rathaus-Korrespondenz (RK) mit einer Auflage von täglich rund 900 Stück umfaßte 2.930 Seiten. Das Nachrichtenmaterial gliederte sich in Meldungen aus den Bereichen Kommunal- und Lokalgeschehen, Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Übermittelt wurden Nachrichten an sämtliche Wiener Tageszeitungen, an Hörfunk und Fernsehen, an Wochen- und Monatszeitungen sowie an andere Institutionen und Personen. Für die aktuellen Lokalmeldungen der Rathaus-Korrespondenz ist die Stammredaktion zuständig. Der diensthabende Redakteur ist werktags von 7.30 bis 19 Uhr erreichbar, samstags von 10 bis 17 Uhr; sonntags ist die Redaktion von 12 bis 17 Uhr besetzt. In der übrigen Zeit steht ein Anrufbeantworter zur Verfügung. Das Nachrichtenmaterial aus den Geschäftsbereichen der Stadt Wien wird vor allem von den Pressereferenten des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte erstellt, über die ein Großteil der Kontakte zwischen Stadtverwaltung und Medien abläuft.

Im Jahre 1990 wurden 237 Pressekonferenzen abgehalten, die meisten im Konferenzsaal der Abteilung. Für diesen Zweck wurden jeweils Presseinformationen, fallweise aber auch Fotos, Zeichnungen und Pläne ausgearbeitet. Darüber hinaus wurden 680 Fototermine wahrgenommen. Das Pressegespräch des Bürgermeisters findet jeden Dienstag nach der Sitzung des Stadtsenats im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes (PID) statt. Zusätzlich waren 283 kommunal relevante Pressekonferenzen, die von den politischen Parteien und anderen Institutionen abgehalten wurden, mit Redakteuren des PID zu besetzen. Jede zweite Woche wird eine Zusammenfassung der Meldungen der Rathaus-Korrespondenz erstellt. Diese „RK-intern“ wurde 1990 in rund 2.000 Exemplaren vom PID gedruckt. Zu bestimmten Themen erschien 30 „RK-Spezial“ mit ausführlichen Hintergrundinformationen, und zwar: „Wiener Kulturkalender 1990“, „Rumänienhilfe der Stadt Wien. Weihnachten 1989/Neujahr 1990“, „Die Vorschläge zum EXPO-Leitprogramm 1995“, „Expertenverfahren Handelskai. Die Empfehlungen der Jury“, „Großversuch „Alternative Kanalsanierungsmethoden“, „Wiener Brückenbauvorhaben '90“, „Hilfe für die „Kinder vom Karlsplatz“, „Ausländer in Wien“, „Wiener Straßenbau '90“, „Wien — EXPO '95. Leitprogramm für den donau nahen Entwicklungsraum“, „Die Ergebnisse der Wiener Spitalsreformkommission“, „Nur noch ein Jahr bis zur Eröffnung der U 3“, „Wien 2010. Stadtentwicklung bei Bevölkerungswachstum und offenen Grenzen“, „Kuratorium Wiener Pensionistenheime“, „Frauenbericht 1989“, „Übereinkommen zwischen Bund und Land Wien über den Ausbau von U-Bahn und S-Bahn“, „Neues Wiener Jugendwohlfahrtsgesetz“, „Neue Bahn für Wien. Der Lainzer Tunnel als Pilotprojekt für umweltfreundliche Verkehrslösungen in Ballungsräumen“, „Viertelkonzept Erdberg“, „Neue Bahn. Expertenverfahren für Brücke über das Wiental“, „30 Jahre Wiener Pensionistenheime“, „Kommunalpolitische Anliegen der Städte und Gemeinden an die neue Bundesregierung“, „Ergebnisse des 1. Wiener Architekturseminars“, „Wiener Gesundheits- und Krankenanstaltenplan 1990“, „Neue Bahn: Lainzer Tunnel. Die Stellungnahme des Landes Wien“, „Wien, Prag und Budapest fordern internationale Solidarität bei Problemen der Aus- und Einwanderung. Aufruf an alle Städte, Regionen, Länder und internationale Organisationen“, „Das ‚Paket '91‘ der Wiener Verkehrsbetriebe“, „Die neue Wiener Energiepolitik“, „U 6-Nord vor Baubeginn. U 3 mit vielen Verbesserungen im Oberflächennetz“, „Behinderten-Bauordnungsnovelle“. Ferner wurden zu diversen Themen 445 Flugblätter in einer Auflagenhöhe von rund 2,100.000 Stück in der PID-eigenen Setzerei und Druckerei hergestellt.

Die Beobachtung der Medien wurde im Pressespiegel, der täglich hergestellt wird, dokumentiert, wobei vor allem Artikel, die sich auf die Stadtverwaltung sowie auf kommunale Ereignisse beziehen, erfaßt wurden. Für diesen Zweck wurden zum einen die in Wien erscheinenden bzw. vertriebenen Tageszeitungen ausgewertet, und zwar die „Wiener Zeitung“, der „Kurier“, die „AZ“, „Die Presse“, die „Kronen-Zeitung“, die „Volksstimme“, das „Volksblatt“, „Der Standard“ und die „Salzburger Nachrichten“, zum anderen die Bundesländerzeitungen „Oberösterreichische Nachrichten“, „Tagblatt“, „Kleine Zeitung“, „Neue Zeit“, „Vorarlberger Nachrichten“, „Tiroler Tageszeitung“, „Kärntner Tageszeitung“ und „Niederösterreich-Kurier“. Ferner wurden Artikel in den Wochen- und Monatszeitungen „Profil“, „Wochenpresse“, „Neue Freie Zeit“, „Die Furche“, „Trend“, „Basta“, „Wiener“ und „Falter“ ausgewertet. Der Pressespiegel wurde durch Hinweise auf kommunalpolitisch relevante Sendungen des ORF ergänzt. Aufgezeichnet und ausgewertet wurden regelmäßig die Sendungen „Wien heute“, „Zeit im Bild 1“, „Kulturjournal“, „Zeit im Bild 2“, „Mittagsinformation Radio Wien 12.45 Uhr“ und „Abendinformation Radio Wien 17.15 Uhr“. Mitgeschnitten — und bei Bedarf Interessenten zur Verfügung gestellt — wurden „Morgenjournal“, „Mittagsjournal“, „Abendjournal“, „Pressestunde“, „Schilling“, „Argumente“, „Inlandsreport“, „X- Large“, „Ein Fall für den Volksanwalt“, „Wir“, diverse „Club 2“-Sendungen sowie die „Mini-ZiB“. Im Handarchiv des PID wurden Zeitungsausschnitte, die „Rathaus-Korrespondenz“ und andere Publikationen von einem Beamten des Wiener Stadt- und Landesarchives nach Schlagworten archiviert.

Von „Wien aktuell“, der Zeitung für die Bediensteten der Stadt Wien, erschienen im Jahre 1990 21 Ausgaben mit je 16 Seiten.

Vom „Amtsblatt der Stadt Wien“ erschienen 52 Nummern in einer Auflage von 7.000 Stück mit insgesamt 3.161 Seiten. Das Layout des Amtsblattes wurde anlässlich eines Wechsels des Herstellers geändert. Der Inhalt wurde

um redaktionelle Beiträge erweitert. Anlässlich der Änderung des Großteils der Fernsprechnummern wurde eine Sondernummer hergestellt, die binnen kurzer Zeit vergriffen war.

Vom „Landesgesetzblatt für Wien“ wurden 56 Stück mit 255 Seiten im Jahr 1990 herausgegeben. 1990 erschien der „Amtliche Wohnungstausch-Anzeiger“ sechsmal. Die zweimonatliche Erscheinungsweise entsprach aber nicht mehr den Anforderungen der Aktualität, so daß die Einstellung dieses Mediums mit Jahresende festgelegt wurde. Der PID beteiligte sich im Ausland an folgenden Wien-Bällen, und zwar in West- und Ost-Berlin (26./27. 1.), Luxemburg (3. 2.), München (9. 2.), Rom (17. 2.), Athen und Mailand (24. 2.), Leiden (17. 3.), Bangkok (22. 3.), Kuala Lumpur (24. 3.), Singapur (27. 3.), Taipeh (28. 3.), Seoul (31. 3.), Prag (27. 4.), Lissabon (28. 4.), Kuwait (12. 5.), Abu Dhabi (15. 5.), Dubai (17. 5.), Zürich (27. 10.) und Bonn (17. 11.).

Zur Vorbereitung des Mozart-Jahres 1991 hat der PID bereits zahlreiche Aktivitäten gesetzt. Eine Mozart-promotion im Ausland wurde im Jänner in West- und Ost-Berlin, im Februar in Luxemburg, in München, Rom, Athen und Mailand, im März in Leiden, Budapest, Bangkok, Kuala Lumpur, Singapur, Taipeh, Seoul und Prag, im April in Lissabon, im Mai in Kuwait, Abu Dhabi und Dubai, im Juni in Norddeutschland, im Juli in Italien (Adria), im August an der Côte d'Azur, auf Ibiza und in Amsterdam, im Oktober in Zürich und im November in Sevilla durchgeführt. Im Mozart-Salettl bei der Oper in Wien wurden Interessierte in der Zeit von Juni bis Oktober 1990 über das kommende Mozartjahr informiert.

Zahlreiche Veranstaltungen und Ausstellungen bzw. Kampagnen wurden organisiert bzw. mitorganisiert. Es waren dies die ÖSFR-Ausstellung in der Volkshalle, „Tag der offenen Tür in Hirschstetten“, „Senior Aktuell“, „Biotopkartierung“, „Wien im Blumenschmuck“, „Fest der Berge in der Wiener Stadthalle“, „Sommerbad Simmering“, „100 Jahre Böhmisches Prater“, „WM-Gala“, „EDV-Jugendpreis“, „Tag der Musik“, „Praterstraßenfest“, „Tramwaytag“, „Donaupromenadenfest“, „Tag der offenen Tür - Richtung Wien“, „Woche des Wassers“, „1. Leopoldstädter Donaukanal-Herbstfest“, „Wissenschaftsmesse“, der Info-Stand Schönbrunn und die Kampagne „Miteinander“. Erstmals wurde zur Jahreswende der Wiener Stadtsilvester organisiert. Die Wahlberechtigten wurden im Jahr 1990 über eine Volksbefragung sowie die Nationalratswahlen ausführlich informiert.

1990 wurden folgende Broschüren und Folder herausgegeben: „Woche der Wiener Berufsschulen“, „Pensionistenheime“, „Problemtiere in der Großstadt“, „Drogeninfo“, „Fragebogen Grinzing“, „Flötzersteig“, „Lainzer Tiergarten“, „The Vienna Service Office“, „Parkgaragen“, „15. September 1990“, „Krankenpflegeschulen“, „U-Bahn Penzing“, „Senioreninfo“, „Wahlservice“, „Kleine Wiener Wasserstatistik“, „Wasseranschluß“, „Wienerberg“, „Feuergefahr“, „Ballkalender“, „Wasserleitungsmuseum Wildalpen und Kaiserbrunn“, „Wien hilft Moskau“, „Grätzplanung Meiselmarkt“, „Auto & Bus“, „Wasserbehälter Schmelz“, „Mist im Griff“, „Winter in Wien“, „Mozartpromenade“, „Leitfaden für die Wien-Aktion“, „Donauinsel“, „Radfahren“, „Radweg Wien-Bratislava“, „Sommerbäder“ und „Stadtwanderwege“.

Für den Stadatlas wurden Kapitel zu den Themen „Freizeit“, „Wohnen“, „Umwelt“, „Konsumentenschutz“, „Familie“, „Gesundheit“, „Tierschutz“, „Kultur“ sowie ein „Index“ erstellt. Auf Grund der starken Nachfrage nach dem Stadatlas mußte der Versand dieses Produktes auf modernste EDV-Technologie (Barcodelesestift) und maschinelle Ausstattung des Vertriebsbüros (Etikettenmaschine) umgestellt werden.

Folgende Plakate und Hausanschläge wurden affiziert: „Busparkplätze“, „Feuerwehrfest“, „Feuerwache“, „Jazzkonzert“, „Umweltschutz ist Einstellungssache“, „Spitalsombudsmann“, „Musiksommer“, „Wien ist Heimat für uns alle“, „Wir vermeiden Müll“, „Silvester“, „Donau(t)raum“, „Währinger Festwochen“, „Festwochen“, „15. September 1990“, „Nationalratswahl“ und „Volksbefragung“.

Die Postwurfsendung „Unser Wien“ erschien zwölfmal, wobei zusätzlich zu den Themen „Festwochen“, „Kompost“, „Problemstoffe“, „Winter spezial“ und „Jahreswechsel in Wien“ Sonderbeilagen produziert wurden. Die Sonderausgaben „Alles über die Volksbefragung“, „Wegwerfen ist keine Lösung“, „Programmheft 15. 9.“, „Alles über die Nationalratswahl“ und ein Programm zum Mozartjahr wurden versendet. Weiters wurden für die Bezirke Favoriten, Hernals, Brigittenau und Liesing Postwurfsendungen hergestellt. „Unsere Wiener Hauswandzeitung“ erschien als Ergänzung zur Zeitung „Unser Wien“ mit wichtigen Informationen für Mieter in Gemeinde- und Genossenschaftshäusern in zwölf Ausgaben mit Bezirksmutationen.

Im Jahr 1990 wurden vom PID 541 Inserate und PR-Artikel verfaßt, die in insgesamt 161 Tages-, Wochen-, Monats-, Bezirks- und Fachzeitungen veröffentlicht wurden. Die Inserate bezogen sich unter anderem auf die Themenkreise „Ausländer in Wien - Miteinander“, „Volksbefragung“, „Umweltbewußt einkaufen“, „Stadtinformation“, „Kindertelefon“, „Erotik-Ausstellung“, „Mozart“, „Musiksommer“, „Nationalratswahl“, „Stadatlas“, „Tag der offenen Tür“ und „Silvester“. Für die Personalwerbung wurden gezielte Einzelinserate in Tageszeitungen geschaltet. Im Auftrag der MA 16 und der MA 17 wurde in Fachzeitschriften für Krankenpersonal inseriert. Zum Umweltschwerpunkt „Müll“ wurden für die MA 48 in verschiedenen Tageszeitungen und Periodika 73 Inserateinschaltungen vorgenommen.

Die Produktion und Ausstrahlung von 320 Programminuten der Fernsehfilmproduktion „Hello Austria, Hello Vienna“ wurde vom PID finanziert. Es wurden 8.000 Meter Farbtonfilm über kulturelle, politische, sportliche und gesellschaftliche Themen aus Wien hergestellt. Rundfunkschaltungen im ORF und in den Feriensendern „Radio Adria“ und „Radio Lignano“ wurden ebenfalls vom PID beauftragt. Weiters waren Drehgenehmigungen für

über 500 Spielfilme, Dokumentationen, Ländersendungen, Werbefilme sowie Sendungen für den ORF zu organisieren. Internationale Filmproduktionen wie Strauß Dynasty, Eurocops usw. wurden direkt betreut.

Vom Auslandspressebüro wurden rund 200 ständig in Wien akkreditierte, kommunalpolitisch interessierte JournalistInnen sowie österreichische JournalistInnen außerhalb Wiens betreut und mit neuen Informationen versorgt. Darüber hinaus wurden auch jene AuslandsjournalistInnen intensiv betreut, die auf Einladung des Wiener Bürgermeisters, des Bundespressedienstes, des Fremdenverkehrsverbandes, des PID oder im Auftrag ihrer Redaktion einige Tage nach Wien kamen. Im Jahr 1990 ergaben sich rund 200 persönliche Kontakte mit insgesamt etwa 1.200 Auslandsjournalisten. Die Artikel über Wien wurden ausgewertet, archiviert und regelmäßig den Wiener Stadträten übermittelt. Themenschwerpunkte waren die EXPO, die Vorbereitung des Mozartjahres und die Rolle Wiens im Zentrum des neuen Mitteleuropas.

Das Rundfahrtenbüro führt bereits seit Jahren verschiedene Rundfahrten für die Wiener Bevölkerung bzw. für andere Interessierte sowie für Schüler aus Wien und anderen Bundesländern durch. Eine Verlagerung des Publikumsinteresses von den Einzelrundfahrten „Modernes Wien“ zu den Gruppen- und Sonderfahrten war im Jahr 1990 zu bemerken. Es gab 84 fremdsprachige Führungen für die Gäste der Stadt Wien.

Die Stadtinformation konnte im Jahre 1990 insgesamt 135.215 Kundenkontakte verzeichnen. Den Schwerpunkt bildeten telefonische Anfragen (101.923), auf das Telefonservice an Wochenenden und Feiertagen entfielen 12.352 Anrufe. Neben der telefonischen Informationstätigkeit wurden 32.690 Kunden (werktags von 8 bis 18 Uhr) persönlich betreut, darunter auch zahlreiche Touristen. Von dieser zentralen Auskunftsstelle der Stadtverwaltung erhielten die Kunden grundsätzlich zu allen Anfragen Auskunft bzw. erfuhren, wo man ihnen weiterhelfen kann. Es wurden generelle Auskünfte zu Umweltfragen gegeben. Die Stadtinformation war weiterhin als Verbindungsstelle zur Umweltpolizei tätig. Anlässlich der Nationalratswahl 1990 wurde ein „Wahltelefon“ eingerichtet. Die Mitarbeiter der Stadtinformation führten 631 Rathausführungen durch. Der in der Schmidhalle des Rathauses neu aufgestellte „Mozart-Computer“ bot reichhaltige Informationen. Man kann aus Werken des Meisters wählen und sich Musikstücke anhören. Seit September 1990 steht den Besuchern der Stadtinformation schließlich die neuartige „Wien-Bildplatte“ zur Verfügung.

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Der seit dem Jahre 1989 zu beobachtende Trend bei den Einsatzzahlen hat sich auch im Jahre 1990 fortgesetzt; mit 295.823 waren es um 1.198 Einsätze mehr als im Vorjahr. Es ist dies eine Steigerung um 7,2 Prozent gegenüber 1989, wobei einige spektakuläre Einsätze, wie der Zusammenstoß eines Tankwagens mit einer Straßenbahn, bei dem Heizöl die Mariahilfer Straße verunreinigte, die Aufmerksamkeit der Medien und der Bevölkerung erregte. Dieser Einsatz liegt auch im vorherrschenden Trend, der weg vom Löschen der Brände und hin zu den technischen Hilfeleistungen sowie zu Einsätzen mit Chemikalien führt. Man muß bedenken, daß es 6.000.000 chemische Stoffe und Verbindungen gibt und davon 50.000 bis 70.000 in größeren Mengen (Tonnenbereich) hergestellt, transportiert und verarbeitet werden. Um in diesen Fällen gerüstet zu sein, wurde eine Gefahrgut-Datenbank auf EDV-Basis angeschafft. Dieses System besteht aus einem handelsüblichen Personal-Computer mit Festplatte, einem Bildschirm, einem Drucker und als Besonderheit einem CD-Rom Player. Dieses Gerät ist ein Kompakt-Disk-Abspielgerät, das es ermöglicht, Daten, die auf einer CD-Platte gespeichert sind, zu lesen und in Sekundenbruchteilen in den Speicher des Computers zu transferieren. Diese CD-Platte hat 600 Megabyte Speicherkapazität. Zur Zeit ist der Zugriff auf sieben verschiedene, voneinander unabhängige Stoff- und Firmenlisten möglich. Diese Daten sind jedoch durch ein Programm miteinander verknüpft, so daß jederzeit umfassende Informationen abgefragt werden können. In diesen Datenbanken sind neben den chemischen und physikalischen Eigenschaften eines bestimmten Stoffes sowie Angaben über das Reaktionsverhalten mit Luft und Wasser auch Gefahrenschnellinformationen gespeichert. Diese geben Auskunft über Gesundheitsgefährdung (Giftigkeit), Maßnahmen für Erste Hilfe und Vorsichtsmaßnahmen für die Brandbekämpfung. Des weiteren enthält diese Liste auch die Handelsnamen der einzelnen Produkte, so daß über den Namen die chemische Zusammensetzung festgestellt werden kann. Das eigentliche Programm ist so aufgebaut, daß auch über chemische und physikalische Eigenschaften eines Stoffes (Farbe, Konsistenz, Geruch, besondere Feuererscheinungen usw.) eine Eingrenzung des unbekanntes Stoffes möglich ist. Zu diesem Zweck wurde von Chemikern der Feuerwehr ein Schnellanalysekit entwickelt, dessen Prototyp zur Zeit in Erprobung ist. Dieses Mini-Labor ermöglicht es, durch eine Reihe von einfachen Versuchen mit verschiedenen Geräten und Hilfsmitteln in kurzer Zeit (maximal 15 Minuten) Aussagen über einsatzrelevante Eigenschaften eines Stoffes zu machen. Auf Basis der gewonnenen Daten kann in Zusammenarbeit mit der Gefahrgutdatenbank das Gefahrgut rasch identifiziert und der Einsatz schnell und zielführend abgewickelt werden.

Für derart große Aufgaben ist eine intensive Schulung und Ausbildung der Mitarbeiter notwendig. Für sie wurden auch die erforderlichen Lehr- und Lernmittel ausgearbeitet. So konnte in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Bundesfeuerwehrverband ein Gefahrgutfalter erstellt werden, der in Wien an alle Beamten der Abteilung, alle Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren und alle Mitglieder der 54 Betriebsfeuerwehren ausgegeben wurde. Das Wissen

wird in Kursen, die neun Monate dauern, und in Fortbildungsseminaren allen Beamten der Wiener Berufsfeuerwehr vermittelt.

Durch die Mitarbeit in verschiedenen Gremien setzte man gemeinsam mit anderen Fachabteilungen durch, daß zur Sicherheit der Wiener Bevölkerung im Rahmen der Streckenbewilligungsverordnung die Höchstmenge an Flüssiggas bei Transporten in Wien (Ausnahme Stadtautobahnen) auf maximal 6.100 kg limitiert wurde.

Wenig bekannt ist, daß die Feuerwehr nicht nur abwehrende Maßnahmen setzt, sondern auch eine aktive Rolle bei der Erstellung von Gesetzesentwürfen, Verordnungen und Richtlinien für den vorbeugenden Brandschutz spielt. So wurde 1990 in verschiedenen Ausschüssen des Bundes, der Gemeinde und des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes an der Flüssiggasverordnung, am Entwurf des neuen Wiener Garagengesetzes, an der EG-Richtlinie betreffend Gasverbrauchereinrichtungen, an der Verordnung über Eichvorschriften für Rußzahlmeßgeräte, an einem Entwurf für die Gas-Brennwertfeuerstätten, an technischen Richtlinien für den Brandschutz in Mittel- und Großgaragen sowie für den Brandschutz in Verkaufsstätten mitgestaltet und mitgearbeitet. Im Rahmen der Harmonisierung der Österreichischen und Europäischen Normen entsendet die Feuerwehr Sachverständige, die in den technischen Gremien des Österreichischen Normungsinstitutes und des ÖVE den Standpunkt der Feuerwehren vertreten. Im Rahmen des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes arbeiten Feuerwehroffiziere in den Fachgebieten Feuerwehrtechnische Angelegenheiten (Geräteprüfung, Elektrotechnik), Vorbeugender Brand- und Katastrophenschutz (Bauliche Angelegenheiten des Vorbeugenden Brandschutzes, Gefährliche Stoffe) mit und bringen neben ihrem Fachwissen auch ihre hohe Einsatzerfahrung ein. Wie wichtig derart vorbeugende Überlegungen und Maßnahmen sind, hat sich bei einem Dachbrand, bei dem es auch zu einem Gasflaschenzerknall gekommen ist, gezeigt: Durch den Brand kam es zu einem Funkenregen auf das „Theater in der Josefstadt“ und die angrenzenden Straßenzüge. Auf Grund der für Theater vorgesehenen Vorschriften und Bestimmungen konnte die Veranstaltungsstätte ohne dramatische Zwischenfälle in kürzester Zeit geräumt und alle Theaterbesucher, Schauspieler und Bediensteten in Sicherheit gebracht werden.

Auf dem Fahrzeugsektor wurden alle Kraftfahrzeuge und Anhänger der Abteilung den gesetzlich vorgeschriebenen Überprüfungen unterzogen; dies galt insbesondere für Kräne und Drehleitern. 1990 wurde eine 30-m-Leiter einer modernen, neu entwickelten Serie angekauft. Diese Leiter hat einen maschinengeschweißten Leitersatz, wodurch eine bessere Verwindungssteifigkeit gegeben ist. Sämtliche wichtigen Funktionen sind rechnergesteuert, so daß ein Optimum an Sicherheit beim Arbeiten mit diesem Gerät gegeben ist. Mittels PLC-Steuerung (Programmable Logic Control) werden sowohl manuelle als auch automatische Bewegungsabläufe des hydraulischen und elektrischen Systems gesteuert und geregelt. Diese Steuerung erfaßt über Sensoren den augenblicklichen Zustand und berechnet an Hand dieser Informationen den zu erwartenden Zustand, signalisiert diese Zustände mittels Anzeigen und regelt Bewegungsabläufe entsprechend vorgegebener Parameter. Völlig neuartig ist die Konzeption des Rettungskorbes. Mußte bei den bis jetzt in Verwendung stehenden Leitern der Rettungskorb von vier Mann an der Leiterspitze eingehängt und elektrisch angeschlossen werden, so ist dieser neue Rettungskorb am Leitersatz fix montiert. In Fahrstellung wird er über den Leitersatz geklappt, wodurch sich der Überhang des Leitersatzes nur unwesentlich verlängert, so daß es dadurch zu keinerlei Nachteilen beim Fahren kommt. Erst beim Aufstellen der Leiter wird der Korb aufgerichtet und bei entsprechenden Leiterbewegungen automatisch nachgeregelt. Die Idee zu dieser Neuentwicklung stammt von den entsprechenden Fachreferenten der Feuerwehr. Ein weiterer Vorteil dieser Drehleiter ist ihre geringe Bauhöhe von rund 3,0 m, so daß auch niedere Tordurchfahrten, für die herkömmliche Leitern zu hoch waren, nun anstandslos passiert werden können.

Um allen Fahrzeugen und Maschinen eine fachgerechte Pflege und Wartung angedeihen zu lassen und auch den Brandschutz nördlich der Donau zu verstärken, wurde von der Feuerwehrdirektion schon seit langer Zeit der Bau einer neuen Feuerwache angestrebt. 1990 wurden alle Voraussetzungen für den Neubau dieser Feuerwache geschaffen. Die Wache soll neben einer eigentlichen Feuerwache auch eine Reihe von Werkstätten und eine Drehleiterreparaturhalle umfassen. Diese Einrichtungen sollen es ermöglichen, Wartungsarbeiten, Reparaturen und Überprüfungen von Feuerwehrfahrzeugen durchführen zu lassen. Gleichzeitig soll auf dem Wacheareal ein Ausbildungszentrum mit einem „Brandhaus“ errichtet werden. Die Besonderheit dieser Ausbildungsstätte besteht darin, daß in diesem Zusammenhang auch auf Umweltschutz großer Wert gelegt wird. Das Haus, in dem Brände simuliert werden, wird mit modernsten Filteranlagen ausgestattet, so daß möglichst Schadstoffarm geübt werden kann. Um hier eine in ihrer Funktion und in ihrem Aussehen optimale Wache zu erhalten, wurde ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben, an dem sich fünf Teams beteiligten. Im Dezember 1990 trat eine Jury zusammen, die sich aus Architekten, Fachleuten der Behörde und Mitgliedern der Feuerwehr zusammensetzte. Das Siegerprojekt soll nun mit kleinen Abweichungen, die sich durch die Detailplanung ergeben, bis zum Jahre 1995 ausgeführt werden.

Im folgenden werden Kurzberichte über die spektakulärsten bzw. gefährlichsten Einsätze der Feuerwehr im Jahr 1990 gebracht:

Im Kreuzungsbereich Mariahilfer Straße—Kranzgasgasse hatte am 30. Jänner ein Sattelschlepper in die Mariahilfer Straße zurückgeschoben. Dabei wurde er von einem Straßenbahnzug gestreift, wodurch die Armaturen beschädigt wurden. Dies hatte zur Folge, daß rund 4.000 l Heizöl leicht ausflossen und die Fahrbahn verunreinigten. Nach ersten Hilfsmaßnahmen, wie Aufstellen von Auffangbehältern, Abdichten des Kanalsystems der Umgebung, wurde

nach Eintreffen eines Ersatzfahrzeuges mit zwei Doppelmembranpumpen das im Unfallfahrzeug verbliebene Öl umgepumpt. Nach dem Aufbringen von Ölbindemitteln wurde die Fahrbahn von der zuständigen Magistratsabteilung gereinigt. Der Verkehr auf diesem Abschnitt der Mariahilfer Straße war durch den Feuerwehreinsatz rund vier Stunden unterbrochen.

Aus unbekannter Ursache war es am 4. März im Ladehof in 22, Wagramer Straße 94 — Donauzentrum, an der Hinterfront des Gebäudes zu einem Brand gekommen, der in die darüberliegenden Verkaufsräume überzugreifen drohte. Gleichzeitig mit der Vornahme von Löschleitungen wurde das Objekt durchsucht. Dabei wurden drei Personen vorgefunden, die von der Feuerwehr ins Freie gebracht wurden. Im Zuge der Brandbekämpfung, die sich wegen der großen Hitze als äußerst schwierig erwies, wurden auch vier Gasflaschen aufgefunden. Diese Flaschen, die schon sehr stark erwärmt waren, wurden ins Freie geschafft und mit Wasser gekühlt. Der Einsatz dauerte rund drei Stunden.

Aus nicht feststellbarer Ursache war am 6. März am Balkon einer Wohnung in 2, Handelskai 214, im 8. Stock ein Brand ausgebrochen. Durch den Brandrauch war der im Kabinett schlafenden Tochter des Wohnungsinhabers der Fluchtweg abgeschnitten, so daß sie beim Eintreffen der Feuerwehr auf dem Fensterbrett saß. Als erste Maßnahme wurde im Hof, der für Feuerwehrfahrzeuge nicht zufahrbar ist, ein Sprungbalg in Stellung gebracht und gleichzeitig unter Atemschutz in die Wohnung eingedrungen. Es gelang, die junge Frau ohne Verletzungen zu retten. Vor Ankunft der Feuerwehr hatte ein im Haus wohnender Feuerwehrmann bereits die Mutter und den Bruder der jungen Frau retten können. Der eigentliche Brand wurde mit einem Rohr relativ rasch gelöscht.

Eine rund 70jährige Frau machte am 21. März mit ihrem PKW im Wohnhaus in 4, Weyringergasse 33—35, in der Garage, die sich im 2. Tiefgeschoß befindet, eine Probefahrt. Nach Abstellen des Fahrzeuges bemerkte sie in ihrem Wagen einen Entstehungsbrand. Sie versuchte, in das neben dem Autoabstellplatz situierte Stiegenhaus zu flüchten, konnte aber nicht weiter, da eine Tür im ersten Stock versperrt war. In ihrer Panik rannte sie in die inzwischen stark verqualmte Garage zurück und fuhr mit dem Aufzug in das 2. Stockwerk, wo sie von einer Wohnpartei in Obhut genommen wurde. Sie mußte mit einer schweren Rauchgasvergiftung ins Krankenhaus gebracht werden. Beim Eintreffen der Feuerwehr standen in der Garage drei Autos in Vollbrand. Auf Grund der enormen Hitzeentwicklung und des Fehlens einer geeigneten Brauchraumlüftung konnte der Brand trotz massivster Bekämpfungsmaßnahmen erst nach einer Dreiviertelstunde unter Kontrolle gebracht werden. Bei der Brandbekämpfung und den anschließenden Aufräumungs- und Sicherungsarbeiten sind 45 Atemschutzgeräte in Verwendung.

Im Zuge von Zu- und Umbauarbeiten am Lorenz-Böhler-Krankenhaus sind am 12. April durch Schweißarbeiten Dämmplatten, die zur Fugenbildung eingelegt wurden, in Brand geraten. Beim Eintreffen der Feuerwehr bestand die Gefahr, daß sich der Brand über die gesamte Schalung ausbreitet und die Operationssäle sowie die Bettenstation gefährdet hätte. Nach Sicherungsarbeiten für den Krankenhausbetrieb wurde mittels Preßluftgeräten die betroffene Betonwand geöffnet und der Brand mit einem Dehnfugenrohr gelöscht. Aus Sicherheitsgründen verblieb während der ganzen Nachtstunden ein Löschfahrzeug an der Einsatzstelle.

Beim Eintreffen der Feuerwehr standen am 13. April in 3, Vordere Zollamtsstraße 11, Bauhütten und Teile des Gerüsts, das an dem in Renovierung befindlichen Gebäude angebracht war, in Vollbrand. Auf Grund der Situation wurde vom erstausgerückten Bereitschaftssoffizier Alarmstufe 2 ausgelöst, die in weiterer Folge bis auf Alarmstufe 4 erhöht wurde. Während der Brandbekämpfung wurden Azetylenflaschen und Flüssiggasflaschen undicht und bliesen ihren Inhalt flammenwerferähnlich ab. Für die Brandbekämpfung wurden insgesamt 64 Fahrzeuge und 250 Mann aufgeboden. Die Wasserversorgung wurde über 6 Hydranten des kommunalen Wasserversorgungsnetzes hergestellt. Es wurden damit 16 C-Rohre und 5 Wasserwerfer gespeist. In der kritischen Phase betrug die Wasserleistung rund 8.000 l pro Minute. Der Bedarf an Atemschutzgeräten war mit 135 enorm hoch.

Durch einen Sicherungsdefekt in der Steuerung des Notstromaggregates während einer Notstromprobe war es am 31. Mai zu einem Gesamtstromausfall im Preyer'schen Kinderspital gekommen. Durch den Defekt war auch die normale Netzversorgung teilweise nicht bzw. nur eingeschränkt intakt. Über Ersuchen der Spitalsverwaltung wurde von der Feuerwehr mit dem Aufbau einer Stromversorgung begonnen. Als erste Maßnahme wurde eine 90 m lange Kabelleitung zu einem Intensivbett gelegt. In weiterer Folge wurden 73 Stück 220-Volt-Wechselstromanschlüsse aufgebaut. Dabei wurden Intensivbetten, Brutkästen, Beatmungsgeräte, Kühlgeräte für Blutkonserven und zahlreiche weitere medizinische Geräte mit Feuerwehrnotstrom versorgt. Während des 4stündigen Feuerwehreinsatzes kam es einige Male durch den Ausfall weiterer Geräte zu dramatischen Szenen. So mußte in Zusammenarbeit mit Elektrikern eine Versorgung für die ausgefallenen Kompressoren, die eine Druckluft für die Beatmungsgeräte lieferten, provisorisch aufgebaut werden. Durch den Einsatz der Feuerwehr und der fieberhaft arbeitenden Krankenschwestern konnte das Leben von insgesamt 10 Kindern gerettet werden.

Aus nicht feststellbarer Ursache war es am 14. August im Bereich einer rund 2.500 m² großen Halle in 22, Atemgasse 11, zu einem Brand einiger tausend Liter Lacke und Lösungsmittel gekommen. Durch einen umfassenden Angriff der Feuerwehr konnte zunächst der Übergriff des Feuers auf andere Objekte, in denen rund 100.000 l Lösungsmittel und Lacke gelagert waren, verhindert werden. Beim Eintreffen der Feuerwehr stand bereits ein großer Teil der Produktionshalle in Brand. Durch den massiven Einsatz von Wasser- und Schaumrohren konnte der Brand rasch eingedämmt werden. Um Umweltschäden durch kontaminiertes Löschwasser zu verhindern, wurden

Kanaleinläufe abgedeckt und das Löschwasser in einer Grube aufgefangen. Das Löschwasser wurde als Sonderabfall entsorgt.

Bei einem Ausweichmanöver war am 16. August eine Motoryacht am linken Donauufer bei km 1.926,8 auf Grund gelaufen. Die Besatzung des Schiffes konnte sich aus eigener Kraft retten, der Schiffsrumpf stellte jedoch eine Gefahr für die Donauschifffahrt dar. Da auf Grund des vorhergegangenen Feiertages kein geeignetes Bergeschiff aufgetrieben werden konnte, begann die Feuerwehr mit einem Tauchzug, zwei Kraftfahrzeugen und einer entsprechenden Anzahl von Löschfahrzeugen, die alle über eine technische Ausrüstung verfügten, mit der Bergung. Nach etlichen Fehlschlägen, wie gerissenen Trossen, konnte nach fast 12stündiger Arbeit das Wrack an Land gezogen werden.

Auf dem Dachboden des Eckhauses Josefstädter Straße—Piaristengasse wurden am 13. September Umbauarbeiten durchgeführt. Bei Ankunft der Feuerwehr stand der etwa 500 m² große Dachbodenraum in Vollbrand. Der Brand drohte auf die Nachbarobjekte überzugreifen. Unmittelbar nach Ankunft der Feuerwehr explodierte eine von mehreren auf dem Dachboden gelagerten Flüssiggasflaschen, was mit einem gewaltigen Feuerball, einer Druckwelle und einem Funkenregen auf die umliegenden Objekte und das Theater in der Josefstadt verbunden war. Auf Grund der Situation wurde Alarmstufe 3 ausgelöst und mit der Evakuierung des Theaters begonnen. Während der Brandbekämpfung mit 9 Rohren, die auch über Drehleitern erfolgte, wurden zur Sicherung der Umgebung folgende Maßnahmen gesetzt: Wegen umfangreicher Zerstörung der Bausubstanz des Hauses wurde vom Störtrupp der Gaswerke die Gaszuleitung zum Haus unterbrochen und die Oberleitung der Straßenbahn stromlos gemacht. Der Einsatz dauerte bis in die Morgenstunden des folgenden Tages.